

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus
und Antimilitarismus der



Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Nr. 4/2016 | 42. Jahrgang | 2,30 €

Erstes Programm der DFG von 1892

1. Der Krieg steht im Widerspruch mit der heutigen Kulturstufe civilisierter Nationen. Seine Beseitigung ist vom Standpunkt der Religion, der Sittlichkeit und der Volkswohlfahrt gleichmäßig geboten. Der Krieg ist nicht einmal ein notwendiges Uebel, da internationale Streitigkeiten erfahrungsgemäß auf friedlichem Wege gerechter und dauernder beigelegt werden können. Daher gebietet nicht nur die allgemein menschliche, sondern auch im höchsten Grade patriotische Pflicht, zur Verhütung des Krieges mit seinen unabsehbaren Folgen, alle Kraft einzusetzen.
2. Eine seiner Hauptursachen hat der Krieg in den, von dem albarbarischen Fremdenhass stammenden Vorurteilen und Leidenschaften. In Wahrheit aber bilden die verschiedenen Nationen nicht feindliche Gegensätze, sondern einander ergänzende und fördernde Glieder der Gesamt-Menschheit, ihre wirklichen und dauernden Interessen sind demnach solidarisch. Diese grundlegende Erkenntnis gilt es hauptsächlich zu verbreiten durch die Erziehung des Jünglings und Schule, durch Literatur und Presse, Versammlungen und Vereine, durch die wissenschaftliche Mittheilung der Sachverhalte, durch den möglichsten ungetrübten Verkehr, durch den Schuss aller Art Beziehungen zwischen den Völkern, durch die Förderung mannigfaltiger und inniger Beziehungen und Freundschaft zu wandeln.
3. Das Hauptmittel hierzu ist die Erziehung der Nationen an Stelle der Gewalt durch die Errichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichtes, welches sich fortwährend zu dauernden Schiedsgerichtsoverträgen, durch die Errichtung aller Staaten unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Selbstständigkeit angeschlossen.
4. Eine bittere Frucht des bisherigen Zustandes ist der sogenannte bewaffnete Weltkrieg, der durch fortwährendes gegenseitiges Bewaffnen am Mark der Völker zehrt und die Beseitigung sozialer und die Erfüllung der notwendigsten Kulturaufgaben in hohem Grade notwendigste Folge zunehmender innerer und äußerer Friedfertigkeit allmählich möglichst gleichmäßige Verminderung der Rüstungen aller Völker, wodurch die erdrückenden Lasten erleichtert und die Gefahren vernichtet abgewendet würden.
5. Zur Förderung all dieser hohen Aufgaben hat sich in wesentlicher Weise die Deutsche Friedensgesellschaft im Jahre 1892, auf dem Reichstages in Weimar, gebildet. Alle, die zum Heile des theuren Vaterlandes und der Menschheit dienen wollen, können dies nicht werthamer thun, als in der DFG persönlich beitreten und ihr immer neue Freunde gewinnen.

Die Waffen nieder!

Die programmatische Entwicklung der DFG und die Zukunft des politischen Pazifismus

Programm der Deutschen
Friedensgesellschaft - Vereinigte
KriegsdienstgegnerInnen

www.dfg-vk.de



Bundeswehr

In diesem Heft

Die UN-Entwicklungsziele
sind eine strategische Chance
für die DFG-VK

Weißbuch:
Neue Kriege zur
Rekolonisierung

Schutz für
Whistleblower
Chelsea Manning

Wiederholungstäterin „taz“:
Werben-fürs-Sterben-Anzeigen
der Bundeswehr veröffentlicht

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) wurde am 9. November 1892 in Berlin von der späteren Friedensnobelpreisträgerin (1905) Bertha von Suttner und dem späteren Friedensnobelpreisträger (1911) Alfred Hermann Fried gegründet. 1968 schloss sich die DFG mit der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK, gegründet 1919 als Bund der Kriegsdienstgegner, nach Verbot im Faschismus 1947 als IdK wieder gegründet) zur DFG-IdK zusammen.

Am 24. November 1974 fusionierte die DFG-IdK mit dem 1958 gegründeten VK (Vorband der Kriegsdienstverweigerer) zur DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen).

DFG-VK-Bundesverband
www.DFG-VK.de DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
 Werastraße 10, 70182 Stuttgart
 ☎ 0711-5189 26 26 office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer
 Michael Schulze von Gläßer ☎ 0176-23575236
 svg@dfg-vk.de

DFG-VK-Shop Pazifix
 Werastraße 10, 70182 Stuttgart
 ☎ 0711-5189 26 26 material@dfg-vk.de
www.shop.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung
 Braunschweiger Straße 22
 44145 Dortmund ☎ 0231-818032
 Stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

DFG-VK-BundessprecherInnenkreis
 • Ralf Buchterkirchen buchterkirchen@dfg-vk.de • Tobias Damjanov
 damjanov@dfg-vk.de • Jürgen Grässlin graesslin@dfg-vk.de
 • Cornelia Mannewitz mannewitz@dfg-vk.de • Christoph Neeb
 neeb@dfg-vk.de • Monty Schädel schaedel@dfg-vk.de • Torsten Schleip
 schleip@dfg-vk.de • Thomas Carl Schwoerer schwoerer@dfg-vk.de

Redaktion ZivilCourage
 Werastraße 10, 70182 Stuttgart
 ☎ 0711-5189 26 20 zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de
 ZivilCourage Magazin

Die ZivilCourage erscheint seit 1974 im Auftrag der DFG-IdK und der DFG-VK (DFG-VK 1974). ZivilCourage ist die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner (die ZivilCourage) und der Vorband der Kriegsdienstverweigerer, die Zeitschrift ZivilCourage.

was & wo in der DFG-VK

DFG-VK-Landesverbände

Baden-Württemberg
 Werastraße 10, 70182 Stuttgart
 ☎ 0711-5188 56 01 bawue@dfg-vk.de
www.bawue.dfg-vk.de
 DFG-VK Baden-Württemberg

Bayern
 Schwanthalerstraße 133
 80339 München ☎ 089-89 62 34 46
 bayern@dfg-vk.de

Berlin-Brandenburg
 b-b@dfg-vk.de www.b-b.dfg-vk.de

Bremen/Niedersachsen
 Villa Ichon, Goetheplatz 4,
 28203 Bremen ☎ 0421-596 49 61
 nds-hb@dfg-vk.de

Hamburg/Schleswig-Holstein
 Exerzierplatz 19, 24103 Kiel
 hh-sh@dfg-vk.de
www.hh-sh.dfg-vk.de

Hessen
 Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt
 ☎ 069-43 14 40 hessen@dfg-vk.de
www.hessen.dfg-vk.de

Mecklenburg-Vorpommern
 Postfach 1208, 17182 Waren/Müritz
 ☎ 0177-887 10 14 mv@dfg-vk.de
www.mv.dfg-vk.de

Nordrhein-Westfalen

Braunschweiger Straße 22,
 44145 Dortmund ☎ 0231-818032
 nrw@dfg-vk.de www.nrw.dfg-vk.de

Ost
 c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus,
 04116 Markkleeberg ☎ 034299-766 37
 ost@dfg-vk.de www.ost.dfg-vk.de

Rheinland-Pfalz
 c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 23,
 55542 Bad Kreuznach ☎ 0671-628 78
 rlp@dfg-vk.de www.rlp.dfg-vk.de

Die Adressen der örtlichen und regionalen DFG-VK-Gruppen im Internet:
www.dfg-vk.de/kontakte/gruppen

Mitgliedschaften/Mitarbeit
War Resisters' International (WRI)
 www.wri-irg.org info@wri-irg.org
International Peace Bureau (IPB)
 www.ipb.org mailbox@ipb.org

Kooperation für den Frieden
 www.koop-frieden.de
 info@koop-frieden.de

Bundesausschuss Friedensratschlag
 www.friedensratschlag.de

Bund für Soziale Verteidigung (BSV)
 www.soziale-verteidigung.de
 info@soziale-verteidigung.de

Forum Ziviler Friedensdienst
 www.forumzfd.de
 kontakt@forumzfd.de

Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel
 www.aufschrei-waffenhandel.de
 kontakt@aufschrei-waffenhandel.de

atomwaffenfrei.jetzt
 www.atomwaffenfrei.de



Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus, Ausfüllen, Ausschneiden, Abschieken, Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14,- € einschließlich Porto.

Vorname
 Name
 Straße
 PLZ/Ort
 Datum/Unterschrift

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto BLZ
 Bank

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Werastr. 10, 70182 Stuttgart schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum Unterschrift

abonnieren
 Ausfüllen, Ausschneiden. Abschieken an die DFG-VK, Werastraße 10, 70182 Stuttgart
 oder online abonnieren: www.DFG-VK.de



Foto: privat

Liebe Leserin, lieber Leser,

das 125-jährige Gründungsjubiläum der Deutschen Friedensgesellschaft am 9. November 2017 wirft seinen Schatten weit voraus – in diesem Heft mit einem Blick auf die Programme der DFG von 1898 bis 1974. Das Letztgenannte ist das erste Programm der 1974 aus der Fusion von *Deutscher Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner* mit dem *Verband der Kriegsdienstverweigerer* entstandenen DFG-VK. Bei einem Rückblick soll es aber nicht bleiben, und so beginnt der Start ins Jubiläumsjahr mit dem Symposium „Zukunft des politischen Pazifismus“, das die Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK am letzten Januar-Wochende in Frankfurt am Main veranstalten wird. Gernot Lennert berichtet über den

Vorbereitungsstand, das genaue Programm wird dann der nächsten *ZivilCourage*-Ausgabe beiliegen (anmelden kann man sich aber bereits jetzt: bertha-von-suttner-stiftung.de/anmeldung).

Und notieren sollte man sich auch jetzt schon den Termin für den „Jubiläumskongress“, der aller Voraussicht nach vom 10. bis 12. November 2017 in Berlin stattfinden wird. Beschließen muss das noch der DFG-VK-Bundesausschuss, der jetzt am Wochenende 8./9. Oktober in Kassel tagt.

Ein sehr spezielles Datum, denn am 8. Oktober wollen zahlreiche Friedensgruppen in Berlin unter dem Motto „Die Waffen nieder“ eine Demonstration veranstalten, zu der bundesweit mobilisiert wurde. Die VeranstalterInnen – der Bundesausschuss Friedensratschlag, die Kooperation für den Frieden und die Berliner Friedenskoordination – meinen unter Hinweis auf „den nach gründlichen Diskussionen verabschiedeten gemeinsamen Aufruf“ zur Demonstration: „Es wächst also wieder zusammen, was auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges einmal zusammen war.“ Ob das so stimmt, darf man bezweifeln. Der BundessprecherInnenkreis der DFG-VK hat sich gründlich mit dem Demo-Aufruf beschäftigt – und beschlossen, ihn nicht zu unterschreiben und nicht zu der Demo zu mobilisieren. Die Begründung dafür findet sich auf den Seiten 24/25 in diesem Heft.

Manch ein DFG-VK-Mitglied mag das anders sehen und sich am 8. Oktober um 12 Uhr zur Auftaktkundgebung am Berliner Alexanderplatz mit anderen versammeln, um dann zum Brandenburger Tor zu ziehen. Er sollte aber genau schauen, wer diese „anderen“ sind. Die „Friedensbewegung bundesweite Koordination“ (www.friedensbewegung.info) beispielsweise ruft für den 8. Oktober zu einer Demonstration, Beginn 12 Uhr, Berlin-Alexanderplatz, auf, um „gemeinsam die zentrale Forderung der klassischen Friedensbewegung *Raus aus der NATO!* direkt vor die US-Botschaft am Brandenburger Tor“ zu tragen, denn: „Nur indem die USA weiterhin ihr eigenes künstliches Produkt BRD kontrollieren können, sekundiert durch die nationale deutsche Bourgeoisie, ist es dem Imperium möglich, seine aggressiven Expansionsbestrebungen durchzusetzen.“ Mich würde es als Pazifist grausen, in unmittelbarer Nähe oder gar gemeinsam mit solchen oder anderen Menschen zu demonstrieren, die nichts gegen Militär und Krieg haben, sondern meinen: „Den ganz konkreten und mit Abstand grössten Beitrag, den wir für den Frieden und die internationale Solidarität leisten können, ist aus der imperialen NATO auszutreten. Kein anderes friedenspolitisches Projekt ist dringlicher und wirkmächtiger.“

Der Feind meines Feindes ist nicht automatisch mein Freund.

Gernot Lennert

Inhalt

Titel

04 Die programmatische Entwicklung der DFG. Dokumentiert: Die Programme von 1898 bis 1974

10 Gernot Lennert Zukunft des politischen Pazifismus. Symposium der Bertha-von-Suttner-Stiftung im Januar 2017

Antimilitarismus

- 12 SportsoldatInnen bei Olympia wenig erfolgreich
- 13 Rotes Kreuz: Mit Anwälten gegen die DFG-VK-Kritik
- 14 Ralf Cüppers Neue Kriege zur Rekolonisierung. Zum neuen Weißbuch
- 19 „Krieg ist kein Kinderspiel“ – Bundeswehr-Reklame auf der Spielemesse „Gamescom“
- 19 Stephan Möhrle Bundeswehrwerbung zwischen Geschicklichkeitsspielen und Lasertag
- 20 Jürgen Heiser Schutz für Whistleblower Chelsea Manning
- 24 Bundesweite Friedensdemo ohne die DFG-VK
- 26 Wiederholungstäterin taz: Werben fürs Sterben
- 30 „Hamsterkäufe“: Manchmal hilft nur noch Ironie

DFG-VK informativ

29 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer“?

Aktion

- 28 Cornelia Mannewitz Kriegsgerät unschädlich machen
- 32 Roland Blach 12. Pacemakers-Marathon für Atomwaffenfreiheit

Debatte

16 Ursula Neideck Eine strategische Chance für die DFG-VK

- 25 Impressum
- 33 Briefe
- 35 Feldpost

Anzeige



Jörg Kronauer

Allzeit bereit

Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen

ISBN 978-89438-578-1
214 Seiten | € 14,90

Deutschland müsse seiner globalen Verantwortung gerecht

werden, zur Not auch mit Soldaten. Hinter dieser Maxime des Bundespräsidenten stehen ökonomische und geostrategische Expansionsinteressen. Daran wirken mit: Think-Tanks, Stiftungen und andere Akteure.



Werner Ruf

Islamischer Staat und Co.

Profit, Religion und globalisierter Terror

ISBN 978-89438-618-4
156 Seiten | € 13,90

Geostrategische Interessen, Kontrolle von Öl und Gas, Hegemonialpolitik der Golfdespotien: Aus-

getragen werden die Konflikte mittels Akteuren wie dem »IS«, der sich von seinen Sponsoren weitgehend losgesagt hat: Kriminelle Ökonomien paaren sich mit religiös verbrämtem Fanatismus zu einer kaum noch kontrollierbaren Eigendynamik. Sie zu stoppen, bedingt die Austrocknung ihrer wirtschaftlichen Basis.



Felix Wemheuer (Hg.)

Marx und der globale Süden

ISBN 978-89438-605-4
326 Seiten | € 19,90

Was und wie können marxistische Theorien beitragen, aktuelle welthistorische soziale Umwälzungen zu ver-

stehen? Und wie werden sie im Süden diskutiert? Internationale Autoren zeigen Entwicklungen in Südafrika, Indien, China, Lateinamerika sowie dem Süden allgemein.

Im nächsten Jahr wird die Deutsche Friedensgesellschaft 125 Jahre alt – gegründet wurde sie am 9. November 1892 von den späteren Friedensnobelpreisträgern Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried.

Ihr erstes Programm gab sich die DFG (erst) im Jahr 1898. Wenn wir es heute lesen, kommt uns vieles fremd und komisch vor. Die Sprache natürlich, aber auch manche Aspekte der Sicht auf die Ursachen von Kriegen und die Vorstellung, wie Frieden geschaffen werden kann.

Das zeigt uns: Dieses und die nachfolgenden Programme sind Dokumente, die aus ihrer Zeit heraus verstanden werden müssen. Sie reflektieren die jeweiligen spezifischen Zustände, Bedingungen, Bewusstseinsstände. Alle Programme aber sind geschrieben von Menschen, die entsetzt sind vom Grauen und den Folgen des Kriegs, jedes Krieges. Die Suche nach seinen Ursachen und nach Wegen, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat“, wie es in der Präambel zur Charta der Vereinten Nationen von 1945 formuliert ist, diese Suche kennt verschiedene Antworten. Deshalb sind die Programme immer auch ein Produkt des Ringens verschiedener Ansätze, die ausgehandelte Übereinkunft zwischen Menschen mit unterschiedlichen Grundüberzeugungen, Analysen, Erkenntnissen, Erfahrungen. Sie sind Kompromisse, bei denen sich Mehrheiten auf Delegiertentagen, Generalversammlungen, Hauptversammlungen, Bundeskongressen etc. durchgesetzt haben. Im günstigen Fall konnten die Minderheiten mit dem Formulierten leben, im besten Fall gab es einen Konsens.

Was wir vielleicht lernen können: Wir stehen in einer Reihe von Tausenden Frauen und Männern, die das Elend des Krieges überwinden wollten und sich dafür zusammenschlossen haben. Wir müssen unsere eigenen Antworten und Strategien finden, dürfen aber aus Erkenntnissen unserer VorgängerInnen lernen und daraus profitieren. „Das Rad muss nicht in jeder Generation neu erfunden werden.“

Stefan Philipp

Die programmatische Entwicklung der DFG

Dokumentiert: Die Programme der DFG von 1898 bis 1974

Zunächst hatte die Deutsche Friedensgesellschaft kein von ihren Mitglieder beschlossenes Programm. Das wichtigste Mittel, mit dem die DFG für sich und ihre Sache warb, war der 1893 vom Vorstand veröffentlichte Aufruf „An das deutsche Volk!“, der Selbstverständnis und Ziel formulierte:

Erstes Programm der DFG von 1892

1. Der Krieg steht im Widerspruch mit der heutigen Kulturstufe civilisierter Nationen. Seine Beseitigung ist vom Standpunkt der Religion, der Sittlichkeit und der Volkswohlfahrt gleichmäßig geboten. Der Krieg ist nicht einmal ein notwendiges Uebel, da internationale Streitigkeiten erfahrungsgemäß auf friedlichem Wege gerechter und dauernder beigelegt werden können. Daher gebietet nicht nur die allgemein menschliche, sondern auch im höchsten Grade patriotische Pflicht, zur Verhütung des Krieges mit seinen unabsehbaren Folgen, alle Kraft einzusetzen.
2. Eine seiner Hauptursachen hat der Krieg in den, von dem altbarbarischen Fremdenhaß stammenden Vorurteilen und Leidenschaften. In Wahrheit aber bilden die verschiedenen Nationen nicht feindliche Gegenseite, sondern einander ergänzende und fördernde Glieder der Gesamt-Menschheit, ihre wirklichen und dauernden Interessen sind demnach solidarisch. Diese grundlegende Erkenntnis gilt es hauptsächlich zu verbreiten durch die Erziehung in Haus und Schule, durch Literatur und Presse, Versammlungen und Vereine, durch die Volksoverturen, durch den möglichst unabhemmten Verkehr, durch den Schutz der wissenschaftlichen wie praktischen staatl. Kongresse, Konventionen und Anstalten aller Art. Beziehungen zwischen den Völkern sich gestalten, desto mehr wird Abneigung sich in Anerkennung und Freundschaft wandeln.
3. Mit der friedlichen Stimmung zugleich sind Friedensinstitutionen anzubahnen, deren Ziel es ist, auch in dem Verhältnis zwischen den Nationen an Stelle der Gewalt das Recht zu setzen. Das Hauptmittel hierzu bildet das internationale Schiedsgerichtssystem. Beginnend mit Schiedsgerichten für den einzelnen Fall, wie sie sich bereits vielfach bewährt haben, fortschreitend zu dauernden Schiedsgerichtsoverträgen, wird dieses System gekrönt werden durch die Errichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes, welchem die Staaten unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Selbständigkeit sich freiwillig anschließen.
4. Eine bittere Frucht des bisherigen Zustandes ist der sogenannte bewaffnete Friede, in Wahrheit ein schlechender Krieg, der durch fortwährendes gegenseitiges und daher ungelobtes Verräthen am Wohl der Völker leidet und die Beseitigung sozialer Missstände und die Erfüllung der notwendigsten Kulturaufgaben in hohem Grade erschwert. Als notwendige Folge zunehmender innerer und äußerer Kriegfertigkeit wird sich eine allmählich möglichst gleichmäßige Verminderung der Rüstungen aller Staaten ergeben, wodurch die erdrückenden Lasten erleichtert und die Gefahren vernichtender Völkerverträge abgewendet würden.
5. Zur Förderung all dieser hohen Aufgaben hat sich in wesentlicher Übereinstimmung mit den Friedensvereinen aller Kulturländer im Jahre 1892, auf dem Boden des geeinten Deutschen Reiches stehend, die Deutsche Friedensgesellschaft gebildet und über alle Ozeane verbreitet. Alle, die zum Heile des heuren Vaterlandes und der Menschheit der hehren Friedenssache dienen wollen, können dies nicht wirksamer thun, als indem sie ohne Unterschied des Geschlechts, des Standes, des Glaubens und der Partei der Deutschen Friedensgesellschaft persönlich beitreten und ihr immer neue Freunde werden.

Von den Thronen der Herrscher und den Tribünen der Parlamente ertönen Worte des Friedens. Kein Volk will den Krieg. Jede Regierung scheut sich, die Verantwortung für die entsetzlichen Folgen auf sich zu nehmen, die der nächste Feldzug haben muss; aber ebenso stark wie der Wunsch nach Frieden bleibt die Furcht

vor dem Kriege. Um diesen unerträglichen Zustand zu beseitigen, haben sich in allen gesitteten Ländern der Erde in den letzten Jahrzehnten Friedensgesellschaften gebildet, die [...] emporstrebten; nach Tausenden zählen ihre Mitglieder. Deutschland allein, das sonst immer unter den Vorkämpfern für alle idealen Bestrebungen zu finden war, ist hier zurückgeblieben.

Wohl haben auch einige deutsche Volksvertreter sich an den jährlich wiederkehrenden interparlamentarischen Friedenskongressen beteiligt, aber die breiten Schichten unseres Volkes haben noch keine Stellung zu dieser Bewegung genommen, die schon begonnen hat, ihren Einfluss auf die Beziehungen der Nationen auszuüben. Dadurch ladet das deutsche Volk den Schein auf sich, weniger friedliebend zu sein als andere Völker. Dieser Verdacht aber, so grundlos er auch sein mag, birgt schon eine Kriegsgefahr in sich. Deshalb haben wir in der Hauptstadt des Deutschen Reiches eine *Friedensgesellschaft* ins Leben gerufen. Sie soll einen Vereinigungspunkt für alle bilden, denen es wünschenswert erscheint, dass die aufeinander angewiesenen Staaten sich durch Verträge verpflichten, alle unter ihnen entstehenden Streitigkeiten durch internationale Schiedsgerichte zu entscheiden. Ihre Selbständigkeit und der gegenwärtige Stand ihres Besitzes soll durch diese Verträge nicht angetastet werden. Dass dieses Ziel nicht unerreichbar und mit der Würde jedes souveränen Staates wohl vereinbar ist, beweist die wachsende Zahl der Fälle, in denen Streitigkeiten selbst zwischen den großen Mächten der Kulturwelt durch Schiedsgerichte geschlichtet worden sind. Wir verfolgen diese Ziele mit praktischen Mitteln; von allen diesen Mitteln ist das mächtigste die öffentliche Meinung; wenn die Zahl der Mitglieder der Friedensgesellschaften erst so groß geworden ist, dass der Ausdruck ihres Willens der Ausdruck des Volkswillens ist, dann wird keine Macht im Stande sein, einen Krieg zu entfesseln, dann, und nur dann wird auch die Furcht vor dem Kriege und mit ihr die Ursache der zur unerträglichen Last gewordenen Rüstungen verschwinden, unter der Europa seufzt.

Wir fordern deshalb unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen, welcher Partei sie auch angehören mögen, auf, durch ihren Beitritt zur Deutschen Friedensgesellschaft die friedliche Gesinnung auch öffentlich zu bekunden, von der sie innerlich längst beseelt sind, und dadurch mitzuhelfen zur Verwirklichung einer Idee, von deren Durchführung das Wohl und Wehe unseres deutschen Vaterlandes und der ganzen Menschheit abhängt.

1898

Das erste Programm der DFG wurde im November 1898 auf dem Delegiertentag in Frankfurt am Main beschlossen (nachdem es zuvor dem Delegiertentag 1897 in Berlin vorgelegt und dann den örtlichen Gruppen zur Stellungnahme unterbreitet worden war):

I. Der Krieg steht im Widerspruch mit der heutigen Kulturstufe zivilisierter Nationen. Seine Beseitigung ist vom Standpunkte der Religion, der Sittlichkeit und der Volkswohlfahrt gleichmäßig geboten. Der Krieg ist nicht einmal ein notwendiges Übel, da internationale Streitigkeiten erfahrungsgemäß auf friedlichem Wege gerechter und dauernder beigelegt werden können.

Daher gebietet nicht nur die allgemeine menschliche, sondern auch im höchsten Grade die patriotische Pflicht, zur Verhütung des Krieges mit seinen unabsehbaren Folgen alle Kraft einzusetzen.

II. Eine seiner Hauptwurzeln hat der Krieg in den von dem altbarbarischen Fremdenhass stammenden Vorurteilen und Leidenschaften. In Wahrheit aber bilden die verschiedenen Nationen nicht feindliche Gegensätze, sondern einander ergänzende und fördernde Glieder der Gesamtmenschheit, ihre wirklichen und dauernden Interessen sind demnach solidarisch.

Diese grundlegende Erkenntnis gilt es hauptsächlich zu verbreiten durch die Erziehung in Haus und Schule, durch Literatur und Presse, Versammlungen und Vereine, durch die Volksvertretungen, durch den möglichst ungehemmten Verkehr, durch den Schutz der friedfertigen Ausländer, durch internationale Kongresse, Konventionen und Anstalten aller Art, wissenschaftliche wie praktische, staatliche wie private. Je mannigfaltiger und inniger die Beziehungen zwischen den Völkern sich gestalten, desto mehr wird Abneigung sich in Anerkennung und Freundschaft wandeln.

III. Mit der friedlichen Gesinnung zugleich sind Friedensinstitutionen anzubahnen, deren Ziel es ist, auch in dem Verhältnis zwischen den Nationen an Stelle der Gewalt das Recht zu setzen.

Das Hauptmittel hierzu bildet das internationale Schiedsgerichtssystem. Beginnend mit Schiedsgerichten für den einzelnen Fall, wie sie sich bereits vielfach bewährt haben, fortschreitend zu dauernden

Schiedsgerichtsverträgen, wird dieses System gekrönt durch die Errichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes, welchem die Staaten unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Selbständigkeit sich freiwillig anschließen.

IV. Eine bittere Frucht des bisherigen Zustandes ist der sogenannte bewaffnete Friede, in Wahrheit ein schleicher Krieg, der durch fortwährendes gegenseitiges und daher nutzloses Wettrüsten am Mark der Völker zehrt und die Beseitigung sozialer Missstände und die Erfüllung der notwendigen Kulturaufgaben in hohem Grade erschwert. Als notwendige Folge zunehmender innerer und äußerer Friedfertigkeit wird sich eine allmähliche möglichst gleichmäßige Verminderung der Rüstungen aller Staaten ergeben, wodurch die drückenden Lasten erleichtert und die Gefahren vernichtender Völkerkriege abgewendet würden.

V. Zur Förderung all dieser hohen Aufgaben hat sich in wesentlicher Übereinstimmung mit den Friedensvereinen aller Kulturländer im Jahre 1891, auf dem Boden des geeinten Deutschen Reiches stehend, die Deutsche Friedensgesellschaft gebildet und über alle Gae verbreitet. Alle, die zum Heile des teuren Vaterlandes und der Menschheit der hehren Friedenssache dienen wollen, können dies nicht wirksamer tun, als indem sie ohne Unterschied des Geschlechtes, des Standes, des Glaubens und der Partei der Deutschen Friedensgesellschaft persönlich beitreten und ihr immer neue Freunde werben.

1905

Das zweite Programm der DFG wurde der Generalversammlung im Februar 1905 in Mannheim vorgelegt und den Gruppen zur Stellungnahme unterbreitet. Nach einigen Änderungen trat es im Frühjahr 1905 in Kraft. (Es umfasste ausführliche „Erläuterungen“, die hier nicht abgedruckt werden.)

Die Ziele der Deutschen Friedensgesellschaft sind folgende:

- Aufklärung über das kulturwidrige Wesen des Krieges;
- Bekämpfung nationaler Vorurteile und Betonung der Zusammengehörigkeit der Völker, ihrer materiellen und ideellen Interessen;
- Unterstützung aller Bestrebungen für Aufrichtung eines dauernden Rechts-

zustandes unter den Staaten durch die Weiterbildung des im Haag [Anm. der Red.: „im Haag“ = heute veraltete deutsche Bezeichnung für das niederländische Den Haag] begründeten Rechtssystems, insbesondere durch Fortbildung der internationalen Organisation;

- Unterstützung aller Bestrebungen, die auf das Ziel gerichtet sind, eine gleichzeitige und gleichmäßige Beschränkung der Rüstungen herbeizuführen.

1919

Nach dem Ersten Weltkrieg, dem Ende des Kaiserreichs und der Gründung der (Weimarer) Republik beschloss die außerordentliche DFG-Mitgliederversammlung im Oktober 1919 in Kassel ein Programm (dem allgemeine, hier nicht abgedruckt Grundsätze vorangestellt waren) mit diesen Einzelforderungen (Der mit * gekennzeichnete Zusatz wurde auf der Hauptversammlung im Oktober 1922 in Leipzig hinzugefügt):

[...] Die Deutsche Friedensgesellschaft fordert im Einzelnen:

1. Bekämpfung der Verherrlichung des Krieges in Press und Schule, in Kirche und Familie, Überwachung der Presse und des öffentlichen Unterrichts durch internationale, vom Volke gewählte Kommissionen.
2. Erziehung zum weltbürgerlichen Denken, zu sozialer Gesinnung und Tat; Pflege und Betonung des internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeitens; Schaffung von Instituten für wissenschaftlichen Pazifismus an den Hochschulen.
3. Weiterbildung der heute schon vorhandenen internationalen Rechtsorganisationen, insbesondere des Völkerbundes, zu einer Gemeinschaft der Völker, die in einem zukünftigen Weltparlament ihre Krönung findet.
4. Stärkung des Völkerbundgedankens durch Verbot aller Sonderbündnisse, durch Beseitigung von Geheimdiplomatie und Geheimverträgen; Schaffung eines unparteiischen, obligatorischen Schiedsgerichts zur Schlichtung aller Streitfälle zwischen den Staaten.
5. Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker; Schutz der nationalen Minderheiten; Schutz der Rechte der Ausländer durch internationale, vom Völkerbund einheitlich festzusetzende Bestimmungen.

6. Internationale Aufsicht über die Verwaltung aller Kolonien aufgrund eines Programms, das die Recht und Interessen der Eingeborenen, solange diese ihr Selbstbestimmungsrecht nicht ausüben können, gegen wirtschaftliche Ausbeutung und gegen Vergewaltigung ihrer Eigenart schützt.

7. Allgemeine Abschaffung der Wehrpflicht und vollständige Abrüstung aller Staaten bis auf ein zur Ausübung staatlicher und zwischenstaatlicher Polizeigewalt ausreichendes Mindestmaß; Beseitigung jeder nichtstaatlichen Rüstungsindustrie.* Anerkennung des unbedingten Rechtes des Einzelnen und des darauf begründeten Rechtes wirtschaftlicher, politischer und religiöser Gruppen auf Verweigerung jeglichen Kriegsdienstes als eines sittlichen Grundrechtes des Einzelnen und der Minderheiten dem Staates und gegebenenfalls der Volksmehrheit gegenüber. Festlegung dieses Grundrechtes in der Reichsverfassung und in der Satzung des Völkerbundes.

8. Ersetzung der imperialistischen Ausschließungs- und Ausbeutungspolitik durch ein internationales System wirtschaftlicher Gemeinschaft und Gleichberechtigung; Schaffung eines internationalen Wirtschafts- und Verkehrsrechts.

9. Mitarbeit am sozialen Ausgleich; Schaffung eines internationalen Arbeits- und Arbeiterrechts; die Freiheit und friedliche Erledigung von politischen und wirtschaftlichen Streitigkeiten darf durch das Eingreifen der staatlichen oder zwischenstaatlichen Polizeigewalt und durch die Bildung von Klassenwehren nicht beeinträchtigt werden.

1929

Das Programm wurde auf der Generalversammlung im September 1929 in Braunschweig beschlossen.

Die Deutsche Friedensgesellschaft (Bund der Kriegsgegner) betrachtet den Krieg wirtschaftlich als unsinnig, menschlich als ein Verbrechen und lehnt ihn deshalb als Mittel zur Austragung von Gegensätzen zwischen den Staaten ab. Sie bekämpft ihn daher in allen seinen Formen.

Um den Krieg zu überwinden, ist es notwendig, seine Ursachen aufzudecken. Die Friedensgesellschaft sieht sie in der Hauptsache in Folgendem:

Militarismus. Heere und Kriegsflotten bilden ihrer Natur nach eine Gefahr für den Frieden.

Innenpolitisch bedeutet das Militär einen Hort der politischen und wirtschaftlichen Reaktion.

Die deutsche Friedensgesellschaft fordert:

- a) Abschaffung der Heere und Kriegsflotten in allen Ländern;
- b) Verhinderung aller Versuche illegaler Aufrüstung und Abschaffung aller Gesetzesbestimmungen, die deren Aufdeckung als Landesverrat verfolgen;
- c) Anerkennung des unbedingten Rechtes des Einzelnen auf Verweigerung des Kriegs- und Arbeitsdienstes als eines sittlichen Grundrechtes;
- d) Im Hinblick auf die Technisierung des Krieges internationale Kontrolle der Herstellung von Kriegsmaterial und internationales Verbot des Handels mit Kriegsmaterial aller Art.

Nationalismus. Er ist eine Überheblichkeit eines Volkes über andere, insbesondere dient er den kriegsinteressierten Schichten als Mittel, die Masse der Bevölkerung für ihre Zwecke zu missbrauchen.

Die Deutsche Friedensgesellschaft fordert:

- a) Betätigung internationalen Geistes und Bereitstellung öffentlicher Gelder zur Pflege und Förderung der Völkerverständigung, insbesondere in allen Erziehungsfragen;
- b) Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ohne Rücksicht auf Rasse, Farbe, Sprach und Religion;
- c) Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer überstaatlicher Organisationen, eines wirklichen Bundes der Völker, Ausbau einer für alle internationalen Streitigkeiten obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, eines wirklichen Schutzes nationaler Minderheiten und eines internationalen Schutzes der Geistesfreiheit.

Wirtschaftsform. Die bestehende Wirtschaftsform drängt mit innerer Gesetzmäßigkeit zu außenpolitischen Konflikten und bildet dadurch eine ständige Kriegsgefahr. Insbesondere führt sie zu politischer Entrechtung und wirtschaftlicher Ausbeutung des eigenen Volkes und anderer Völker (Kolonialimperialismus).

Die Deutsche Friedensgesellschaft fordert eine internationale gemeinwirtschaftliche Organisation.

Kann der Ausbruch eines Krieges nicht verhindert werden, so wird die Deutsche Friedensgesellschaft um des menschlichen Gewissens willen ihn durch Propa-

gierung der Kriegsdienstverweigerung in jeder Form aktiv bekämpfen.

Die Deutsche Friedensgesellschaft (Bund der Kriegsgegner) ist keiner Regierung und keiner Partei dienstbar, unterstützt aber alle Bestrebungen der Parteien und Regierungen, die dahin gehen, ihre Ziele zu verwirklichen. Sie trifft ihre Entscheidungen nur nach ihren eigenen Grundsätzen.

1946

Auf einem außerordentlichen Bundestag beschloss die DFG im März 1946:

[...] Wir fordern:

1. die völlige Vernichtung des preußisch-deutschen Militarismus mit allen seinen Wurzeln und Zweigen als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Schaffung eines auf sittlicher Grundlage ruhenden neuen deutschen Staates und einer neuen gerechten Weltordnung.
2. Die Ausmerzung des gesamten nationalsozialistischen und militaristischen Schrifttums, da die Ereignisse bestätigten, dass der Nationalsozialismus nichts anderes bedeutet als die letzte und grauhafteste Steigerung militaristischer Geisteshaltung in weiten Schichten des deutschen Volkes. Jede Kriegsverherrlichung in Wort und Schrift ist unter Strafe zu stellen.
3. dass der verhängnisvolle Einfluss des Großgrundbesitzes, der Montanindustrie und der Großbanken als den wirtschaftlichen Fundamenten des preußisch-deutschen Militarismus gebrochen wird.
4. die Erziehung des deutschen Volkes, insbesondere der Jugend im Geiste der Völkerverständigung. Die Irrlehren vom deutschen Herrenmenschentum, vom deutschen Führungsanspruch und der Rassentheorie müssen ausgerottet werden.

[...]

7. die Schaffung eines Friedensministeriums anstelle des früheren verderbenbringenden Kriegsministeriums. Vordringliche Aufgabe dieses Ministeriums wäre die Lenkung und Förderung der Friedensarbeit und Friedenspolitik im gesamten öffentlichen Leben.
8. die Unantastbarkeit der Grundrechte des Menschen und lehnen jede Art von Diktaturbestrebungen und totalitärer Staatsführung ab, da nur in einem demokratischen Staate die Unverletzlich-

keit der Person und die freie Betätigung in Wort und Schrift im Rahmen der geltenden Gesetze gewährleistet ist. [...]

1948

Im Oktober 1948 verabschiedete die DFG in Göttingen auf ihrem Bundestag dieses Programm:

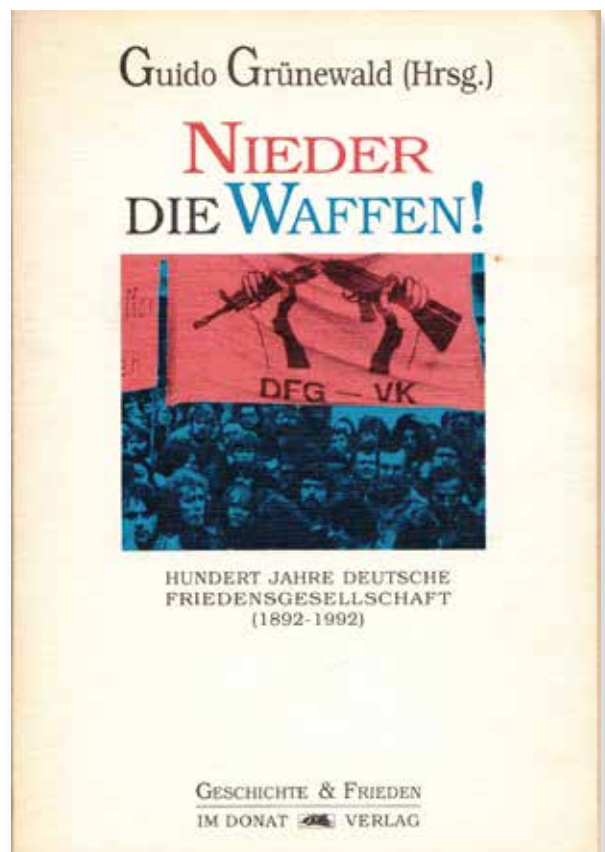
[...]

Die Sicherung des Friedens erwartet die DFG von der geistigen Haltung eines jeden Staatsbürgers, von dem ständigen Ausbau aller dem Frieden dienenden Einrichtungen und von der Errichtung eines Weltstaates.

Die beste Sicherung des Friedens erblickt die DFG in der Errichtung einer Weltregierung, in der alle Staaten gleichberechtigt vertreten sind.

Darum stellt sich die DFG folgende Aufgaben:

1. Die Bekämpfung und Vernichtung des militaristischen Geistes, der sich in Kriegsverherrlichung und Kriegsheldenverehrung zeigt und auf Wehrrüchtigung und Wiederrichtung einer Armee hinzielt, ist die erste und wichtigste Forderung zur Schaffung eines auf sittlicher Grundlage ruhenden Staates und einer gerechten Weltordnung. Die Verweigerung jeglichen Kriegsdienstes gehört zu den unabdingbaren Rechten eines jeden Staatsbürgers.
2. Chauvinismus, Unduldsamkeit und Rassenhass - Produkte nationalistischen Hochmuts - sind ernste Bedrohungen des Friedens. Die DFG will zu der Erkenntnis beitragen, dass wir alle Bürger einer Welt sind und jedes Volk mit dem unteilbaren Ganzen verbunden ist.
3. Die Erziehung des deutschen Volkes, insbesondere der deutschen Jugend in dem demokratischen Geiste der Völkerverständigung sehen wir als unsere Hauptaufgabe an. Presse, Theater, Film



Die hier (auszugsweise) dokumentierten Programme der DFG und das erste Programm der DFG-VK von 1974 sowie die Informationen dazu sind sämtlich entnommen dem Buch „Nieder die Waffen!“ von Guido Grünewald. Dieses hatte er zum 100. Jubiläum der Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft herausgegeben. Auch wenn es eine ganze Reihe von Büchern zu einzelnen Zeitabschnitten des Verbands gibt, bleibt das Grünewald-Buch der beste Überblick über die Geschichte der DFG, der DFG-IdK und der DFG-VK. Das 236 Seiten umfassende Buch ist noch im Buchhandel zum Preis von 12,80 Euro erhältlich (ISBN 3-924444-59-5). Guido Grünewald ist seit Anfang der 1970er Jahre in der DFG-VK aktiv, seit langem ist er ihr internationaler Sprecher. Bereits die Doktorarbeit des „Verbandshistorikers“ beschäftigte sich mit einer der Vorläuferorganisationen der DFG-VK (veröffentlicht im Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1982, 564 Seiten: Die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK). Ihre Geschichte 1945 bis 1968)

und Rundfunk sollen im Dienste eines friedlichen und versöhnenden Geistes stehen.

4. Die DFG fordert Überwachung der wissenschaftlichen Erkenntnisse durch internationale Kontrolle und Nutzbarmachung aller technischen Errungenschaften zu friedlichen Zwecken.
5. Die DFG unterstützt alle Bestrebungen zur Schaffung menschenwürdiger sozialer Verhältnisse, die zu ihrem Teil des Frieden sichern. Sie erwartet deshalb die gerechte Verteilung aller Lasten und bekämpft die Wiederrichtung aller alten Machtfaktoren in

der Wirtschaft, die Fundamente des Militarismus waren.

6. Die DFG bekennt sich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und lehnt jede Art von Diktaturbestrebungen ab. [...]

1956

Auf dem DFG-Bundestag im Oktober 1956 in Heidelberg wurde dieses Programm beschlossen:

[...] Die Deutsche Friedensgesellschaft sucht den Rechtsgedanken, der zunehmend das Verhältnis von Mensch zu Mensch bestimmt, auch in den Beziehungen zwischen den Staaten und Mächtegruppen zur Geltung zu bringen.

Die Deutsche Friedensgesellschaft wirkt für die friedliche Verständigung des deutschen Volkes mit allen Völkern der Erde und setzt sich für einen gewaltlosen Ausgleich der Spannungen und unvermeidlichen Gegensätze zwischen Staaten ein. [...]

Mit der Herstellung von Massenvernichtungsmitteln ist die Menschheit in eine neue Phase ihrer Geschichte getreten. [...] War die Erhaltung des Friedens bisher schon höchstes Gebot der aus sittlicher Verantwortung für die Allgemeinheit handelnden Persönlichkeiten, fanden sich im Streben für dieses Ziel schon immer die Besten unseres Volkes über alle Verschiedenheiten und Gegensätze der Weltanschauung und des Bekenntnisses hinweg, so ist die Verhinderung des Krieges nun zur Lebensfrage aller geworden.

Der Friedensgedanke hat eine tiefe, grundsätzliche Wandlung erfahren: Die hohe humanitäre Zielsetzung einer Elite ist zur nackten Existenzfrage der Völker selbst geworden. [...]

Die unbedingte Verwerfung einer gewaltsamen Entscheidung zwischen den beiden konkurrierenden gesellschaftlichen Systemen schließt die Bejahung ihres friedlichen Nebeneinanderbestehens ein. In echtem Wettstreit mögen sie die Rechtmäßigkeit ihres Anspruches, Vorbild für die ganze Welt zu sein, beweisen. Das wechselseitige Wettrüsten der Machtblöcke, für dessen endgültige Beseitigung wir eintreten, stellt eine ständige Bedrohung der Menschheit dar. Die bisher für Rüstungszwecke aufgewendeten Mittel sollten für die wirtschaftliche und soziale Sicherheit, die Industrialisierung der unterentwickelten Länder und für kulturelle Aufgaben nutzbar gemacht werden.

Bereits die militärische Blockbildung ist eine Gefahr für den Frieden. Bis zu ihrer Beseitigung wird die Sicherheit unseres Landes durch die militärische Neutralität und die Ausklammerung Deutschlands aus allen militärischen Paktsystemen am ehesten gewährleistet. Das sind zugleich die zwei wichtigsten Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands. [...]

Wir wollen in unserem Denken, Reden und Handeln allem Raum geben, was dem friedlichen Miteinander der wetteifernden gesellschaftlichen Systeme und dem Ausgleich der Spannungen zwischen den Mächten dient.

Wir wollen uns allem widersetzen, was geeignet ist, eine Kriegsgefahr heraufzubeschwören oder zu verstärken, insbesondere wollen wir uns gegen Aufrüstung und alles militaristische Denken, gegen die allgemeine Wehrpflicht und gegen die Herstellung eigener wie die Aufstellung fremder Atomwaffen auf unserem Staatsgebiete zur Wehr setzen. Wir wollen, dass die in den Verfassungen der Bundesrepublik und der einzelnen Bundesländer niedergelegte Verpflichtung, die deutsche Jugend zur Völkerverständigung und Friedensbereitschaft zu erziehen, von allen Schulen und Bildungseinrichtungen erfüllt wird und

durch Bund und Länder die größtmögliche Unterstützung erfährt.

Kriegsdienstverweigerer wird alle in unseren Kräften stehende Hilfe zuteil werden. Wir wollen uns in unserer Kriegsgegnerschaft jedoch nicht nur auf die eigene Wehrdienstverweigerung zurückziehen, die allein weder geeignet ist, Kriege zu vereiteln, noch das eigene Leben oder die eigene Moral dem Zugriff des Krieges zu entziehen.

Wir wollen immer und überall dort veröhnend wirken, wo durch Entfremdung, Unduldsamkeit oder Feinseligkeit Gefahren für den Frieden entstehen. Wir wollen zur Erreichung unserer Ziele mit allen Menschen und Gruppen zusammenarbeiten, die aus ehrlichem Herzen der Sache des Friedens dienen.

1974

1968 hatte sich die DFG mit der 1921 gegründeten Internationale der Kriegsdienstgegner zur DFG-IdK vereinigt. 1974 fusionierte sie mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer und beschloss bei dem Vereinigungskongress im November 1974 in Bonn dieses Programm der DFG-VK:

[...] Die DFG-VK ist eine pazifistische Organisation. Ihr Pazifismus ist gekennzeichnet durch ihr Programm. Sie verfolgt ihre politischen Ziele - Widerstand gegen jede Kriegsvorbereitung und Beseitigung aller Kriegsursachen - mit gewaltlosen Mitteln. Die DFG-VK erachtet die Verweigerung des Kriegsdienstes als eine demonstrative, individuelle Handlung gegen Krieg und Kriegsvorbereitung. Sie tritt für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in allen Ländern ein und fordert die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen

125
JAHRE **DFG-VK** 
 DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT - VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN
DIE WAFFEN NIEDER!

auf, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht zu verankern.

Der Pazifismus der DFG-VK beschränkt sich jedoch nicht auf die persönliche Verweigerung. Ihre Mitglieder bekennen sich zur Grundsatzerklärung der War Resisters' International: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“

Dieser Pazifismus verlangt politisches Handeln mit dem Ziel, Bedingungen für eine Welt ohne Krieg und Unterdrückung zu schaffen. Hierzu gilt es, Kriegsursachen zu erkennen und zu benennen, Widerstand gegen Krieg und Kriegsvorbereitung zu leisten, zu organisieren und zu unterstützen sowie gemeinsam mit anderen Organisationen für notwendige Änderungen gesellschaftlicher – also auch mit wirtschaftlicher – Strukturen und für die Erhaltung demokratischer Rechte zu kämpfen.

[...]

Die DFG-VK ist von Parteien, Organisationen und Institutionen unabhängig. Ihre Unabhängigkeit bedeutet jedoch keine Neutralität. Sie solidarisiert sich mit allen Opfern von Gewalt, Krieg und Unterdrückung.

[...]

Die Erkenntnis, dass die Gegensätze zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme durch Gewalt oder Krieg nicht gelöst werden können, schließt die Bejahung ihres friedlichen Neben- und Miteinander ein. Friedliche Koexistenz bedeutet nicht die Verfestigung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen status quo bedeutet nicht den Verzicht auf innergesellschaftliche Auseinandersetzungen, sondern ist eine elementare Voraussetzung aller progressiven gesellschaftlichen Prozesse, aller sozialen und nationalen Befreiungsbewegungen. Friedliche Koexistenz heißt, Konflikte zwischen Staaten ohne Gewalt, Krieg und militärische Intervention zu lösen, auf dieser Grundlage das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchzusetzen und eine internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung, in gegenseitiger Respektierung und zum Nutzen aller zu betreiben. Friedliche Koexistenz erlaubt keine Festschreibung der bestehenden Rüstungssysteme, sie erfordert den Kampf für eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

[...]

Die DFG-VK hält folgende Schritte für notwendig:

- eine Neugestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen in einer internatio-

nen Rechtsgemeinschaft, die in der Uno und ihrer Charta ihren Anfang genommen hat;

- Bemühungen um eine Weiterentwicklung des Völkerrechts;
- den Abschluss multilateraler Gewaltverzichtsverträge;
- die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems.

Die DFG-VK erkennt in der Aufrechterhaltung imperialistischer Abhängigkeitsverhältnisse ständige Ursachen für gewaltsame Konflikte und Krieg. Sie tritt ein für die Beseitigung des Kolonialismus und Neokolonialismus und wendet sich entschieden gegen jede Politik, die unter dem Schein gerechter Handelsbeziehungen die Ausbeutung der „Dritten Welt“ betreibt.

[...]

Die DFG-VK solidarisiert sich mit den politischen Zielen der Befreiungsbewegungen in der Welt. Sie fordert damit Freiheit und Unabhängigkeit von Kolonialismus und Imperialismus sowie das Selbstbestimmungsrecht für diese Völker.

Aufgrund der Einsicht in die unterschiedlichen historischen Entwicklungen der einzelnen Völker maßt sich die DFG-VK nicht an, Mittel und Methoden des Freiheitskampfes zu verurteilen. Dennoch kann sie sich nicht mit allen Formen dieses Kampfes identifizieren. Für die DFG-VK kommt es in erster Linie darauf an, die Ursachen der Konflikte zu untersuchen und für deren Beseitigung einzutreten. Gleichzeitig wird die DFG-VK die Idee einer gewaltfreien Konfliktlösung verbreiten und nach Möglichkeit gewaltfreie Strategien erproben.

[...]

Die allgemeine, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung ist unerlässlich zur Stabilisierung der friedlichen Koexistenz. Eine Hauptforderung der DFG-VK ist daher die nach weltweiter Abrüstung unter demokratischer Kontrolle der Völker.

[...]

Deshalb fordert die DFG-VK

- die Schaffung kernwaffenfreier und entmilitarisierter Zonen;
- das Verbot aller Atomwaffenversuche einschließlich der unterirdischen;
- die sofortige Vernichtung aller Atomwaffen und den umfassenden Abbau der nuklearen Rüstungen;
- das Verbot der Herstellung, Lagerung und Anwendung sowie die Vernichtung aller biologischen und chemischen Kampfmittel;



DFG-VK-Fusionskongress 1974 in der Bonner Beethovenhalle

- die Verminderung der Truppenstärken und die Kürzung der Rüstungsausgaben sowie den Abbau der Rüstungs- und Waf-fenpotentiale und der Rüstungsproduktion;
- die Beendigung jeglicher Kriegsfor-schung;
- den vollständigen Abbau militärischer Präsenz in fremden sowie die Auflösung aller Militärbündnisse.

[...] Mit der Ratifizierung der Verträge zwischen BRD und UdSSR, der Volksrepublik Polen, der DDR und der CSSR, denen die Verpflichtung zum Gewaltverzicht und die Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen zugrundeliegen, sind langjährige Forderungen der DFG-VK verwirklicht. In diesen Verträgen sieht die DFG-VK einen wichtigen Beitrag zur Entspannung in Europa. Die damit eingeleitete Wende in der europäischen Politik hat günstigere Bedingungen geschaffen für das Zustandekommen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die als ständige Einrichtung die Voraussetzung dafür schaffen muss, dass Europa zu einem Modell der friedlichen Koexistenz wird. Durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem auf der Grundlage kollektiven Gewaltverzichts entstehen zugleich günstigere Bedingungen für Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzungen und Abrüstungsmaßnahmen, die geeignet sind, die Konfrontation der bisherigen Militärbündnisse Nato und Warschauer Vertrag zu überwinden und schließlich zu deren Auflösung zu führen.

[...]

Die Bundeswehr hat angeblich den Auftrag, die Bundesrepublik vor einem Angriff von außen zu verteidigen. Verteidigung kann nur heißen: Schutz der Bevölkerung und Bewahrung der sachlichen Werte in der BRD. Jeder Versuch der militärischen Verteidigung der BRD würde jedoch enden mit der Vernichtung der Grundlagen menschlichen Lebens. Eine Militärpolitik, die diese Vernichtung in

ihr Kalkül einbezieht, ist unmenschlich, grausam und durch nichts zu rechtfertigen. Der Auftrag der Verteidigung bleibt unerfüllbar.

Ebenso unerfüllbar ist der Auftrag, durch Abschreckung Krieg zu verhindern. Die historische Erfahrung der letzten 25 Jahre beweist, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen an der Peripherie der beiden Militärblöcke zugenommen haben, dass also die Abschreckung im weltweiten Maßstab versagt hat. Die Logik militärischer Abschreckung treibt zudem die Welt in ein unausweichliches Wettrennen, dessen Folgen unkalkulierbar sind. Zu seiner ideologischen Begründung bedarf es der ständigen Produktion und Modernisierung realitätsferner Kriegs- und Feindbilder. Abschreckung und Frieden bleiben damit unvereinbar. Frieden ist erst jenseits von Abschreckung möglich.

[...]

Die Bundeswehr gefährdet Frieden und Sicherheit in Europa und im eigenen Land. Neben der individuellen Begründung der Kriegsdienstverweigerung ergibt sich hieraus deren politische Begründung und die Ablehnung der Bundeswehr durch die Kriegsdienstverweigerer. Die DFG-VK setzt deshalb die Strategie der Kriegsverhütung durch Vorbereitung zum Krieg die Forderung nach politischer Friedenssicherung entgegen.

[...]

Einflussreiche politische und ökonomische Interessen stehen einer grundsätzlichen Änderung der Militärpolitik entgegen. Der militärisch-industrielle Komplex treibt die Aufrüstung voran und ist ständig bestrebt, die Politik den Interessen der Rüstungsindustrie unterzuordnen, um deren Profite auf Kosten der Bevölkerung zu erhöhen.

[...]

Innerhalb der Bundesrepublik hat die Bundeswehr die Aufgabe, die bestehen-

den Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren. Dazu gehört die Möglichkeit des Einsatzes der Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung, die durch die 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze legalisiert wurde.

[...]

Die DFG-VK fordert Erziehung im Geiste der Völkerverständigung, des friedlichen Zusammenlebens aller Menschen, des Abbaus der Feindbilder. Sie tritt dem von allen Bundesregierungen als ideologisches Fundament der Rüstung und als wirksames Instrument zur Verketzerung demokratischer Opposition geschürten Antikommunismus entgegen. Dies ist die innenpolitische Konsequenz des Prinzips der friedlichen Koexistenz.

[...]

Der zunehmende Einfluss der Rüstungsproduktion in der Wirtschaft lässt ein Interessengeflecht zwischen Militär, Staatsbürokratie, Forschung und Rüstungsindustrie entstehen. Dieser militärisch-industrielle Komplex kann nur durch eine grundsätzliche Demokratisierung aller gesellschaftlich-ökonomischen Bereiche überwunden werden.

[...]

Die DFG-VK setzt sich für die verstärkte Wahrnehmung und die Erweiterung der demokratischen Rechte ein und fordert die volle Wiederherstellung derjenigen Grundrechte und Freiheiten, die seit Gültigkeit des Grundgesetzes bereits abgebaut worden sind.

- Die während der Zeit des Kalten Krieges erfolgten Verbote demokratische Organisationen sind aufzuheben.
- Die Notstandsverfassung und die einfachen Notstandsgesetze sind rückgängig zu machen.
- Die Berufsverbote für Demokraten und Sozialisten sind aufzuheben.
- Wo wirtschaftliche Konzentration wie bei der Rüstungsindustrie Frieden und De-

mokratie bedroht, müssen die betroffenen Unternehmen in gesellschaftliches Eigentum überführt und demokratischer Kontrolle unterworfen werden, wie dies nach Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes möglich ist. [...]

- Die DFG-VK wendet sich gegen jede allgemeine Wehr- und Dienstpflicht, jede Reform der Wehrstruktur, die nur die Bundeswehr wirkungsvoller machen soll, und gegen jegliche Pläne zur Schaffung einer Berufarmee.
- Die DFG-VK erachtet das Grundgesetz der BRD für die Regierung, gesellschaftliche Interessengruppen und alle Bürger gleichermaßen als verbindlich.

[...] Die DFG-VK bekämpft alle Bestrebungen, das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung gemäß Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes direkt oder indirekt auszuhöhlen. Das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer widerspricht dem Wesen des Grundgesetzes, es ist ersatzlos abzuschaffen.

Die DFG-VK setzt sich besonders im Zivildienstbereich dafür ein, dass die Ursachen gesellschaftlicher Missstände erkannt und beseitigt werden. Sie begrüßt alle Initiativen, die den Zivildienst so gestalten wollen, dass er den Interessen der zivildienstleistenden Kriegsdienstverweigerern entspricht.

Die DFG-VK erkennt den Dienst der Zivildienstleistenden als einen Beitrag zur Lindering sozialer Ungerechtigkeiten an. Sie weist aber gleichzeitig auf die Problematik hin, die mit dieser Dienstleistung verbunden ist: Mit ihrem individuellen Beitrag, insbesondere durch den Dienst am Menschen im sozialen Bereich, lindern die Zivildienstleistenden die Not der Betroffenen. Als Zwangsverpflichtete unterliegen die Zivildienstleistenden jedoch dem Primat der Militärpolitik, der die Missstände im sozialen Bereich bedingt. Dadurch wird die Tätigkeit der Zivildienstleistenden zur Verschleierung sozialer Missstände missbraucht.

Zukunft des politischen Pazifismus

Symposium der Bertha-von-Suttner-Stiftung

Von Gernot Lennert

Im Jahr 2017 wird die Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft 125 Jahre zurückliegen. Jubiläumsjahre sind nicht nur ein geeigneter Anlass, auf das Vergangene zurückzublicken, sondern bieten auch Gelegenheit zur Reflexion über die Situation in der Gegenwart. Nicht zuletzt geht es auch darum, in die Zukunft zu schauen.

Gleich mehrere Veranstaltungen der DFG-VK und ihrer Bildungswerke werden sich 2017 dem Rück- und dem Ausblick widmen. Den Auftakt bildet das Symposium „Zukunft des politischen Pazifismus“ im Januar in Frankfurt/Main. Dazu laden ein: die Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, das DFG-VK-Bildungswerk Hessen und die DFG-VK-Gruppe Frankfurt.

Arbeit der Bertha-von-Suttner-Stiftung in jüngster Zeit

Es sei kurz erinnert: Die Bertha-von-Suttner-Stiftung ist die Stiftung der DFG-VK, benannt nach der Mitgründerin der DFG. Zur Stiftungsarbeit gehören Durchführung und Unterstützung von Tagungen und Forschungsvorhaben, Bildungsmaß-

nahmen und internationalen Begegnungen sowie die Herausgabe von Publikationen. Ähnliche Aufgaben erfüllen die Bildungswerke einzelner DFG-VK-Landesverbände.

2014 stand die Arbeit der Bertha-von-Suttner-Stiftung im Zeichen des 100. Jahrestags sowohl des Beginns des Ersten Weltkriegs als auch des Todestags ihrer Namensgeberin. In diesem Zusammenhang standen die Tagung „Friedens(r)äume schaffen“ in Minden und die Ausstellungen „Krieg dem Kriege“ und „Die Waffen nieder“.

Am Jahresanfang fördert die Stiftung traditionell alljährlich die Internationale Münchner Friedenskonferenz, den Gegenkongress zur Nato-„Sicherheits“tagung im Februar in München.

2015, zum 70. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus, förderte die Stiftung eine Veranstaltung in Berlin zur Erinnerungskultur in der Ukraine und in Deutschland.

Konkret mit der Kriegführung aus Deutschland befassten sich Tagungen wie „Militärische Drohnen ächten“ in Köln 2014 und „Entmilitarisierung des Niederrheins“ 2015 im September in Duisburg.

Zu den von der Stiftung mitherausgegebenen Publikationen zählen das Buch „Die Erfindung der Selbstvernichtung“ zur Entstehung des Luftkrieges im Ersten Weltkrieg (Rezension in der ZC, der Comic „Kleine Geschichte der Friedensbewegung“ sowie das Buch „Organisiert die Welt!“, das an den Mitbegründer der DFG und Friedensnobelpreisträger Alfred Herrmann Fried erinnert (Rezension in ZC).

Historie des politischen Pazifismus

Nach einem jetzt schon vorliegenden Videogrußwort von Konstantin Wecker, der zu seinem Bedauern nicht bei der Tagung dabei sein kann, wird das Symposium im Jubiläumsjahr naturgemäß zunächst auf die Geschichte des Pazifismus zurückblicken, ohne die vieles, das heute die Friedensbewegung, aber auch die internationalen Beziehungen prägt, nicht verständlich ist.

„Frieden denken!“, die Vision von Bertha von Suttner wird von Susanne Jalka aus Wien vorgestellt werden.

Guido Grünewald, der führende Historiker zur Geschichte der DFG-VK und ihrer Vorgängerorganisationen wird seine Schlussfolgerungen über Wirkungen und Wirksamkeit des politischen Pazifismus im 20. Jahrhundert darlegen.

Unter dem Titel „Wurzeln von Pazifismus und Antimilitarismus“ wird Gernot

Lennert verschiedene, bis heute wichtige unterschiedliche Traditionen von Pazifismus, Antimilitarismus und Gewaltfreiheit vorstellen. Es zeigt sich immer wieder, dass gerade Aktive in der Friedensbewegung sich der unterschiedlichen weltanschaulichen Strömungen nicht bewusst sind und immer wieder äußerst erstaunt sind, wenn sie auf andere Friedensbewegte treffen, die von gänzlich anderen friedenspolitischen und ideologischen Prämissen ausgehen. Eine bessere Kenntnis der verschiedenen Traditionen würde zwar die verschiedenen Strömungen nicht vereinheitlichen, aber das gegenseitige Verständnis erhöhen und manchen Konflikt erübrigen.

Politischer Pazifismus im 21. Jahrhundert

Wie es mit dem Pazifismus weitergehen kann und soll, soll im zweiten Teil des Symposiums diskutiert werden. Wie kann das latent vorhandene pazifistische Potenzial in der deutschen Bevölkerung genutzt werden? Wie kann ganz im Unterschied zum Weißbuch der Bundesregierung ein Weg ohne Krieg zum Frieden gefunden werden? Auf welchen ethischen Grundlagen beruht der politische Pazifismus? Der Frage, wie durch internationales Recht und mittels internationaler Organisationen Frieden erreicht werden kann, werden sich mehrere Vorträge widmen, unter anderen von Andreas Zumach, als bei den UN in Genf akkreditierter Journalist und Experte für internationale Organisationen und Beziehungen, sowie Professor Norman Paech aus Hamburg. Thomas Carl Schwoerer, Bundessprecher der DFG-VK stellt sich der Frage: „Was schützt uns wirklich? Pazifistischer Umgang mit dem Terror.“

Praktische Handlungsfelder des politischen Pazifismus

Wie all die obigen Überlegungen in praktisches politisches Handeln umgesetzt werden können, wird in mehreren Foren anhand von Beispielen aus der Praxis präsentiert und diskutiert werden.

Als herausragendes Beispiel für eine erfolgreiche Kampagne wird die Aktion „Aufschrei - Stoppt Waffenhandel und Rüstungsexporte!“ vorgestellt werden. Rudi Friedrich von Connection e.V. berichtet über transnationale Solidaritätsarbeit mit Menschen, die in aller Welt den Kriegsdienst verweigern. Aktionen und Kampagnen gegen die zunehmende Militärpropaganda und die weltweite Milita-

ZUKUNFT DES POLITISCHEN PAZIFISMUS

Symposium

28./29.01.2017

Frankfurt/Main

Info und Anmeldung:
[Bertha-von-Suttner-Stiftung.de/
symposium](http://Bertha-von-Suttner-Stiftung.de/symposium)

125
JAHRE DFG-VK
DIE WAFFEN NIEDER!

risierung von Kindern und Jugendlichen dürfen als Thema auch nicht fehlen. Unter anderen wird Michael Schulze von Glaßer, Buchautor und stellvertretender Bundesgeschäftsführer der DFG-VK die dazu laufenden Kampagnen vorstellen.

Nicht zuletzt wird es auch um die Kraft der Gewaltfreien Aktion gehen, die ureigene pazifistische Aktionsform.

Das Symposium ist noch in der Vorbereitungsphase. Es bleibt abzuwarten, ob weitere spannende Themen ins Programm aufgenommen werden und welche ReferentInnen fürs Symposium gewonnen werden können. Nicht zuletzt sollen auch PazifistInnen aus anderen Ländern ihre Perspektive einfließen lassen. Denn der Pazifismus muss notwendigerweise weltweit wirksam sein.

Das Symposium findet am letzten Januar-Wochenende in Frankfurt am Main im Saalbau Gutleut, Rottweiler Straße 32 statt; der Beginn ist am Samstag um 10 Uhr, das Ende am Sonntag um 15 Uhr. Der Teilnahmebeitrag liegt bei 30 Euro (ermäßigt: 10 Euro).

Weitere Informationen im Internet: www.bertha-von-suttner-stiftung.de/symposium und www.dfg-vk-bessen.de/bildungswerk. Die Anmeldung ist online möglich über bertha-von-suttner-stiftung.de/anmeldung oder schriftlich an die Bertha-von-Suttner-Stiftung, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund.

Gernot Lennert ist Bildungsreferent des DFG-VK-Bildungswerkes Hessen e.V.

SportsoldatInnen bei Olympia wenig erfolgreich

Die Bundeswehr vereinnahmt zivile SportlerInnen zu Werbezwecken und täuscht die Öffentlichkeit

NUR 0,42 PROZENT ALLER 176.015 AKTIVEN SOLDATEN SIND SPORTSOLDATEN

JA ZU OLYMPIA! NEIN ZU MILITÄRFESTSPIELEN!

Die deutsche Armee nutzt aktuell die Olympischen Sommerspiele 2016, um mit ihren Sportsoldatinnen und Sportsoldaten als Werbeträger neuen Nachwuchs zu finden. Doch die Bundeswehr ist kein Sportverein. Wir, die **Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen**, fordern:

- Die aktuelle „Mach, was wirklich zählt“-Nachwuchs-Werbekampagne der Bundeswehr im Rahmen der Olympischen Spiele unverzüglich abzubreaken, da sie irreführend ist.
- Die Zusammenarbeit des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) und der Bundeswehr sofort zu beenden, da sie gegen die Grundsätze des DOSB verstößt.
- Die Sportförderung durch die Bundeswehr zu beenden.

Weitere Informationen zu „Sportsoldaten“:

Buchterkirchen, Ralf: Kriegsführung auf der Aachener – Die Sportförderung der Bundeswehr, in: *Zivil Courage* 2016/2, S. 24 (PDF).

Stache, Christian: Deutsche Militärparade bei Olympia, in: *Informationsteile Militärsverlag*, 30. Januar 2014.

Stache, Christian: Die Truppe turnt, in: *AG Friedensforschung*, 27. Mai 2014.

Virchow, Fabian: Jungs Jungs – Sport, Nation und Militär, in: *Wissenschaft & Frieden* 2009-3.

Weigelt, Julia: Sportler in Uniform – Ist die Bundeswehr-Förderung noch zeitgemäß?, in: *NDR-Sendung „Sinnkräfte & Strategien“*, 30. Juli 2016 (MP3, ab Min. 3:23) oder als PDF.

Kampagnen

- ORK - bleibt mil!
- Atomwaffenfrei – jetzt!
- Mitaker gegen Militarismus!
- Militärsportgeräte abschaffen!
- Aufschrei Waffenhandel!
- Bevor du unterschreibst!
- Kampfdrohnen stoppen!

Mitwirken

- Mitglied werden!
- Spenden!
- Webshop

Informieren

- DFG-VK Website
- Unser Programm
- Facebook Seite
- YouTube Video
- Impressum

1892

DFG-VK
DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT -
VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN

Wirtschaftliche Fotos über, Quelle: Bundeswehr

Nach den Olympischen Spielen wirbt die Bundeswehr nun mit dem Erfolg ihrer SportsoldatInnen in Rio de Janeiro. Schaut man sich die Medaillen-Statistik jedoch genauer an, dann war die Leistung der Armee-Angestellten bei den Sommerspielen aber unterdurchschnittlich. Für ihre Werbung vereinnahmt die Bundeswehr die zivilen deutschen Olympia-TeilnehmerInnen.

Danke für 45 Prozent aller deutschen Medaillen“, titelt die Bundeswehr aktuell in Werbeanzeigen auf den Websites großer Medien sowie auf Plakaten an Bahnhöfen. Im Kleingedruckten darunter heißt es, dass die SportsoldatInnen der Bundeswehr in Rio de Janeiro 19-mal auf dem Treppchen gestanden und damit fast die Hälfte aller 42 deutschen Olympia-Medaillen erkämpft hätten.

Schaut man sich die Zahlen genauer an, sieht das Ergebnis allerdings anders aus: „Die in der Werbung erhobene Zahl ist objektiv falsch“, sagt Ralf Buchterkirchen. Er ist Bundessprecher der DFG-VK, die während der Olympia-Zeit eine Kampagne zum Thema „Bundeswehr und Sport“ durchgeführt hat: „Die Bundeswehr vereinnahmt in ihrer aktuellen Werbung still und leise alle zivilen Sportlerinnen und Sportler, die in Mannschaftssportarten gemeinsam mit den Militärs an den Start gegangen sind.“ Buchterkirchen macht seinen Einwand an einem Beispiel deutlich: „Obwohl nur eine Fußballerin im deutschen Team Sportsoldatin war – die im ersten Spiel verletzt ausgeschiedene Simone Laudehr –, proklamiert die Bundeswehr den gesamten Goldmedaillen-Gewinn der Fußballerinnen für sich.“ Auch in den Sportarten Hockey, Kanu-Fahren, Rudern, Tischtennis und Segeln rühmt sich die Armee mit Medaillen, die von einem überwiegend zivilen Sportteam erkämpft wurden. Lediglich acht der 19 von der Bundeswehr proklamierten Medaillen wurden in Einzelwettbewerben tatsächlich nur von SportsoldatInnen gewonnen (1 Gold/0 Silber/7 Bronze): „Die Bundeswehr vereinnahmt die Erfolge ziviler AthletInnen und für ihre massive Nachwuchs- und Image-Kampagne“, konstatiert Friedensaktivist Buchterkirchen. Das wundert den DFG-VK-Sprecher allerdings nicht.

Bereits Wochen vor Beginn der Sommerspiele in Rio startete die Bundeswehr eine massive Werbekampagne: „Mit ihren SportsoldatInnen wirbt die Armee für den Dienst an der Waffe: Die Bundeswehr ist aber kein Sportverein“, kritisiert Buchterkirchen. Die Friedensorganisation klärt auf ihrer Aktionswebsite www.militaerfestspiele.de über die Werbekampagne der Armee auf. Dort fordern die AktivistInnen auch, jede weitere Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und der Bundeswehr zu beenden, da diese gegen die Satzung der Sportorganisation verstoßen würde. Zudem kritisiert die DFG-VK auf dieser Website, dass die Bundeswehr-Sportförderung den oft jungen SpitzensportlerInnen keine langfristige Perspektive bietet. Auch das ist ein Grund für die unterdurchschnittliche Leistung der SportsoldatInnen: „Junge SportlerInnen, die an ihre Zukunft den-



Flächendeckende Bundeswehr-Propaganda im öffentlichen Raum, hier am Hauptbahnhof in Hannover

ken, gehen nicht zur Armee“, sagt Ralf Buchterkirchen, der ein Ende der militärischen Sportförderung zugunsten einer finanziell besser aufgestellten zivilen För-

derung etwa über die Stiftung Deutsche Sporthilfe verlangt.

Aus der DFG-VK-Pressesmitteilung vom 30. August

Rotes Kreuz: Mit Anwälten gegen die DFG-VK-Kritik

1750 Euro, so viel soll die DFG-VK für eine Aktions-Homepage zahlen, die über die Verbindungen zwischen dem Deutschen Roten Kreuz und der deutschen Armee aufklärte – die an das Corporate-Design der Hilfsorganisation angelehnte Website ist mittlerweile offline. Nur wenige Tage nachdem die Website im Mai online gegangen war, meldeten sich Anwälte des DRK bei den FriedensaktivistInnen und verlangten die Abschaltung sowie die Abgabe einer Unterlassungserklärung: „Statt sich inhaltlich mit unserer Kritik auseinanderzusetzen, geht das DRK juristisch gegen uns vor“, meint DFG-VK-Bundessprecher Christoph Neeb.

Tatsächlich sieht es danach aus, dass die Verbindungen zwischen dem DRK und der Bundeswehr zuletzt immer enger geworden sind: Schon 2003 bekannte sich das DRK explizit zur „Mitwirkung“ an Militäreinsätzen. 2008 definierte dann ein Bundesgesetz die „Unterstützung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr“ als zentrale „Aufgabe“ der Hilfsorganisation. Seit 2009 unterhält das DRK einen eigenen „Beauftragten für zivil-militärische Zusammenarbeit“. Seit 2014 finden gemeinsame „Joint Cooperation“-Manöver von DRK, Bundeswehr und weiteren Armeen statt. Und am 24. November 2015 unterzeichneten der DRK-Generalsekretär Christian Reu-

ter und Markus Grübel, Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, die erste zentrale Kooperationsvereinbarung – sie soll der Zusammenarbeit ein „offizielles Fundament“ geben. Dies machte die DFG-VK auf ihrer Aktionswebsite öffentlich.

„Das DRK sorgt sich um die Unverwechselbarkeit seiner Organisation, aber offenbar nicht darum, mit der Bundeswehr gleichgesetzt zu werden“, so Christoph Neeb. Die enge Zusammenarbeit beider Akteure verstoße gegen die Rot-Kreuz-Grundsätze der „Neutralität“ und „Unparteilichkeit“, bemängelt der Friedensaktivist. Eine Unterlassungserklärung, das DRK-Design nicht mehr zu verwenden, habe man aber mittlerweile unterschrieben. Auch die Rechtsanwaltskosten des Roten Kreuz werde man, nachdem

das DRK nachdrücklich darauf gedrängt hat, tragen, so Neeb. An der inhaltlichen Kritik halte man aber fest: „Unter www.bleibt-zivil.de haben wir mittlerweile eine neue Aktionswebsite zur ‚Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit‘ zwischen DRK und Bundeswehr veröffentlicht“, erklärt Friedensaktivist Neeb.

Aus der DFG-VK-Pressesmitteilung vom 29. August



Neue Kriege zur Rekolonisierung

Das neue „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“

Von Ralf Cüppers

Am 13. Juli ist das Weißbuch zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr erschienen. Darin werden die Ziele und Inhalte der deutschen Sicherheitspolitik festgelegt und dargestellt, wo die deutsche Regierung ihre militärpolitischen Handlungsfelder sieht und mit welchen militärpolitischen Maßnahmen sie ihre Interessen wahrnehmen will.

Das Weißbuch 2016 steht im Kontext mit den Beschlüssen der EU und der Nato. Es steht auch im Zusammenhang mit der in Deutschland geführten Debatte „Neue Macht - Neue Verantwortung“, zu der auch das vom Auswärtigen Amt geführte „Review 2014“ gehört. Da geht es um die Grundidee der zunehmenden militäri-



schon hat nichts mit „weise“ (im Sinne von „Weisheit besitzend, auf Weisheit beruhend, von Weisheit zeugend“ [Duden] oder „Wissen“ (im Sinne von „Gesamtheit der Kenntnisse, die jemand [auf einem bestimmten Gebiet] hat; Kenntnis, das Wissen von etwas“ [Duden]) zu tun, sondern ist ein mit einem weißen Einband oder Umschlag versehenes Buch, das z.B. im Bereich der Politik von einer staatlichen Stelle zusammengestellte Dokumente etc. umfasst und mit dem die Öffentlichkeit informiert werden soll. Das Bundesministerium der Verteidigung hat seit 1969 insgesamt zwölf Weißbücher veröffentlicht (die als PDF von der Internetseite des Ministeriums heruntergeladen werden können (www.bmvg.de/portal/a/bmvg/tut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP315EyrpHK9pNyydL3y1Mzi4qTS5Ay9IPzyuJz8xJRi_YjsROUAIHdqGQ!!/)). Das Mitte Juli vorgestellte „Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ hat einen Umfang von 143 Seiten und steht ebenfalls dort zum Download bereit (kürzester Link: www.weissbuch.de).

schen Verantwortung, die Deutschland in der Welt wahrnehmen müsse.

Bereits im Vorwort der Veröffentlichung des Weißbuches schreibt Frau von der Leyen, was sie (haben) will: Mehr Geld für den Krieg. „Um Herausforderungen wie der hybriden Kriegführung, dem transnationalen Terrorismus, Cyberattacken oder Pandemien wirkungsvoll begegnen zu können und zugleich den Notwendigkeiten einer verstärkten Landes- und Bündnisverteidigung zu genügen, braucht die Bundeswehr das beste Material und eine nachhaltige Finanzierung.“

Um diese zu erhalten, sind die Kriegsziele im Weißbuch formuliert: „Legitimitätsdefizite, schlechte Regierungsführung, schwache Strukturen, mangelnde Grundversorgung der Bevölkerung, ungleiche Teilhabe an gesellschaftlichem Wohlstand oder Korruption“ als „Herausforderungen für die deutsche Sicherheitspolitik.“

Auch wenn es diese Probleme zunehmend auch in Deutschland gibt, ist damit aber der Auftrag für die Bundeswehr festgelegt, Kriege zur Rekolonisierung anderer Länder zu führen. Die genannten Probleme können weder hier noch woanders militärisch gelöst werden.

Es geht darum, militärische Aufgaben und Aufträge auf immer weitere Bereiche der Politik auszudehnen, zum Beispiel auf die Justiz und die Strafverfolgungsbehörden.

Im Weißbuch gilt die „sichere und gesicherte sowie freie Nutzung des Cyber- und Informationsraums“ als „elementare Voraussetzung staatlichen und privaten Handelns in unserer globalisierten Welt.“ Danach wird seitenlang ausgeführt, dass es eine Bedrohung sei, wenn andere den Cyber- und Informationsraum für ihre Ziele frei nutzen. „Herausforderung für offene und pluralistische Gesellschaften ist die Nutzung der digitalen Kommunikation zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung – angefangen mit der unerkannten, gezielten Steuerung von Diskussionen in sozialen Netzwerken bis hin zur Manipulation von Informationen auf Nachrichtenportalen. Bereits jetzt kommt diesem Vorgehen als Element hybrider Kriegführung zentrale Bedeutung zu.“

Dass die Massenmedien der Großkonzerne die finanziellen und technischen

Möglichkeiten zur Manipulation der öffentlichen Meinung haben, ist unbestritten. Neu ist, die Manipulation der Meinung als Kriegsgrund zu definieren und neue Feindbilder zu suggerieren, denn die Manipulation erfolgt nur durch die definierten Feinde. „Wir sind die Guten“, die sich nur gegen die feindlichen Angriffe auf unsere Kommunikationssysteme wehren müssen.

Militärische Gewalt wird als Problemlösung angeboten, und das Schlachtfeld auch auf den Bereich der digitalen Kommunikation ausgeweitet. „Die Bundeswehr muss sich als Hochwertziel für staatliche wie nichtstaatliche Akteure und als Instrument der wirksamen Cyberverteidigung für den Umgang mit komplexen Angriffen aufstellen. Die Verteidigung gegen derartige Angriffe bedarf auch entsprechender defensiver und offensiver Hochwertfähigkeiten, die es kontinuierlich zu beüben und weiterzuentwickeln gilt.“

„Die Befähigung zum bundeswehrge-meinsamen Wirken in allen Dimensionen – Land, Luft, See, Cyber- und Informations- sowie Weltraum – ist der übergeordnete Maßstab.“

Das Weißbuch stellt dar: „Global ausgerichtete und multinational kompatible Aufklärung ist Voraussetzung für die effektive Informationsbedarfsdeckung und damit für die Analyse-, Beurteilungs- und Führungsfähigkeit auf strategischer, operativer und taktischer Ebene.“

„Wirkung“ ist auch das Codewort für militärischen Mord, „Wirkmittel“ sind Kriegswaffen. Laut Weißbuch will die Bundeswehr „die Bandbreite von indirekter und direkter, physischer und psychologischer Wirkung gleichzeitig abdecken“.

Das Thema freier Welthandel ist im Weißbuch formuliert als „ungehinderte Nutzung globaler Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien sowie einer gesicherten Rohstoff- und Energiezufuhr.“

„Eine Unterbrechung des Zugangs zu diesen globalen öffentlichen Gütern zu Lande, zur See, in der Luft sowie im Cyber-, Informations- und Weltraum birgt erhebliche Risiken für die Funktionsfähigkeit unseres Staates und den Wohlstand unserer Bevölkerung.“

„Die wachsenden Investitionen ver-

schiedener Staaten in Fähigkeiten, die Dritten den Zugang zu bestimmten Regionen verwehren sollen („Anti Access/Area Denial“), sind dabei von besonderer Relevanz.“

Anderen Staaten wird also das Recht abgesprochen, ihre Regionen gegen Ausplünderung seitens Deutschlands oder anderer Nato-Staaten abzuschotten.

Wenn die Küstenwache irgendeines Dritte-Welt-Staates deutsche Raubbaufischer von ihren Küsten abdrängen will, soll also die Bundesmarine den Weg freischießen? Denn zu „Deutschlands strategische Prioritäten“ gehört die „ungehinderte Nutzung von Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien sowie die Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung“.

Aufgabe der Bundeswehr ist ausdrücklich, „gemeinsam mit Partnern und Verbündeten zur Abwehr sicherheitspolitischer Bedrohungen für unsere offene Gesellschaft und unsere freien und sicheren Welthandels- und Versorgungswege beizutragen“.

Weitere Kriegsziele sind:

„Die Frage des Zugangs zu Wasser und anderen limitierten Lebensgrundlagen“

„Bekämpfung der Ursachen für Flucht und irreguläre Migration“

„Wachstum der Weltbevölkerung in Verbindung mit zunehmender globaler Mobilität fördert die weltweite Verbreitung von Krankheiten und Seuchen sowie den Ausbruch von Pandemien“. Zur Bekämpfung von Krankheiten benötigen wir Ärzte und Krankenpflegepersonal und keine Soldaten. Aber auch hier geht es vor allem darum, das militärische Aufgabengebiet auf nicht-militärische Bereiche auszuweiten.

Die Bundeswehr kennt nunmehr keine Grenzen: „Deutschlands sicherheitspolitischer Horizont ist global. Dieser umfasst ausdrücklich auch den Cyber-, Informations- und Weltraum.“

Die Bundeswehr kennt auch keine Grenzen bezüglich atomarer Massenvernichtungswaffen: „Deutschland wird sich hier auch künftig im Bewusstsein seiner Verantwortung und Leistungsfähigkeit umfassend einbringen. Solange nukleare Waffen ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein können, besteht die Notwendigkeit zu nuklearer Abschreckung fort. ... Die Nato ist weiterhin ein nukleares Bündnis. Deutschland bleibt über die nukleare Teilhabe in die Nuklearpolitik und die diesbezüglichen Planungen der Allianz eingebunden.“

Im Weißbuch ist der Auftrag der Bundeswehr formuliert, auch im Inneren eingesetzt zu werden „bei innerem Notstand sowie Amtshilfe“

Das Weißbuch kommt zu folgender Erkenntnis: „Aufrüstung kann die Stabilität des internationalen Systems und mittelbar auch die Sicherheit Europas und Deutschlands gefährden.“

Das kann auch jeder Antimilitarist, Kriegsdienstverweigerer und Pazifist mit voller Überzeugung unterschreiben. Wenn jedoch im selben Text einige Seiten später zu lesen ist: „Die Bundesregierung macht es sich zur Aufgabe und wird sich dafür einsetzen, langfristig im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen die Annäherung an das Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigungsausgaben sowie gleichzeitig eine Rüstungsinvestitionsquote von 20 Prozent im Verteidigungsbereich anzustreben“, dann bedeutet es sprachlogisch doch nichts anderes, als dass die Bundesregierung die Stabilität des internationalen Systems und mittelbar auch die Sicherheit Europas und Deutschlands durch weitere Aufrüstung gefährden will. Offensichtlich ist bei der Bekämpfung der Aufrüstung, die Aufrüstung der Staaten gemeint, die sich gegen Rekolonisierung wehren wollen. Das Weißbuch ist mit dem Symbol der Friedensbewegung illustriert, das eine unbrauchbar gemachte Kleinwaffe darstellt.

„Die Schwerpunkte [der Aufrüstung laut Weißbuch] liegen hierbei zunächst [und was dann?] auf unbemannten Luftfahrzeugen [Drohnen], Luftbetankung, Satellitenkommunikation, Cyberabwehr und -verteidigung.“

„Stärkung der Verteidigungsindustrie“ geschieht laut Weißbuch durch „ressortübergreifende Abstimmung und Priorisierung von Forschungs- und Technologemaßnahmen“; das bedeutet vermehrte Rüstungsforschung.

„gezielte Industriepolitik“; das bedeutet mehr Subventionen für die Rüstungsindustrie

„Exportunterstützung“, das bedeutet mehr Rüstungsexporte, denn Rüstungsexportverbote oder Beschränkungen kommen im Weißbuch nicht vor

„sowie die Auftragsvergabe durch das Bundesministerium der Verteidigung“, das bedeutet mehr Rüstungsgüter für die Bundeswehr.

Dafür bekommt die Bundeswehr: „Nachhaltige finanzielle Rahmenbedingungen“ – das bedeutet, dass der im Rüstungshaushalt festgelegte finanzielle Rahmen bei Bedarf auch überschritten werden kann, ohne dass es weiterer Abstimmung bedarf.

Unter „Trendwende Personal“ versteht das Weißbuch „eine Anpassung der geltenden Personalstärken im militärischen und zivilen Bereich.“ Da seit dem „Kal-

ten Krieg“ die Anzahl der Soldaten kleiner wurde, heißt es ab jetzt: wieder mehr Soldaten und mehr Zivilisten, die militärische Aufgaben übernehmen sollen. „Ziel ist es, mit den notwendigen zusätzlichen Personalkapazitäten – im militärischen und zivilen Bereich – die Bundeswehr zu stärken“.

Im Weißbuch 2016 wird im Fazit die zunehmende offensive militärische Bedeutung der Bundeswehr deutlich: „So wird die Bundeswehr in die Lage versetzt, als eines der Instrumente deutscher Sicherheitspolitik ihre qualitativ und quantitativ erweiterten Aufgaben effektiv wahrzunehmen.“

Unser Fazit lautet: Dieses Weißbuch ist trotz des Orwellschen Neusprech das aggressivste militärische Strategiepapier seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Wie in vergangenen Kolonialkriegen sollen mit militärtechnischer Überlegenheit andere Länder beherrscht werden. Die technologische Überlegenheit äußert sich nicht mehr nur in Atomwaffen, über die die Bundeswehr durch die „nukleare Teilhabe“ verfügt, sondern in der nächsten Aufrüstungsstufe mit Cyberkrieg, Drohnen und Elektronischer Kampfführung.

Ralf Cüppers ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein.



Als „Kritisches Handbuch zur Aufrüstung und Einsatzorientierung der Bundeswehr“ haben die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Linke-Bundestagsfraktion Mitte August ein 122-seitiges Schwarzbuch veröffentlicht (an dem auch einige DFG-VK-Mitglieder mitgewirkt haben). In der Einleitung schreiben die HerausgeberInnen: „Das Weißbuch ist Teil der psychologischen Kriegsführung des Verteidigungsministeriums. Von der Leyen führt einen Kampf um die Köpfe. Das vorliegende Schwarzbuch hat sich zur Aufgabe gestellt, dahinter stehende Motive und Interessen offenzulegen, und davon ausgehend die Strategien und Rüstungsvorhaben der Regierung darzustellen. Schließlich soll anhand historischer wie aktueller Beispiele deutlich gemacht werden, wie wir uns gegen einen neuen Militarismus wehren können.“ Das Schwarzbuch steht als Download zur Verfügung unter der Adresse: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Schwarzbuch_Bundeswehr_August_2016.pdf

Eine strategische Chance für die DFG-VK

Die „Sustainable Development Goals“ (nachhaltigen Entwicklungsziele) der Vereinten Nationen

Von Ursula Neideck

In der **Zivilcourage** 1/2016 erschien die Denkschrift „Aufstehen und gemeinsam handeln! Denkschrift zur Erneuerung des politischen Pazifismus“ und das Manifest „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“. Beide Beiträge sind ein wertvoller Anstoß für eine Debatte über die zukünftige strategische Ausrichtung der DFG-VK. Diesen Faden greifen die folgenden Gedanken auf.

Die Denkschrift fordert eine motivierende Aufbruchsstimmung, durch die es gelingt, auch Nichtmitglieder für die Ziele der DFG-VK zu gewinnen. Hilfreich hierfür ist es, wenn man mit ebendiesen Zielen an eine breitere politische Debatte anknüpfen kann. Beide Texte liefern auch schon einen deutlichen Hinweis, wo solche Anknüpfungspunkte liegen könnten. Sie verweisen an verschiedenen Stellen klar auf den engen Zusammenhang zwischen Frieden, Entwicklung, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit.

Das Manifest spricht in diesem Zusammenhang die Agenda 2030 der Vereinten Nationen an. Es bezeichnet sie als wichtiges internationales Dokument für kohärentes und präventives Handeln in den oben genannten Bereichen und fordert ihre ambitionierte Umsetzung. Grund genug, sich genauer mit besagter Agenda 2030 zu beschäftigen.

Grundlage sind die im vergangenen Jahr beschlossenen „Sustainable Development Goals“ (SDGs). Sie sind der Nachfolger der Millenniums-Entwicklungsziele, die für die Zeit bis 2015 formuliert worden waren.

Die folgenden neuen 17 Ziele sollen nun bis 2030 erreicht werden:

1. Armut in jeder Form und überall beenden
2. Den Hunger beenden
3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten
4. Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten
5. Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen

Agenda 2030

Im September 2015 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die in einem mehr als dreijährigen internationalen Vorbereitungsprozess entwickelte „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Diese ist ein globaler Aktionsplan, mit dem die Uno-Mitgliedsstaaten einen Fahrplan zur „Transformation der Welt zum Besseren“ im Sinne einer nachhaltigen Umgestaltung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt bis zum Jahr 2030 entwickelt haben. Die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs = Sustainable Development Goals) der Agenda werden in insgesamt 169 Unterziele konkretisiert.

6. Wasser und Sanitärversorgung für alle
7. Nachhaltige Energie für alle
8. Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum
9. Eine belastbare Infrastruktur aufbauen und Innovationen unterstützen
10. Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern
11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen
12. Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen
13. Bekämpfung des Klimawandels
14. Maritime Ressourcen erhalten
15. Ökosysteme und Biodiversität schützen und erhalten
16. Friedliche und inklusive Gesellschaften, Zugang zur Justiz für alle und effektive Institutionen auf allen Ebenen
17. Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung

(Quelle: www.nachhaltige-entwicklungsziele.de/; z. T. leicht gekürzt)

Diese 17 Ziele werden in insgesamt 169 Unterziele konkretisiert. Neu ist, dass sie nicht, wie noch die Millenniumsziele, nur für die sog. Entwicklungsländer gelten. Auch die Industrienationen sind aufgerufen, durch geeignete politische Maßnahmen zur Verwirklichung der SDGs sowohl im eigenen Land als auch weltweit beizutragen. Sie sind somit gültige Richtschnur für die deutsche Politik in allen Bereichen. Gerade das macht sie für die Friedensbe-



wegung zu einem interessanten Ansatzpunkt für Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit.

Da Frieden und nachhaltige Entwicklung eng miteinander verknüpft sind, beschreiben die Ziele nicht zuletzt den Weg auch in eine friedlichere Welt. Somit kann die DFG-VK, wie im Manifest geschehen, guten Gewissens für eine ambitionierte Umsetzung der gesamten Agenda 2030 eintreten.

Es wäre aber unklug, es dabei zu belassen. Die Denkschrift fordert zu Recht eine Besinnung auf die Kernaufgaben. Der Kampf gegen den Klimawandel oder der Schutz der marinen Ökosysteme beispielsweise gehören dazu vermutlich nicht, so wichtig sie auch bei einer ganzheitlichen Betrachtung scheinen mögen.

Die Denkschrift nennt die Forderung nach einer radikalen Entmilitarisierung in jeder Hinsicht als wesentlichen Bestandteil des politischen Pazifismus. Wirklich überzeugend ist diese Forderung aber nur dann, wenn sie durch ein entschiedenes Eintreten für gewaltfreie Mittel zur Lösung unvermeidbarer Konflikte ergänzt wird. Somit können Entmilitarisierung und Zivile Konfliktbearbeitung als Kernziele der DFG-VK gelten.

Konkrete Forderungen, die sich aus diesen beiden Grundpositionen ergeben, finden sich an verschiedenen Stellen in den Unterzielen der einzelnen SDGs wieder. Ziel Nr. 16 trägt Frieden schon im Titel. Daher überrascht es nicht, dass es die meisten Anknüpfungspunkte bietet. Von dessen 12 Unterzielen sind die folgenden aus friedenspolitischer Sicht besonders interessant:

- Alle Formen der Gewalt und die mit ihr verbundene Sterblichkeit deutlich reduzieren.
- Missbrauch und Ausbeutung von Kindern sowie Handel mit Kindern, alle Formen von Gewalt gegen Kinder und Folter von Kindern beenden.
- Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene fördern und gleichberechtigten Zugang zur Justiz für alle sicherstellen.
- Bis 2030 illegale Finanz- und Waffengeschäfte deutlich reduzieren, die Rückgabe gestohlener Vermögenswerte stärken und alle Formen organisierter Kriminalität bekämpfen.
- Die relevanten nationalen Institutionen u. a. durch internationale Zusammenarbeit stärken, um auf allen Ebenen, besonders in den Entwicklungsländern, Kapazitäten aufzubauen, um Gewalt vorzubeugen und Terrorismus und Kriminalität zu bekämpfen.

(Quelle: <https://sustainabledevelopment.un.org/sdg16>; eigene Übersetzung)

Aus diesen und einigen anderen Aspekten der SDGs lassen sich folgende friedenspolitische Forderungen ableiten:

- **Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden**
So kann die Bundesrepublik die von ihr ausgehende Gewalt in anderen Teilen der Welt stoppen.
- **Bundeswehr abschaffen**
Durch die Bundeswehr schafft und erhält die Bundesrepublik gezielt die Möglichkeit, Gewalt anzuwenden. Deren Abschaffung verhindert, dass vom deutschen Staat Gewalt ausgehen kann.

- **Rüstungsausgaben komplett streichen (und stattdessen u. a. in Entwicklungszusammenarbeit/Nachhaltige Entwicklung stecken)**

Dadurch würde nicht nur weniger Gewalt von der BRD ausgehen. Die freiwerdenden Mittel könnten, entsprechend der unter Ziel 17 geforderten zusätzlichen Ressourcen, in nachhaltige Entwicklung investiert werden.

- **Waffenexporte stoppen**

So lässt sich verhindern, dass Deutschland die Mittel liefert, mit denen weltweit Menschen getötet und verletzt werden.

- **Verhinderung von illegalem Waffenhandel durch starke nationale und internationale rechtsstaatliche Institutionen.**

Dieses Unterziel ist wichtig, um zu verhindern, dass die Waffenexporte in der Illegalität weitergehen.

- **Einsatz für eine Ächtung aller Waffen weltweit**

Denn Waffengewalt ist tödlicher als Gewalt ohne Waffen.

- **Ziviles Peacekeeping und Zivile Konfliktbearbeitung stärken**

Gewaltfreie Alternativen im Umgang mit Konflikten und Gewaltakteuren zu stärken, ist der entscheidende Schritt zur Verhinderung von Gewalt.

- **Keine Rekrutierung von Minderjährigen in die Bundeswehr und keine Werbung für die Bundeswehr bei Minderjährigen**

Um den festgeschriebenen besonderen Schutz von Kindern vor Gewalt zu gewährleisten.

- **Einsatz für ein generelles Mindestalter von 18 für die Rekrutierung**

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen



in Streitkräfte weltweit, das völkerrechtlich verbindlich festgelegt wird.

Das ist die logische Fortschreibung der vorherigen Forderung auf internationaler Ebene.

• Friedenserziehung als aktive und nachhaltige Gewaltprävention stärken

Sowohl in Schulen als auch außerschulisch sowie in der Erwachsenenbildung

• Klare friedenssichernde völkerrechtliche Regeln

So ließe sich die Rechtsstaatlichkeit auf internationaler Ebene im Sinne der Friedenssicherung konkretisieren.

• Starke unabhängige Institutionen zur Durchsetzung des Völkerrechts

Nur durch sie können die oben genannten Regeln ihre Wirkung entfalten.

• Starke nationale und internationale rechtsstaatliche Strukturen schaffen, die in der Lage sind, (illegale) Finanzströme aufzudecken und zu stoppen.

Damit wäre es möglich, Gewaltakteure effektiv zu bekämpfen, indem man sie von ihren Geldquellen abschneidet. Je besser diese Alternative zu militärischem Vorgehen funktioniert, umso attraktiver wird sie.

• Unterstützung anderer Staaten bei der Stärkung ihrer rechtsstaatlichen Institutionen zur Bekämpfung illegaler Waffen und Geldströme

Um Gewaltakteure wirkungsvoll von ihren Geldquellen abzuschneiden und Waffenhandel zu verhindern, müssen die notwendigen Strukturen weltweit funktionieren.

• Konversion aller Rüstungsbetriebe in Deutschland

Zwar enthält die Präambel der SDGs keine Definition von Nachhaltigkeit. Es liegt aber nahe, dass Nachhaltigkeit im Grunde die Gesamtheit aller Ziele umfasst. In diesem Sinne ist, besonders im Hinblick auf Ziel 16, die Produktion von Rüstungsgütern kein nachhaltiges Produktionsmuster im Sinne von Ziel 12.

• Unterstützung anderer Staaten bei der Konversion ihrer Rüstungsindustrie

Diese Forderung ergibt sich aus dem Partnerschaftsgedanken, der in den SDGs festgeschrieben ist. Insbesondere Industrienationen sollen nicht nur selbst die Ziele verwirklichen, sondern auch gerade die Entwicklungsländer bei deren Umsetzung unterstützen.

Viele dieser politischen Forderungen hat sich die DFG-VK schon lange auf die Fahnen geschrieben. Somit ist die Agenda 2030 eine Chance, alte Forderungen wieder mit mehr Nachdruck auf die politische Agenda zu setzen. Gleichzeitig fordert sie dazu heraus, neu darüber nachzudenken, was nötig ist, damit Konflikte ohne Gewalt gelöst werden können und Waffen auf dieser Welt nicht mehr gebraucht werden. Dies gilt besonders für die Forderung nach friedenssichernden völkerrechtlichen Regeln und geeigneten Institutionen, um sie durchzusetzen. Darüber hinaus eröffnet die Agenda 2030 die Möglichkeit für neue Allianzen gerade mit Akteuren aus dem Bereich Entwicklungspolitik. Somit bietet sie einige sehr interessante Handlungsoptionen für die DFG-VK.

• Beteiligung am zivilgesellschaftlichen Monitoring der Agenda 2030

Das Projekt „2030 Watch“ hat bereits die offiziellen Indikatoren der UN um Vorschläge aus der Zivilgesellschaft ergänzt und deren Stand für Deutschland erfasst. Gerade für die friedenspolitisch interessanten Punkte gibt es bisher kaum Indikatoren. Hier könnte die DFG-VK ihr Wissen und die von ihr erhobenen Daten beisteuern und so den friedenspolitischen Aspekt der Agenda 2030 sichtbarer machen.

• Beteiligung an der politischen Debatte über die Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland

Diese Beteiligung bietet neue Gelegenheiten für die DFG-VK, ihre Forderungen in die Diskussion einzubringen. Die Anbindung an die Agenda 2030 stärkt zudem unsere Argumentationsgrundlage. Schließlich geht es um Ziele, auf die sich die Bundesregierung bereits verpflichtet hat.

• Beteiligung an der öffentlichen Debatte über nachhaltige Entwicklung

Hier haben wir die Möglichkeit, die Verbindung von nachhaltiger Entwicklung und Friedenspolitik sowohl für das Fachpublikum als auch für die breite Öffentlichkeit deutlich zu machen. So können wir neue Unterstützer und Kooperationspartner ansprechen.

Ziviles Peacekeeping und Zivile Konfliktbearbeitung ins Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen

Die Meinung, Gewaltakteuren und bewaffneten Konflikten könne man nur mit militärischen Mitteln beikommen, ist weit verbreitet. Deshalb sollte die DFG-VK ih-

ren Beitrag zur Verringerung der Gewalt leisten, indem sie gewaltfreie Optionen bekannter macht und ihre Wirksamkeit zeigt.

• Kompetenzen im Bereich Friedenserziehung stärken und aktiv einbringen

Die DFG-VK bringt ihre Kompetenzen im Bereich Friedenserziehung bereits im Rahmen bestehender Strukturen ein. Diese Kompetenzen gilt es zu stärken, auszubauen und an weitere und neue FriedenspädagogInnen weiterzugeben. So können wir den Bildungseinrichtungen auch in der Breite ein qualitativ hochwertiges Angebot machen.

• Eine klare Vorstellung von friedenssichernden völkerrechtlichen Regeln und der für ihre Durchsetzung nötigen Institutionen entwickeln

In der bisherigen Formulierung sind diese beiden Forderungen zu vage. Hier muss die DFG-VK konkretere Ideen für die Ausgestaltung der Regeln und der Institutionen entwickeln. Ein interessanter Ansatz wäre z.B. das im Maifest geforderte Konzept für eine neutrale, an Völkerrecht und Polizeiaufgaben orientierte Polizeitruppe unter Kommando der Vereinten Nationen.

• Die bestehenden Überlegungen zur Konversion von Rüstungsbetrieben weiterentwickeln und aktiv an ihrer Umsetzung arbeiten.

Hier kann die Anknüpfung an die Agenda 2030 helfen, wichtige Partner, z.B. die Gewerkschaften, ins Boot zu holen.

• Forschung zu Konfliktursachen und ganzheitlichen Frühwarnsystemen als Beitrag zur Gewaltprävention

Die zunehmende Zahl an gewaltsamen Konflikten und die stark gestiegenen deutschen Rüstungsexporte zeigen: Friedenspolitik ist im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung drängender denn je und Deutschland kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Ursula Neideck ist Mitglied der DFG-VK. Die Politikwissenschaftlerin, die 2010 einen Master-Abschluss in „Peace Studies“ gemacht hat, war in diesem Frühjahr drei Monate lang (wissenschaftliche) Mitarbeiterin in der baden-württembergischen DFG-VK-Landesgeschäftsstelle. Seit Sommer ist sie im Projektmanagement im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig.

„Krieg ist kein Kinderspiel“

Bundeswehr-Reklame auf der Spielmesse „Gamescom“ in Köln

Die Bundeswehr nutzt die Videospielemesse „gamescom“, um junge Menschen als militärischen Nachwuchs zu werben. Gleich zwei Panzer hat die Armee in der Kölner Messehalle aufgeföhren, um junge Menschen anzulocken – das Tragen von Waffennachbildungen ist auf der Messe aus Sicherheitsgründen hingegen erstmals verboten.

850 Aussteller präsentieren sich in Köln auf der „gamescom“, der größten Videospielemesse der Welt. Doch ein Aussteller passt nicht so recht zu der Veranstaltung mit dem Motto „Celebrate the Games“: Die Bundeswehr sucht auf der Messe neuen Nachwuchs für ihre Einsätze. Mit einem „Fennek“- und einem „Wiesel“-Panzer sowie einem großen Werbebandstand will sie junge Menschen für den Dienst an der Waffe begeistern – sehr zur Kritik von Friedensaktivisten: „Eine Armee gehört nicht auf eine Spielmesse“, erklärt Ralf Buchterkirchen von der DFG-VK: „Die Bundeswehr nutzt die Begeisterung vieler junger Videospiele für Technik aus, um sie für reale Einsätze und den echten Dienst an der Waffe zu ködern“, so der DFG-VK-Bundessprecher weiter. Auch auf Plakatwerbung im Umfeld der Messe wirbt die Armee für sich als Arbeitgeber. Dabei sei die Armee-Werbung irreföhrend und blende etwa die Einsatzrealität vollkommen aus: „Krieg ist kein Spiel“, fasst es Buchterkirchen zusammen. Be-

sonders absurd mude es zudem an, dass Rollenspielern, die sich beispielsweise als Action-Helden verkleiden, in diesem Jahr aus Sicherheitsgründen auf der „gamescom“ erstmals keine Waffennachbildungen tragen dürften, die Armee aber gleichzeitig mit zwei Panzern in der Messehalle stehen würde: „Die Nachwuchswerbung der Bundeswehr wird immer aggressiver“, hält DFG-VK-Bundessprecher Buchterkirchen fest. Den Träger der „gamescom“ fordert Buchterkirchen im Namen der DFG-VK auf, der Bundeswehr in Zukunft keinen Platz mehr auf der Messe zur Verfügung zu stellen. Zudem müsste auch die städtische „Koelnmesse GmbH“ als Veranstalter Verantwortung für ihre jungen Besucherinnen und Besucher übernehmen und sie nicht dem Einfluss der Armeewerbung aussetzen. Buchterkirchen fordert zudem ein Ende der seit Monaten laufenden Bundeswehr-Werbekampagne. Gerade die gezielte Werbung von Kindern und Jugendlichen für den Dienst an der Waffe sowie der Versuch, junge Menschen generell für Militäreinsätze zu begeistern, müsse endlich aufhören. An allen Tagen der „gamescom“ wird es daher vor dem Süd-Eingang der Messe nahe des Bahnhofs Köln-Deutz einen antimilitaristischen Infostand geben.

Aus der DFG-VK-Pressemitteilung vom 19. August



Foto: Ralf Buchterkirchen

Kein Spielzeugpanzer, sondern echtes Kriegsgerät der Bundeswehr auf der Spielmesse in Köln

Bundeswehrwerbung zwischen Geschicklichkeitsspielen und Lasertag

Gamescom und Bundeswehr? Das mag für den regelmäßigen Besucher der Messe kein Novum sein, den Laien aber überrascht dieser Auftritt. In einer Erklärung der Bundeswehr heißt es: „Wir treten hier personalwerblich auf. Mittlerweile ist es nun mal so, dass der Kontakt zu der jungen Bevölkerung durch das Aussetzen der Wehrpflicht erschwert worden ist. Wir geben hier zukunftsorientierten, technikbegeisterten, jungen Erwachsenen einen Einblick in die Bundeswehr.“

Die Bundeswehr folgt auf der Gamescom in Köln damit einem bereits mehrfach auch hier in der **ZivilCourage** thematisierten Trend – der Werbung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Aber auch vor der Rekrutierung von Minderjährigen macht die Bundeswehr nicht halt. Lag die Zahl der unter 18-jährigen SoldatInnen im Jahr 2011 noch bei 689, waren 2015 bereits über sieben Prozent des Jahrganges, nämlich 1 515 der 21 092 neuen SoldatInnen unter 18 Jahre alt.

In einer Expertenanhörung des Bundestages sagte Marco Krüger vom Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften der Uni Tübingen zur Rekrutierung Minderjähriger, dass bereits der Kampagnentitel „Mach, was wirklich zählt“ den Soldatenberuf als zentrale und sinnstiftende gesellschaftliche Aufgabe präsentierte; dadurch würden zivile Berufsfelder implizit abgewertet und militärische Gewalt als Mittel der Konfliktlösung als Normalfall dargestellt.

Die Argumentation der Bundeswehr zum Rekrutierungsalter: Es sei völkerrechtlich nicht zu bestanden, wenn Jugendliche ab Ihrem 17. Geburtstag eingestellt würden, sofern eine elterliche Zustimmung vorläge. Auch wenn diese Einschätzung vielleicht zunächst nicht falsch ist, so handelt es sich nach internationalen Standards bei minderjährigen Bundeswehrsoldaten dennoch um Kindersoldaten. Ungeachtet der rechtlichen Zulässigkeit sollte gerade ein Staat wie die Bundesrepublik, dem Außenpolitik und internationales Recht in vielerlei Hinsicht wichtig ist, als leuchtendes Beispiel vorangehen und sich in Sachen „Dienst an der Waffe auch ab 17“ nicht in eine Reihe mit China, Saudi-Arabien, Pakistan und dem Iran stellen. Eine glaubhafte Argumentation gegen Kindersoldaten ist sonst praktisch unmöglich.

Stephan Möhrle

Schutz für Whistleblower Chelsea Manning

Manning sitzt in den USA in Isolationshaft und braucht den Schutz der Öffentlichkeit

Von Jürgen Heiser

Vor drei Jahren, am 21. August 2013, wurde im ersten großen Militärgerichtsprozess der USA gegen einen Whistleblower das Strafmaß verkündet. Die Anklage richtete sich dabei gegen den Obergefreiten Bradley Manning, der erst zum Ende des Prozesses öffentlich erklärte, künftig sein „wahres Ich als Frau“ leben zu wollen. Damit nahm der am 17. Dezember 1987 in Oklahoma City als Bradley Edward Manning Geborene seinen Kampf für die Wandlung seiner Geschlechtsidentität auf. Seit ein US-Zivilgericht im April 2014 den Anspruch des politischen Gefangenen auf Anerkennung seiner neuen Identität bestätigte, führt er beziehungsweise nun ganz offiziell sie den Namen Chelsea Elizabeth Manning und konnte inzwischen mit einer Hormonbehandlung beginnen.

Als Oberst Denise Lind, Vorsitzende Richterin am US-Militärgericht in Fort Meade (Maryland), an jenem 21. August das Strafurteil von 35 Jahren Gefängnis gegen den ehemaligen Nachrichtenanalysten der US-Armee wegen „Spionage“ und „Diebstahls von Regierungseigentum“ verkündete, war die nach Mannings Verhaftung im Mai 2010 immer wieder thematisierte Todesstrafe wegen „Hochverrats“ kein Thema mehr. Erzkonservative Militärs, Politiker und Medien hatten dem „Verräter“ wegen der auf der Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlichten Dokumente über die Kriegsverbrechen der USA in Afghanistan und Irak sowie die Machenschaften des US-Außenamtes öffentlich den Tod gewünscht. Jedoch hatten die Ankläger des Pentagon die nach dem Gesetz mögliche Höchststrafe nach Einschätzung der Verteidigung wegen der zu erwartenden Proteste nicht beantragt. Außerdem ließ das Gericht den dafür notwendigen schweren Vorwurf der „Unterstützung des Feindes“ nach Anträgen der Verteidigung per Beschluss fallen.

Dem Tod entronnen

Dennoch ist Chelsea Manning am 5. Juli 2016 nur knapp dem Tod entronnen. Als die Nachricht bekannt wurde, die weltweit wegen ihres Mutes geschätzte Whistleblowerin habe einen Suizidversuch unternommen, traten Menschenrechts- und

Solidaritätsgruppen sofort der offiziellen Darstellung von einem „Selbstmordversuch“ entgegen. Wenn Manning sich das Leben habe nehmen wollen, sei dies Folge „jahrelanger Misshandlung im Gefängnis“, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der Gruppen „Fight for the Future“, „Demand Progress“, „RootsAction“ und „Care2“. Die Behandlung von Chelsea Manning durch die US-Regierung werde „als einer der schändlichsten Machtmissbräuche in die Geschichte unserer Nation in Erinnerung bleiben“, erklärte Evan Greer, Kampagnenleiter der Bürgerrechtsgruppe „Fight for the Future“. Jeder, der sich für die Menschenrechte einsetze, „sollte sich sofort gegen diese Grausamkeit und Ungerechtigkeit aussprechen“.

Die Solidaritätsbewegung reagierte damit vor allem auf das Verhalten der Behörden, über das sich Mannings Hauptverteidigerin Nancy Hollander in einer Pressemitteilung vom 6. Juli „schockiert und entsetzt“ zeigte. Ein Sprecher des Militärgefängnisses Leavenworth (Kansas) habe sich nämlich „mit vertraulichen persönlichen Informationen über Chelsea Manning zuerst an die Presse gewandt“. Von den verantwortlichen Militärs habe es jedoch niemand für notwendig erachtet, „ihrem Verteidigungsteam auch nur ein Fitzelchen Information zukommen zu lassen“, so Hollander. Erst mit Verspätung habe sie erfahren, dass ihre Mandantin „auf die Krankenstation verlegt worden“ sei. Ein verabredetes „Telefonat mit Vorrangstatus“ sei dann nach Angaben von Militärs nicht zustande gekommen, weil angeblich im Anwaltsbüro niemand abgenommen habe. Die Anwältin bezeichnete das als „glatte Lüge“, da ihr Team „die ganze Zeit neben dem Apparat auf den Anruf gewartet hatte“. Auch am dritten Tag wurde Anwältin Hollander „auf Weisung der Ärzte“ immer noch nicht mit ihrer Mandantin verbunden, was faktisch einer Kontaktsperre gleichkam.

Erst am 11. Juli, also sechs Tage nach den für die Verteidigung immer noch völlig ungeklärten Vorfällen in der Haftan-



stalt, konnten Hollander und ihre Kollegen Chase Strangio und Vincent Ward endlich mit der Mandantin sprechen. So erfuhren sie, dass es Manning lieber gewesen wäre, die „persönlichen Informationen über ihre medizinische Situation nicht an die Öffentlichkeit zu bringen und sich auf ihre Genesung zu konzentrieren“, teilte Hollander in einer Presseerklärung mit. Nachdem ihre Mandantin jedoch Kenntnis vom Bruch der Vertraulichkeit durch die Behörden erhalten hatte, sei Manning klageworden, dass es erforderlich sei, offen mit der Situation umzugehen. Es sollte nicht länger der Gegenseite überlassen bleiben, mit der willkürlichen Weitergabe bestimmter Informationen die Definitionsmacht über die Situation an sich zu reißen.

Aus diesem Grund autorisierte Manning ihre Anwälte, der Öffentlichkeit mitzuteilen, sie habe sich in der Vorwoche „entschieden, ihr Leben zu beenden“. Der Versuch sei gescheitert. Ihr sei klar, dass viele nun genauer wissen wollten, wie es ihr gehe. Sie könne dazu im Moment jedoch nur sagen, dass sie „unter strenger Beobachtung des Gefängnisses“ stehe und erwarte, „dass dieser Zustand in den nächsten Wochen auch so bleiben wird“.

Mittlerweile gaben Verteidigung und das Chelsea-Manning-Solidaritätskomitee vorsichtig einige zusätzliche Informationen über die Ereignisse nach dem 5. Juli bekannt. Demnach war Manning, als sie am Morgen nach ihrem gescheiterten Suizidversuch aufwachte, überrascht, aber auch erleichtert, dass sie noch lebte. Sie

sei sehr bewegt gewesen über die vielen Botschaften von Menschen, die besorgt um sie waren und ihr helfen wollten, „seelischen Schmerz und Hoffnungslosigkeit über ihre Situation zu überwinden und neuen Mut zu schöpfen“.

■ Verweigerter Hilfe

Die Befehlshaber von Fort Leavenworth hatten Manning nach eintägiger Notbehandlung in einer zivilen Klinik auf die Krankenstation des Militärgefängnisses zurückverlegen lassen, isoliert und unter „Dauerbeobachtung wegen psychischer Probleme“ gestellt. „Allerdings wurde ihr dort genau die psychologische Hilfe verwehrt, die sie in ihrem mentalen Zustand dringend gebraucht hätte“, betonte das Solidaritätskomitee auf seiner Website. Denn als Manning am 23. Juli endlich jemanden von ihrem Unterstützungsnetzwerk anrufen konnte, hatte sie den für sie schon einige Zeit zuständigen Anstaltspsychologen seit mehr als einer Woche nicht gesehen, und ihr Zustand hatte sich wieder verschlechtert. Im Februar hatte sie gegenüber Amnesty International erklärt: „Ich habe das Gefühl, die ganze Zeit eingeschlossen zu sein, ohne Stimme und ohne meine Liebe und Unterstützung Leuten zeigen zu können, die sie brauchen. Ich könnte soviel tun, der Gesellschaft soviel geben. Ich verbringe jeden Tag damit, Hoffnung zu schöpfen, dass ich das eines Tages tun kann.“

Anfang Juli verließ die Gefangene offensichtlich die Kraft, auf diesen Tag zu hoffen. Just in diesen Tagen war auch der Psychologe, mit dem sie schon eine Weile intensive Gespräche über ihre Gefühlslage geführt hatte, mehrere Tage nicht im Dienst. Manning am Telefon zu der Person aus dem Unterstützungsnetzwerk: „Ich brauche Hilfe, aber ich bekomme sie nicht.“

Statt dessen wurde Manning am 28. Juli früh morgens schroff durch einen Wärter aus dem Schlaf gerissen, der ihr ein amtliches Schreiben übergab. Absender war der „Ermittlungsbeamte der Militärpolizei“. Ohne nähere Begründung informierte er die „Gefangene Nr. 89289 Manning, Chelsea“ darüber, gegen sie werde „wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, Besitzes verbotener Habe und Einnahme einer bedrohlichen Gebärde“ ermittelt. Die Vorwürfe konnten sich nur auf den Suizidversuch beziehen, aber Manning war bewusstlos aufgefunden worden, wie soll sie Widerstand geleistet haben? Später berichtete sie ihrer Anwältin, sie habe nach Vorwarnungen von Wärtern schon befürchtet, eine neue Anklage zu erhalten.

Allerdings nicht so schnell und vor allem nicht zu diesem kritischen Zeitpunkt.

Zusätzlich zu dieser nervenaufreibenden Nachricht wurde Manning mitgeteilt, ihr Psychologe sei „wenigstens eine weitere Woche nicht im Dienst“. So blieb sie allein in ihrer Beobachtungszelle und völlig auf sich zurückgeworfen mit diesen schweren Beschuldigungen zurück, die in der Konsequenz zu fortwährender Isolierung führen könnten. Für Manning gerade in dieser Situation eine Horrorvorstellung, denn was Isolationshaft mit Menschen macht, hatte sie nach ihrer Verhaftung im Mai 2010 neun Monate lang erfahren und durchleben müssen.

■ Tatbestand der Folter

Die Auseinandersetzung über diese Phase strenger Isolationshaft hatte auch in ihrem Gerichtsverfahren breiten Raum eingenommen. Letztlich hatte sich diese Zeit sogar im Strafurteil niedergeschlagen. Denn nach Verkündung der Gesamtstrafe von 35 Jahren Gefängnis gab Richterin Lind bekannt, die dreieinhalbjährige Untersuchungshaft werde mit insgesamt 1294 Tagen angerechnet, darin eingeschlossen eine weitere Reduzierung um 112 Tage als „Wiedergutmachung“ für die zu Beginn der Haft erlittene neunmonatige Isolierung im Gefängnis der US-Marinebasis Quantico (Virginia). Diese Strafreduzierung sei zu gewähren, so Lind, da Manning in dieser Zeit „tatsächlich zeitweise rechtswidrig vor dem Prozess bestraft wurde“. Die Haftbedingungen seien „rigoroser als notwendig“ und „zu exzessiv im Verhältnis zu den legitimen Sicherheitsinteressen des Staates“ gewesen.

Die sogenannte Wiedergutmachung war zum einen eine Reaktion auf die Kritik, die von außen an Mannings Isolierung geübt wurde. So hatte Juan Méndez, der UN-Sonderberichterstatter für Folter, dem das Pentagon ein vertrauliches Gespräch mit Manning immer wieder verweigert hatte, im März 2012 in Genf das Ergebnis seiner vierzehnmonatigen Untersuchungen in seinem turnusmäßigen Bericht an die Vollversammlung der Vereinten Nationen erwähnt. Er war zu dem Schluss gekommen, dass „die Verhängung von verschärften Strafhaftbedingungen gegen jemanden, der keines Verbrechens schuldig gesprochen wurde, einen Verstoß gegen sein Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit und gegen den Grundsatz der Unschuldsvermutung“ darstelle. Gegenüber dem britischen Guardian nannte Méndez die gegen Manning verfügte Isolationshaft damals „eine zumindest grausame, unmenschliche und erniedrigende Be-

handlung und damit einen Verstoß gegen Artikel 16 der Antifolterkonvention“.

Auch Amnesty International und US-Kongressabgeordneten wie Denis Kucinich von der Demokratischen Partei hatte die Obama-Regierung seit 2011 vertrauliche Gespräche mit Manning verwehrt. Selbst dann noch, als Manning infolge des Drucks internationaler Proteste im April 2011 von der Marinebasis Quantico in das Militärgefängnis Fort Leavenworth in Kansas verlegt wurde, wo die Haftbedingungen etwas gelockert wurden.

Hinter der Verweigerung unüberwachter Gespräche sah das Manning-Solidaritätsnetzwerk die Befürchtung offizieller Stellen, Mannings Behandlung könnte als Verstoß gegen UN-Konventionen und damit auch gegen die US-Verfassung und das Militärgesetz gewertet werden. Seine Isolierung in der Untersuchungshaft und seine mediale Vorverurteilung als „Hochverräter“ stellten nach Meinung von Rechtsexperten eine Bestrafung ohne Prozess und damit einen klaren Rechtsverstoß der USA dar. Mannings Prozessanwalt David Coombs begründete damit mehrere Anträge, das Verfahren gegen Manning „wegen eines dauernden Prozesshindernisses sofort einzustellen“.

■ Den Gefangenen brechen

Natürlich kam es nicht zu einer solchen Wende. Die harte Linie gegenüber Manning sei darauf ausgelegt, so Coombs, seinen Mandanten unter Druck zu setzen und zu Aussagen zu bewegen, die sich gegen den Gründer der Enthüllungsplattform Wikileaks, Julian Assange, verwenden ließen. Das Pentagon versuchte im Prozess damals den Eindruck zu vermitteln, Manning sei ein „Werkzeug“ von Assange. Der wies diese Vorwürfe zwar immer wieder als politisch motiviert zurück, dennoch forderten rechtskonservative Medien und Politiker in den USA unentwegt, der Australier müsse an die USA ausgeliefert und dort vor Gericht gestellt werden. Mit einem in der Isolationshaft gebrochenen Manning als „Kronzeugen“ und einem an die USA von Britannien oder Schweden ausgelieferten Assange wäre das den US-Behörden wesentlich leichter gefallen. Zu beidem kam es nicht, weil Assange im Juni 2012 in der Botschaft Ecuadors um politisches Asyl ersuchte. Und Manning ließ sich auch in der Isolationshaft weder brechen noch zum Werkzeug des Pentagon machen.

Dass dies ein harter Kampf für Manning war, bestätigte im Prozess auch die in langen Zeugenaussagen vorgetragene interne Kritik von Ärzten des Militärgefängnisses Quantico, die durchaus mit den Be-

wertungen des UN-Sonderermittlers Méndez korrespondierte. So hatte unter anderem Hauptmann Kevin Moore im Zeugenstand zu den Haftbedingungen ausgesagt, Mannings Isolierung sei „schlimmer gewesen als im Todestrakt“. Er könne das beurteilen, sagte Moore in seiner Eigenschaft als Psychiater der US-Marine, denn er habe zu Beginn seiner Berufslaufbahn „lange genug im Todestrakt gearbeitet“.

Moore und sein Kollege, Hauptmann William Hoctor, sagten übereinstimmend aus, die Leitung des Militärgefängnisses von Quantico habe ihre Empfehlungen ignoriert, die über Manning neun Monate lang verhängte Sonderbehandlung auszusetzen. Hoctor erläuterte im Zeugenstand, er habe beispielsweise gewarnt, dass die strenge Isolierung und der nächtliche Entzug der Kleidung den Häftling unter permanenten Stress gesetzt hätten. Manning sei „in keiner Weise depressiv oder eine Gefahr für sich“ gewesen. Deshalb habe Hoctor gegenüber den für die Haft zuständigen Offizieren dringend dazu geraten, die Sonderbehandlung zu beenden und Manning den Umgang mit anderen Gefangenen und körperliche Bewegung außerhalb der Zelle zu genehmigen.

Hoctor hatte das in seinen wöchentlichen Berichten über Mannings Gesundheitszustand immer wieder vorgebracht, jedoch habe die militärische Führung darauf monatelang nicht reagiert. Oberst Robert Oltman, damals für die Sicherheit zuständiger Bataillonskommandeur in Quantico, habe ihm gesagt: „Wir machen, was wir für richtig halten“, und ihm befohlen, weiter seine Berichte zu schreiben. Er sei „seit langem nicht mehr derart verärgert gewesen“, so Hoctor, weil ein Bataillonskommandeur seinen fachlichen Rat so offen ausschlug und erklärte, die Isolierung „auf unbestimmte Zeit“ beibehalten zu wollen. Ob das Risiko, Mannings Gesund-

heit zu gefährden, von den Verantwortlichen bewusst in Kauf genommen worden sei, hatte Anwalt Coombs den Zeugen weiter gefragt. Hoctor hatte das bejaht und erklärt, die Haftbedingungen hätten zu „unbeabsichtigten Konsequenzen“ führen können, da „jeder seine Grenzen hat“, auch wenn Manning „stabil“ gewesen sei.

Der Kommandeur des Marinestützpunkts, Oberst Daniel Choike, hatte zuvor im Prozess ausgesagt, man habe unabhängige Analysen der Haftbedingungen Mannings „ausschließen oder hinauszögern“ wollen. Das sollte verhindern, dass die Verteidigung solche Berichte in der Presse „ausschlachtet“. Überraschend offen hatte Choike sich auch über die Rolle des Generalleutnants George Flynn ausgelassen, der vom Pentagon aus die Haftbedingungen Mannings festlegte. Flynn sei es primär darum gegangen, schon vor der Presse über alle Veränderungen an Mannings Haftsituation informiert zu werden und die Berichterstattung zu kontrollieren, so Choike.

Die militärische Laufbahn des seit 2013 im Ruhestand befindlichen George Flynn belegt, dass er nicht zufällig zum Herrn über die Haftbedingungen Mannings ernannt worden sein kann. Flynn gehörte zur obersten Führung des US-Marinekorps, unter US-Präsident George W. Bush war er Stabschef des U.S. Special Operations Command (US-Socom), des Kommandos über alle US-Spezialeinheiten der Teilstreitkräfte. Unter Bushs Nachfolger Barack Obama wurde Flynn 2008 Vizegeneral des multinationalen Korps in Irak und leitete ab 2011 die Abteilung des Vereinigten Generalstabs, die Operationen mit den Geheimdiensten koordinierte. Das alles ließ sich anhand der Dokumente nachvollziehen, die Manning 2010 an Wikileaks weitergereicht hatte. Generalleutnant Flynn gehörte also nicht nur zu den höchsten Vorgesetzten Mannings im Generalstab des Pentagon, sondern war selbst direkt betroffen vom Handeln des Whistleblowers, den die Militärführung als „Verräter“ und „Feind“ ansieht, zumindest aber als „Unterstützer des Feindes“.

■ Nachahmer abschrecken

Vor dem Hintergrund der Funktion Flynns im US-Militärapparat hatte der Anwalt und Bürgerrechtler Kevin Zeese vom Solidaritätsnetzwerk im September 2012 erklärt, die Tatsache, dass ausgerechnet der Offizier, der so eng mit Geheimdiensten kooperierte, die Befehle für Mannings Haftbedingungen erteile, werfe „drängende Fragen über den Zweck dieser Misshandlungen in der Haft auf“.

Auch Zeese äußerte damals auf der Website des Unterstützungsnetzwerks die Vermutung, Manning sei „gefoltert worden, um ihn zu brechen, damit er sich schuldig bekennt und als Kronzeuge gegen Julian Assange einsetzbar wäre“. Mit den Ermittlungsergebnissen von Mannings Verteidiger David Coombs, dass nicht etwa der Kommandeur des Militärgefängnisses, sondern „ein ‚Dreisternegeneral‘ des Pentagon die Entscheidungen über die Haftbedingungen traf“, hätten diese Einschätzungen „größere Glaubwürdigkeit erhalten“. Coombs hatte die Hinweise auf Flynn dem E-Mail-Verkehr in Quantico entnommen, den die Staatsanwälte des Pentagon der Verteidigung zunächst vorenthalten hatten, der nach Insistieren von Coombs aber als Beweismittel zu den Akten gegeben werden musste.

Durch die beharrliche Arbeit der Verteidigung und den öffentlichen Druck, den die internationale Solidaritätsbewegung erzeugte, war es weder Generalleutnant Flynn noch seinen Handlangern gelungen, Manning in der Isolationshaft zu brechen oder umzudrehen. Die Ankläger hatten sich auch nicht mit den von ihnen beantragten 60 Jahren Gefängnis durchsetzen können, die einer lebenslangen Haft gleichgekommen wären. Dennoch wurde an dem damals 25jährigen Whistleblower mit der Verurteilung zu 35 Jahren Haft ein Exempel statuiert, das ihn sein Leben kosten könnte, wie sich jetzt gezeigt hat. Wer es wagt, Kriegsverbrechen der USA öffentlich zu machen, „die per definitionem niemals bestraft werden“, der wird „durch die Hölle gehen“, wie es der Blogger Pepe Escobar im Internet ausdrückte. Escobar sprach schon 2013 davon, mit der jahrzehntelangen Haft werde Manning „gelyncht“.

Denen, die Manning in ihrer jetzigen Situation notwendige Hilfe versagen, geht es offensichtlich darum, den „gebrochenen“ Menschen vorzuführen, wie der perfide Umgang des US-Militärs mit den Informationen über den Suizidversuch deutlich gemacht hat. „Seht her, so enden Whistleblower“: isoliert in einer Psycho-Beobachtungszelle wie Manning, jahrelang seiner Freizügigkeit beraubt wie Assange in der Botschaft Ecuadors in London oder ebenso zu politischem Asyl gezwungen wie der NSA-Enthüller Edward Snowden. Es gibt nur ein Ziel: weitere Militärs, Geheimdienstler oder sonstige Staatsbedienstete davon abzuschrecken, dem mutigen Beispiel dieser Whistleblower zu folgen. Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass unter der Regierung Obama Whistleblower so zahlreich und gnadenlos verfolgt wurden wie nie zuvor, kann es nur



„Freiheit“ forderte die Initiative *Free Bradley Manning Rhein-Main* inklusive der DFG-VK bei einer Mahnwache in Frankfurt/Main am 27. November. Bradley Manning wird vorgeworfen, Wikileaks über Kriegsverbrechen der USA im Irak informiert zu haben. Das Militärgerichtsverfahren gegen ihn soll am 4. Februar 2013 beginnen. Musikalisch begleitet wurde die Aktion von Rüdiger Schilp (DFG-VK-Gruppe Mainz) u.a. mit seinem Lied „Set Bradley Manning Free!“ (Text, Noten, Tondatei im Internet: www.dfg-vk-hessen.de)

„Free Bradley Manning“ in der ZC 5/2012

als klug und konsequent bezeichnet werden, wenn sich Assange, Snowden und noch unbekannte Whistleblower davor hüten, sich den US-Behörden auszuliefern.

Aufruf zur Solidarität

Gleichzeitig darf die Solidarität mit den Angegriffenen nicht nachlassen. Die internationale Solidarität mit Chelsea Manning war sehr stark, solange der Prozess Aufmerksamkeit erzeugte, flaute aber danach wieder ab. Das haben jetzt auch die begriffen, die sich erneut aktiv und schützend um Manning scharen und am 10. August dem US-Verteidigungsministerium eine Petition mit mehr als 115 000 Unterschriften übergaben. Darin wird gefordert, Manning nicht wegen ihres Suizidversuchs zu bestrafen, sie schon gar nicht weiter zu isolieren (siehe www.fightforthefuture.org).

Daniel Ellsberg, der frühere Whistleblower, der 1971 die Pentagon Papers über den Vietnamkrieg enthüllte, sagte laut dem britischen Guardian, die neuen Anklagepunkte gegen Manning seien wohl „darauf ausgelegt, sie als Menschen zu brechen“. Die Vorwürfe seien „sadistisch und abscheulich“, und ihre ganze Behandlung in der Militärhaft empöre ihn. Ellsberg und andere Unterstützer sprachen anlässlich der Übergabe der Petition mit Reportern darüber, dass sie für Manning auch eine „angemessene Behandlung nach ihrem Suizidversuch und bei ihrer Geschlechtsumwandlung“ fordern. Anwalt Chase Strangio von der American Civil Liberties Union erklärte, seine Mandantin erwarte zunächst eine disziplinarische Anhörung, bei der sie jedoch nicht anwaltlich vertreten werden dürfe. Die Vorstellung, dass der Staat sie dafür bestrafen könnte, einen Suizidversuch überlebt zu haben, nannte Strangio „völlig unerträglich und ungeheuerlich“. Der Staat schein alles in seiner Macht Stehende zu tun, Mannings „physischen und mentalen Zustand zu verschlimmern“.

Ellsberg brachte seine persönliche Bewunderung für Manning zum Ausdruck. Es gebe sicher Unterschiede, was die damalige und die heutige Situation betreffe, „aber es gibt keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem, wie sie und ich gehandelt haben“. Er würde gern „mehr Chelsea Mannings“ sehen, fügte Ellsberg hinzu, „aber offensichtlich will die Regierung genau das Gegenteil“.

Dieser Artikel erschien am 23. August in der Tageszeitung junge Welt. Wir danken für die Erlaubnis zum Nachdruck.

KALENDER 2017

MIT AKTUELLEN UND HISTORISCHEN FOTOS AUS DER DFG-VK UND DER FRIEDENSBEWEGUNG

Der Monatskalender zum 125-Jahr DFG-VK Jubiläum! Mit aktuellen und bisher noch nie veröffentlichten historischen Aufnahmen aus dem Verband und der Friedensbewegung. Dazu wichtige historische Termine im Überblick. Der Kalender ist im DIN A3-Querformat mit Aufhänger. Jetzt bestellen...

...per Telefon (Mo-Do 9-13Uhr): 07 11 / 51 89 26 26
 ...per E-Mail: material@dfg-vk.de
 ...im Webshop: www.dfg-vk.de/shop

Gleich zugreifen (limitierte Auflage!) für nur 12,50 Euro pro Exemplar (ab 10 Stück nur noch 10 Euro/Exemplar). Das Geld fließt direkt in den Verband, um weitere Aktivitäten im Jubiläumsjahr zu finanzieren!

125 JAHRE DFG-VK

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT - VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN

DIE WAFFEN NIEDER!

Bundesweite Friedensdemo ohne die DFG-VK

DFG-VK-BundessprecherInnenkreis kritisiert einseitigen und unkonkreten Demonstrationsaufruf

Der umstrittene und von der DFG-VK nicht unterstützte Aufruf für die Demonstration am 8. Oktober in Berlin

Die Waffen nieder!!!

Kooperation statt NATO-Konfrontation, Abrüstung statt Sozialabbau

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße.

Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung – sie wollen Frieden.

Die Politik muss dem Rechnung tragen. Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik.

Krieg ist Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen. Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung und Schutz vor rassistischen und nationalistischen Übergriffen. Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl. Damit Menschen nicht fliehen müssen, fordern wir von der Bundesregierung, jegliche militärische Einmischung in Krisengebiete einzustellen.

Die Bundesregierung muss an politischen Lösungen mitwirken, zivile Konfliktbearbeitung fördern und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder leisten.

Die Menschen brauchen weltweit Gerechtigkeit. Deshalb lehnen wir neoliberale Freihandelszonen wie TTIP, CETA, ökologischen Raubbau und die Vernichtung von Lebensgrundlagen ab.

Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt

an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergeher für soziale Aufgaben einzusetzen.

Das Verhältnis von Deutschland und Russland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, dem sogenannten Raketenabwehrschirm – begleitet von verbaler Aufrüstung – an die Grenzen Russlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung. Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Nicht zuletzt steigert die Modernisierung genannte Aufrüstung der US-Atomwaffen die Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg.

Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Russland.

Wir verlangen von der Bundesregierung:

- den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
- die drastische Reduzierung des Rüstungsetats
- den Stopp der Rüstungsexporte
- die Ächtung von Kampfdrohnen
- keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands.

Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen.

Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit.

Für diese Friedenspolitik setzen wir uns ein.

Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration am 8.10.2016 in Berlin.

Die Veranstalter_innen: Bundesausschuss Friedensratschlag; Kooperation für den Frieden; Berliner Friedenskoordination

Unter dem von der DFG-Gründerin Bertha von Suttner übernommenen Motto „Die Waffen nieder!“

hatten der Bundesausschuss Friedensratschlag, die Kooperation für den Frieden und die Berliner Friedenskoordination zu einer bundesweiten Demonstration am 8. Oktober in Berlin aufgerufen. ... und der DFG-VK-Bundesverband hat diesen Aufruf nicht unterstützt, also ihn weder unterschrieben, noch seine Gruppen und Mitglieder zur Demo mobilisiert. Das ist erklärungsbedürftig.

Wir veröffentlichen im Kasten links den Aufruf, der die Ausgangslage aus Sicht der VeranstalterInnen friedenspolitisch analysiert und mit Forderungen an die Bundesregierung endet.

Dass diese Demonstration am 8. Oktober veranstaltet werden sollte, war seit mehreren Monaten bekannt, auch bei der Sitzung des DFG-VK-Bundesausschusses, des höchsten Gremiums zwischen den Bundeskongressen, am 2./3. Juli. Im Protokoll dieser Sitzung heißt es, dass über diese „bundesweite zentrale Demonstration in Berlin“ diskutiert wurde und die Debatte darüber kontrovers war: „Es wird festgestellt, dass es zwar bereits einen Entwurf zu einem Aufruf zu dieser Demonstration gibt, jedoch noch keinen offiziellen Aufruf, so dass die DFG-VK noch nicht beschließen kann, ob sie einen entsprechenden Aufruf unterstützt. Viel zu vieles unklar als dass wir derzeit Partner der Demo sein sollten. Starke Kritik am intransparenten Vorgehen der beteiligten Verantwortlichen.“ Gefasst wurde dann dieser Beschluss: „Der Bundesausschuss hält eine kritische Begleitung der Demonstration am 8. Oktober 2016 für angemessen und delegiert die Entscheidung zur Unterstützung an den BundessprecherInnenkreis. Der BSK informiert die BA-Delegierten über den Aufruf, sobald dieser vorliegt.“

Nachdem der Text des Ausrufs dann vorlag, diskutierte der BundessprecherInnenkreis ausführlich und kam zur Entscheidung, nicht zu der Demonstration aufzurufen. Eine Begründung dafür verfasste Michael Schulze von Glaßer als stellvertretender politischer Geschäftsführer und fasste die Kritik des Vorstandsgremiums in vier Punkten zusammen (siehe Kasten auf der rechten Seite).

Entsprechend der bereits Ende letzten Jahres festgelegten Planung findet die nächste Sitzung des Bundesausschusses in

Kassel am selben Wochenende statt wie die Demo in Berlin. Da niemand einen Antrag auf eine Terminveränderung stellte, blieb und bleibt es bei dieser Planung, so dass die gewählten Mitglieder des BundessprecherInnenkreises und die Delegierten aus den Landesverbänden bei der Sitzung in Kassel sein dürften.

Laut der Homepage www.friedensdemo.org haben (Stand: 26. September) 183 „Initiativen/Organisationen“ den Aufruf unterschrieben, darunter – trotz der Empfehlung des BSK – auch acht DFG-VK-Gruppen und zwei Landesverbände.

Bemerkenswert erscheint, dass einige Organisationen wie beispielsweise der Versöhnungsbund oder Ohne Rüstung Leben, mit denen die DFG-VK seit vielen Jahren eng zusammenarbeitet (z.B. mit ORL bei der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“) ebenfalls nicht unterschrieben haben. Pax Christi, ebenfalls wichtiger Bündnispartner bei der „Aktion Aufschrei“ wird in der veröffentlichten Liste kommentarlos als Unterstützer aufgeführt, obwohl der Pax-Christi-Bundesvorstand ausdrücklich lediglich die Forderungen unterstützt, den Aufruf selbst aber nicht unterschrieben hat.

Nach dieser Vorgeschichte und den Begleitumständen scheint es angebracht, dass sich die DFG-VK auf allen Ebenen intensiv mit der Frage ihrer zukünftigen Bündnisarbeit beschäftigt und klare Kriterien entwickelt, mit wem sie in welcher Form und unter welchen Voraussetzungen künftig zusammenarbeiten will.

Stefan Philipp

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-5189 26 20, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnernInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart • Redaktion: Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de); Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de); Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de) • Druck: UWS-Druck, Libanonstraße 72a, 70184 Stuttgart, Telefon 0711-463005 • Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafensbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834 • ISSN: 1614-1954 • Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-90056, Telefax 09082-911200, eMail anzeigen-zc@dfg-vk.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig. • Erscheinungsweise: fünf Mal jährlich • Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • Bezugsbedingungen: Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonniertung schriftlich bei der Herausgeberin. • Beilage: „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg (Teilaufgabe) • Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 26. September. Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember, Redaktionsschluss ist der 1. November.

Erklärung des DFG-VK-BundessprecherInnenkreises

Der BundessprecherInnenkreis und ich als stellvertretender politischer Geschäftsführer haben am 21. Juli über den Aufruf zur Demonstration am 8. Oktober in Berlin kontrovers diskutiert, um – wie bei der Sitzung des Bundesausschusses am 3. Juli beschlossen – zu entscheiden, ob der DFG-VK-Bundesverband ihn unterstützt oder nicht.

Die größte Kritik am Aufruf ist, dass, nachdem in aller Ausführlichkeit und zu Recht (!) die aggressive Politik der NATO beschrieben wird, es zu Russland nur kurz heißt: „Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen.“ Das ist schwach und für eine Organisation wie unsere, die Frieden weltweit will und sich gegen jedes Militär und jeden Imperialismus wendet, zu kurz gefasst:

1. Von den Fakten her: Russland reagiert nicht nur mit irgendwelchen nicht weiter erwähnenswerten Maßnahmen. Die Nato-Expansion, Nato-und-EU- sowie rechte Kräfte innerhalb des Landes haben in Russland schon seit Jahren Nationalismus, Imperialismus, Militarismus, geopolitisch begründete Ansprüche und Autoritarismus verstärkt und analog zum Feindbild „Russland“ im Westen das Feindbild „Westen“ in Russland wiederbelebt. Hinzu kommt, dass die russische Regierung mit rechtspopulistischen und faschistischen Kräften in Westeuropa zusammenarbeitet. Russland hat auf die westliche Vereinnahmung der Ukraine mit der – wie auch immer zu benennenden – Eingliederung der Krim, mit einem mehr oder weniger verdeckten Krieg in der Ost-Ukraine und diversen Drohungen gegenüber der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität von Nachbarländern geantwortet. Diese wesentlichen Fakten, die für viele Menschen ein Grund zur Sorge sind (mindestens in dem Maße wie das westliche Säbelrasseln), kommen im Aufruf nicht vor.

2. Es entsteht der Eindruck (wieder einmal), dass die Friedensbewegung auf der Seite der russischen Regierung steht. Wenn die Friedensbewegung über eine bestimmte Nato-kritische politische Szene hinaus glaubwürdig wirken will, darf sie nicht pro-russisch wirken! Selbstverständlich ist es Hauptaufgabe der westlichen Friedensbewegung, den westlichen Militarismus und Imperialismus zu bekämpfen und zu bremsen. Aber dazu ist Glaubwürdigkeit nötig. Die Friedensbewegung muss **jeden** Militarismus und

Imperialismus ablehnen, auch den russischen!

3. Die im Aufruf richtig konstatierte „Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg“ wird sehr schlecht belegt. Der Aufruf erweckt den Eindruck, dass der Westen bisher ungestraft aufrüsten und expandieren konnte. Warum könnte es dann nicht einfach so weitergehen, wenn von russischer Seite bisher offenbar nur einige nicht weiter erwähnenswerte Maßnahmen kamen und offenbar auch sonst nichts Erwähnenswertes zu erwarten ist? Das klingt nicht nach Eskalationsgefahr und dem erwähnten „Teufelskreis“. Genau diese Gefahr sollte ein solcher Aufruf aber plausibel und überzeugend darstellen.

4. Der Aufruf ist in vielen Punkten unkonkret und vermengt Sachverhalte: Die Nato bricht mit ihrer neuen, „rotierenden“ Truppenstationierung eindeutig ein bestehendes Rüstungsbegrenzungsabkommen. Zudem haben die USA 2001 den ABM-Vertrag gekündigt und später in aggressiver Weise Raketen stationiert. Durch das EU-Assoziierungsabkommen hat der Westen wiederum dazu beigetragen, dass in der Ukraine verfassungswidrig eine pro-westliche Regierung an die Macht kam, obwohl ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung eine solch einseitige Westbindung zulasten der Bindungen an Russland ablehnt und ein Konflikt mit Russland unvermeidlich war. Diese drei Punkte könnten und sollten konkret angeprangert werden. Stattdessen wird auf die ziemlich nebulösen Versprechungen und Erwartungen aus der Zeit der Aushandlung der deutschen Vereinigung verwiesen, über die es höchst widersprüchliche Aussagen der Beteiligten gibt und die nirgendwo vertraglich fixiert wurden.

Aus diesen Gründen hat der BSK beschlossen, dass der DFG-VK-Bundesverband den vorliegenden Aufruf nicht unterstützt. Hätte der Aufruf in diesem Sinne (s.o.) gelaute, hätte der BSK anders entschieden. Allerdings haben die Verfasser-Organisationen bereits mitgeteilt, dass der Aufruf nicht mehr zu verändern ist.

Der BSK empfiehlt auch den Gruppen und Landesverbänden, den Aufruf nicht zu unterschreiben.

Michael Schulze von Glaßer (stellvertretender politischer Geschäftsführer) für den BundessprecherInnenkreis der DFG-VK

Wiederholungstä Werben fürs Sterben

Bundeswehr-Anzeigen in der taz und die Reaktionen der LeserInnen

WIR MACHEN
KARRIEREN
SIEGER.

QUALIFIZIERTE
OLYMPIASIEGERIN.



Verhöhnung der Getöteten

betz.: Bundeswehranzeigen in der taz
Die taz ist Wiederholungs- und offensichtlich auch Oberzei-
tung. Als taz-Abonnent finde ich es unerträglich, mit der Werbung
risikolos konfrontiert zu werden, deren Handeln darin besteht
Menschenleben in Kauf zu nehmen.
Der Satz: „Jeden Tag bildet die Bundeswehr Menschen durch
sein“ ist eine Verhöhnung all dieser, die traumatisiert, verlor
aus dem Kampfhandlungen der Bundeswehr hervorgehen.
von Sportsoldatinnen bei den Olympischen Spielen ist nur
anderen Mitteln, um das Image der Bundeswehr aufzupolieren.
Diskussion um einen Einsatz im Innern der BRD zu befeuern
präsentiert sich die taz als dankbare Erfüllungsgehilfin.
HARTMUT LOUIS, Wuppertal

Werbung für das Töten

betz.: Bundeswehranzeige in der taz vom 6./7. 8. 16
Eine riesige Anzeige von der Bundeswehr! Erst habe ich gedacht
es ist ein Scherz, da ich davon ausgehe, dass die taz als linke
Zeitung so was nicht abdruckt. Ich verstehe, dass die taz von den
Werbeeinnahmen abhängig ist, aber es gibt auch Grenzen. Werbung
für etwas, was Menschen tötet, Europas Grenzen abschotet,
ist für mich nicht hinnehmbar. **MARCUS HOFSTEDT, Halle**

ZivilistInnen ins Paradies gebombt

betz.: Bundeswehranzeige in der taz vom 6./7. 8. 16
Ausgerechnet am 71. Jahrestag von Hiroshima, wo 1945 eine
amerikanische Friedensarmee sich mit einer Atombombe verteidigte
und dabei rund 140.000 schuldigen ZivilistInnen den Weg ins
Paradies freibombte, erscheint eine Anzeige der Bundeswehr
in der taz. „Wir machen Karrieren und Olympiasieger.“ Heißt das,
wir sollen uns freuen, dass in unserer Verteidigungsarmee in
der Freizeit zwischen Afghanistan und Mali dem Sport gehuldigt
wird? Wie viele Anzeigen der Bundeswehr müssten geschaltet
werden, damit die taz ihre Abonnenten nicht mehr braucht?
MARGOT KLEIN, Mannheim

Zum Töten ausgebildet

betz.: Anzeige der Bundeswehr in der taz am Wochenende
Ein Mensch, der sich beim Militär zum Töten von Menschen hat
ausbilden lassen, ist für mich kein Vorbild. Auf die Frage, was
mich zum Vorbild macht, gibt es eine ganz einfache Antwort: Ich
habe nie eine Militärwaffe in die Hand genommen.
JENS WARNER, Lüneburg

Potenter Anzeigenkunde

betz.: Anzeige der Bundeswehr in der taz am Wochenende
Liebe Leut – ich bin entsetzt! Hat die taz jetzt schon einen bin-
denden Vertrag mit der Aggressionsarmee, Bundeswehr ge-
nannt, wann immer es ihr nützlich erscheint, eine viertel, halbe
Seite, wie auch immer Platz zu haben für ihre Propaganda?
Auf der einen Seite brüstet ihr euch, doch immer so unabhängig
von möglicher Beeinflussung durch Werbekunden geblieben zu
sein, auf der anderen Seite weiß ich von internen Diskussionen
– lang, lang ist's her – in den 80er Jahren, in denen es sehr wohl
auch darum ging, sich über Inserate aus finanziellen Löchern zu
hebeln, doch leider, leider fanden sich keine potenten Kunden,
die damals in der taz inserieren wollten! Und jetzt habt ihr einen
gefunden: Gratuliere! **DORINA GILARDONE, Nürnberg**

Bundeswehr, wegtreten!

betz.: Bundeswehranzeige in der taz am Wochenende
Da will die Bundeswehr auf allen Ebenen aufrüsten, gibt ein
„Weißbuch“ heraus, das „nichts zu wünschen übrig lässt“ (hy-
bride Kriegsführung, Nutzung des Cyberraums etc.), will die Bun-
deswehr im Innern einsetzen und schürt und nutzt die „Terroris-
tengefahr“ und schaltet Anzeigenkampagnen zur Werbung mit
höchst problematischen Motiven, wirbt an allen nur erdenkli-
chen Plätzen mit „Olympia und Militär“, macht Werbeveranstal-
tungen ohne Ende, geht in Schulen ... All das dient der Militari-
sierung der Gesellschaft – obwohl wir das Gegenteil brauchen!
„Macht, was wirklich zählt! Bundeswehr, wegtreten!“
Keine Werbeanzeigen! **BRUNHILD MÜLLER-REISS, Hannover**

Krieg wird zum Spiel

betz.: Bundeswehranzeige in der taz am Wochenende
Eine große Werbeanzeige der Bundeswehr prangt mir entgegen.
Und als wäre dies an sich nicht genug, war die übliche milita-
ristische Rhetorik auch noch gesteigert durch die Verkreuzung
von militärischem und sportlichem Kampf. „Wir gratulieren
unserer Sportsoldatin Stabsunteroffizierin XY zur Goldmedaille
im Rudern“ sowie „Jeden Tag bildet die Bundeswehr 260.000
Menschen darin aus, Vorbild zu sein“.
Es ist mir schleierhaft und ich finde es menschenfeindlich in
jeder Hinsicht, wie man Menschen, die es freiwillig zu ihrem
Beruf gemacht haben, im Zweifelsfall ihre Mitmenschen zu
töten, als Vorbilder bezeichnen kann. Das liegt nicht bei Ihnen
von der taz, sondern bei der Bundeswehr. Was bei Ihnen liegt, ist,
militaristische und deutschümelnde Anzeigen in ihrem dem
Selbstverständnis nach „linken“ Blatt nicht abzudrucken. Wenn
der Wettbewerb um Medaillen mit dem Kampf um Orden in ei-
nen Zusammenhang gestellt wird, wird Krieg zum Spiel. Es kann
nicht sein, dass sich die taz auf der einen Seite über das Deut-
stum der Nazis im Nachbarort echauffiert und auf der nächsten
Seite dieselben Topoi positiv gewendet bedient und reproduziert.
JOHANNA HEISIG, Stuttgart

Werben fürs Sterben

betz.: Bundeswehranzeige in der taz am Wochenende
Bundeswehr als gut bezahlter Arbeitsplatz, als Karrierechance,
als Ausbilder für Vorbilder. Das die Bundeswehr ebenso für tote
Zivilisten, Krieg, Brutalität und wirtschaftliche Interessen steht,
wird dabei wie immer verschleiert.
Werben fürs Sterben, macht schlechte Laune beim morgendli-
chen taz Lesen. **JUDITH TIETEL, Göttingen**

Tief schockiert

betz.: Bundeswehranzeigen in der taz
als langjähriger abonnent, un-
terstützer und genossenschafter
der taz bin ich zu tiefst schockiert
und wütend über die anzeige der
bundeswehr, einer militärischen
organisation, die auf aggression und
ausbildung zum töten ausgerichtet
ist, möchte ich in einer von mir
mitunterstützten zeitung keinerlei
plattform zur selbstdarstellung
bieten, zumal diese organisation
durch ihre darstellung als unterstüt-
zerin von leistungssportler*innen
ihre wirklichen ziele
kaschieren möchte.
ende der 70er jahre
kriegsdienst in eben-
sation bewusst verwa-
jetzt markte sprich
deswehr – Offizielle
Vorbildern“ in der taz
lasst dies bleiben, od
demnächst auch no-
heckler&koch veröff
DIETMAR DENZEL, ...

Lasst das sein!

betz.: Bundeswehranzeigen in der taz
Lasst das sein mit dieser Werbung! Das ist unangenehm. Es
schreibt ein anerkannter Kriegsdienstverweigerer, der ger-
eure Zeitung liest. **ANDREAS VARNHOLT, Wunstorf**

Schutz des Wohlstandsgghettos

betz.: Bundeswehranzeigen in der taz
Endlich kommt die taz-Redaktion ihrer nationalen Verantw-
tung nach. An die „Olympischen Friedensspiele“ glaube ich
schon länger nicht mehr. So ist es gut, dass schießwütige F-
auch das Olympia-Bild der taz tragen. So kann unsere Frie-
armee nicht nur unser Wohlstandsghetto (Kermani) mit M-
Stacheldraht und Schießbefehl schützen, sondern auch mit
serem NATO-Partner Türkei syrische Flüchtlinge an der Gre-
aufhalten und mit unserem NATO-Partner USA in der geme-
nen Wertegemeinschaft nach Kosovo, Afghanistan, Irak, Li-
der gestiegenen Verantwortung gerecht werden und in der
für Ordnung sorgen.
Auf Seite 3 der taz vom 20. 8. ist ein erschütternder Artikel
nem grausigen Foto von einem Kind aus Aleppo – und auf
wieder eine Bundeswehranzeige, wie dort „Vorbilder“ ausge-
werden. Hat die Bundeswehr so gut bezahlt für die Anzeige,
es sich auch für die taz finanziell gelohnt hat – oder war die
eine Spende zum Dank für die moralische und mediale Un-
stützung? Schämt euch! **JÜRGEN CRUMMENERL, K61n**

terin taz:

AUSGEBILDETE MEDAILLENGEWINNERIN

Nehmt uns ernst

■ Bundeswehranzeigen in der taz
Ja, noch eine Wortmeldung zu den unerträglichsten Anzeigen der „großmächtigen“ Bundeswehr. Wie lange will sich die taz noch als Werbepattform zur Verfügung für Anzeigen, die den wehrlichen Charakter der Bundeswehr, den des Krieges, der Waffengewalt, der Verteidigung, des Militarismus, hinter sportlichem Höchstleistungen auf perfide Art verschleiern? Als Genosse kann ich denartige Daueranzeigen nur vehement ablehnen und verurteilen. Die Bundeswehr ist kein Fun-Sport-Verein. Ich schreibe mich all den Lesern und Leserinnen ernst: Sie sind unser wichtiges Kapital – nicht jene Anzeigen! **PETER TEITSCHER, München**

Trotzdem Dank

■ Bundeswehranzeigen in der taz
Sehr geduldes Team der Wochenendausgabe der taz, sehr stützige Zeit haben wir die taz am Wochenende nun schon abonniert und erfreuen uns regelmäßig an vielseitigen und politisch durchdrachten Artikeln. Jedoch ist uns in der Ausgabe vom 6.7. August zum ersten Mal eine auffällig große Präsenz an Werbung aufgefallen. Besonders enttäuscht hat uns eine nun schon mehrmals abgedruckte Bundeswehrwerbung. Schade, dass Sie den unabhängigen Journalisten der taz damit Intrige spielen. Trotzdem vielen Dank für all die Artikel, die immer wieder erfreuen und bereichern. **FAMILIE GERSTER, Dietrichrode**

Verheerend

■ Bundeswehranzeigen in der taz
Wie schlimm muss es mit der finanziellen Lage der taz stehen, dass sie nicht auf die verheerende Propaganda der Bundeswehr in ihrem Blatt verzichten kann? Entspricht das etwa der friedenspolitischen Tradition der taz oder verstecken sich die Redakteur_innen hinter dem Argument, dass für die Anzeige ja die Bundeswehr verantwortlich zeichnet und die taz inhaltlich und moralisch nichts mit der militaristischen Schleichwerbung zu tun hat? Unterstützt die taz mit dem Abdruck der Bundeswehrreklame nicht eine Tendenz zur Militarisierung unserer Gesellschaft? Und ist es nicht der Gipfel an Geschmacklosigkeit, die olympischen Spiele, die dem Frieden in der Welt dienen sollen, für eine solche Krieger_innenreklame zu missbrauchen? Ich fordere hiermit eine Leser_innenbefragung. **F. W. SIEBERT, Lüneburg**

Sehr schade

■ Bundeswehranzeigen in der taz
Schon wieder Bundeswehr-Werbung, für die Olympiade als Glückwünsche für AthletInnen getarnt. Anderen LeserInnenbriefen entnehme ich, dass ich nicht die Einzige bin, die das in unserer Lieblingszeitung stört. Schade, dass Geld so wichtig ist. **BRITTA TIMMERMANN, Kiel**

Irritierend

■ Bundeswehranzeigen in der taz
Auch ich finde die Bundeswehrwerbung etwas irritierend, halte es aber für zu einfach, vehement zu fordern, dass diese Anzeigen nicht mehr geschaltet werden. Schließlich muss die taz auch Geld verdienen. Deswegen ein Vorschlag: Liebe Mitlesersinnen und Mitleser, werden Sie kreativ: Suchen Sie der taz doch einfach andere Anzeigenkunden, die eine Anzeige in dieser Größe (und Frequenz) schalten – oder schalten Sie selbst Anzeigen, die besser gefallen! Mit welchem Betrag wären die Leser pro Anzeige dabei, liebe taz? **MELANIE POCHIC, Luxemburg**

So nicht!

■ Bundeswehranzeigen in der taz
Hallo taz, finde die wiederholten Anzeigen der Bundeswehr völlig inakzeptabel. Hatte nach Testabo mal wieder überlegt, die taz zu abonnieren – aber so leider nicht! Anzeigengeld sollte nicht über politische Einstellungen gestellt werden. **ACHIM KARSTEN, Dreisetalofurt**

Streuverlust

■ Bundeswehranzeigen in der taz
Die Streuverluste einer Bundeswehr-Anzeige in der taz dürften doch bei nahezu 100 Prozent liegen – die Zielgruppe wird hier schlicht nicht getroffen. Ich finde, es spricht wenig dagegen, das Geld mitzunehmen, wenn die Bundeswehr so freundlich ist, bei Kriegsgegnern zu annonciieren. **JÖRG TEEPE, Hamburg**

Personalwerbung

■ Bundeswehranzeigen in der taz
Im November 2015 hatte die taz hintereinander zwei noch größeren Bundeswehranzeigen Platz eingeräumt. Setzerzeit erhielten wir auf unseren Leserbrief folgende Begründung: „Bei der Anzeige vom Bundesministerium der Verteidigung steht die Personalwerbung im Vordergrund. Einen militaristischen oder Gewalt verherrlichenden Inhalt kann man vielleicht unterstellen, aber nicht erkennen.“ Natürlich wird man erst recht keinen militaristischen Inhalt erkennen können, werden doch gleichzeitig die hehren Ziele der Olympiade hochgehalten. Ein militaristischer oder Gewalt verherrlichender Inhalt widerspricht der taz-Satzung? Was sagen die taz-Genossenschaftler dazu? **ANNETTE BÄNSCH-RICHTER-HANSEN, Wiesbaden**

Verrat der Ideale

■ Bundeswehranzeigen in der taz
Schande über die Anzeigenpolitik der taz. Sie verrät die Ideale der Zeitung und der Mehrheit ihrer Leser. Wo bleibt eigentlich der Aufstand der Anständigen in der taz. Fangt eure Anzeigenabteilung wieder ein. Sie schadet euch. Keine Reklame für Militär und Krieg. **EDGAR J. KAISER, Probstzeyerhagen**



„Bundeswehr-Anzeigen sind Euch wichtiger als treue LeserInnen“

Liebe taz-Menschen,
vor mir liegt die Abbestätigung vom 20.10.1992. In dem Schreiben heißt es: „Sollte Sie bei Ihrer Lektüre einmal heiliger Zorn, blinde Wut oder schieres Entsetzen packen, möchte ich Sie um folgendes bitten: Rufen Sie an oder schreiben Sie uns ... nur bestellen Sie die taz nicht gleich ab.“
Nun, wie viele andere aus der Deutschen Friedensgesellschaft habe ich mich mit euch im letzten Herbst über die Anzeigen der Bundeswehr in der taz auseinandergesetzt, konstruktiv auseinandergesetzt, denke ich. Ergebnis: im Sommer 2016 waren schon wieder BuWe-Anzeigen zu sehen. Daraus schließe ich, dass für euch BuWe-Anzeigen wichtiger sind als treue LeserInnen. Also: 1. Das Abo kündige ich mit sofortiger Wirkung. Ihr überweist den überzahlten Betrag auf mein Konto.
2. Ich trete mit sofortiger Wirkung aus der taz-Genossenschaft aus. Meine Genossenschaftseinlage wird ebenfalls auf mein Konto überwiesen.
Schöne Grüße
Ernst Rattinger, Offenburg
PS: Solltet ihr einmal zu dem Ergebnis kommen, keine BuWe-Anzeigen mehr zu veröffentlichen, dann meldet euch; die taz würde ich sofort wieder abonnieren.

„Geld stinkt nicht – doch, bei der Bundeswehr-Reklame wird aus Scheiße stinkendes Geld“

Liebe taz,
mein erstes taz-Abo war 1986 ein (für mich kostenloses) Knast-Abo, als ich wegen Kriegsdienstverweigerung ein halbes Jahr ins Gefängnis musste. An meiner Einstellung, dass ich jeden Krieg für ein Verbrechen halte und deshalb für Gewaltfreiheit und die Abschaffung des Militärs eintrete, hat sich nichts geändert. Als Pazifist war die taz für mich über die Jahrzehnte immer ein wichtiges Informationsmedium, durch mein digitales Abo habe ich sie immer und überall dabei.
Damit ist nun leider Schluss: Ich kündige das Abo wegen Eurer wiederholten Veröffentlichung von Werbeanzeigen der Bundeswehr (erst im November 2015 und nun im August). Natürlich weiß ich: Ohne Anzeigen würde es die taz nicht geben. Deswegen finde ich es grundsätzlich auch in Ordnung, wenn Ihr Platz in der Zeitung für Werbung verkauft. Aber „Werben fürs Sterben“, das geht gar nicht.
Im Zusammenhang mit der Einführung einer Latrinensteuer durch den römischen Kaiser Vespasian ist der Satz überliefert: „Pecunia non olet“, Geld stinkt nicht. Doch, bei der Bundeswehr-Reklame wird aus Scheiße Geld. Das stinkt – mir so, dass ich auf ein taz-Abo so lange verzichte, bis Ihr verbindlich erklährt, keine Werbeanzeigen der Bundeswehr mehr zu veröffentlichen. Schreibt mir, wenn Ihr das macht, und ich abonniere sofort wieder.
Stefan Philipp, Winnenden

Aus der Antwort der Abo-Abteilung vom 6. September:
„... wir bedauern, dass Sie Ihr Abo kündigen und können Ihre Begründung sehr gut nachvollziehen. Das Thema ist im Haus sehr umstritten und wir hoffen dass die Genossenschaftsversammlung* dieses Thema erörtern wird!“

* Siehe den Kasten „Fette Beute“ auf der nächsten Seite dazu, wie sich die Genossenschaftsversammlung entschieden hat.

Fette Beute

Die *taz* hat sich entschieden: Eine deutliche Mehrheit stimmte bei der Genossenschaftsversammlung dafür, auch weiterhin Anzeigen der Bundeswehr zu veröffentlichen. Am 19. September berichtete die *taz* so darüber:

Ist es richtig, dass die *taz* Anzeigen der Bundeswehr abdruckt? Diese Frage wurde von den 354 Genossen kontrovers diskutiert, die am Samstag zur alljährlichen Generalversammlung in der Berliner Zentrale der Heinrich-Böll-Stiftung zusammengekommen waren. Hartmut Louis aus Wuppertal hatte beantragt, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen: Es sei doch gerade das Ziel der Genossenschaft, „auf solche Geldgeber verzichten zu können“.

Für den Unmut hatte *taz*-Geschäftsführer Andreas Bull vollstes Verständnis: „Ich finde diese Anzeigen auch eine Zumutung, aber ich habe gelernt, dass ich diese Zumutungen aushalten muss.“ Denn die *taz* erzielt durch Werbeeinnahmen etwa zwei Millionen Euro im Jahr. Allerdings kann sie sich die Anzeigen nicht individuell aussuchen und „die Rosinen herauspicken“.

Viele Genossen sind ehemalige Kriegsdienstverweigerer. Dazu gehört auch Joerg Goy aus Handewitt, der aber gleichzeitig feststellte: „Ich bin auch Kaufmann.“

Daher plädierte Goy dafür, die Anzeigen zu drucken: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bundeswehr unter den *taz*-Lesern Rekruten gewinnt. Ich würde dies als eine Subvention der Bundesregierung sehen.“

Diese abgeklärte Haltung, die Bundeswehranzeigen als „fette Beute“ zu betrachten, erhielt am Ende eine deutliche Mehrheit. Ein „Stimmungsbild“ ergab, dass 194 Genossen dagegen waren, auf die Bundeswehranzeigen zu verzichten. 53 wünschten sich ein Ende der Werbung, 12 enthielten sich.

Eine kreative Alternative schlug Hartmut Spiegel aus Paderborn vor: Genossen könnten doch selbst Werbeflächen in der *taz* kaufen und ihre Namen unter den Satz setzen: „Diese Genossen haben dafür gesorgt, dass hier keine Anzeige der Bundeswehr steht.“ Sollte es zu einer derartigen Initiative kommen, würde die *taz* dieses Inserat sofort drucken, versicherte Andreas Bull: „Das wäre eine großartige Anzeige.“

Kriegsgerät unschädlich machen

Aktion bei der „Hanse Sail“ in Rostock

Von Cornelia Mannewitz

Kanonen müssen sich warm anziehen!“, das war unser Motto auf der diesjährigen „Hanse Sail“ Mitte August in Rostock, ein wie immer „friedliches“ Seglerfest mit Kanonier- und Böllertreffen, Marineschiffen am Fluss im Zentrum und am Passagierkai in Warnemünde (auf denen auch schon mal Gottesdienste der Militärpfarrämter stattfinden), zwei Zerstörern der japanischen Marine im Überseehafen und „Tagen der Offenen Tür“ auf dem Stützpunkt Hohe Düne. Das „Hanse Sail Business Forum“ am ersten Tag der Sail war komplett der Bundeswehr als „Chance für die regionale Wirtschaft“ gewidmet. Zum 800. Stadtgeburtstag 2018 sollen sogar die „Marinehauptstädte“ der ganzen Welt eingeladen werden. Rostock hat diese Funktion für Deutschland: Hier befindet sich das Marinekommando, die oberste Führungsinstanz dieser Teilstreitkraft. Das soll die Stadt offenbar endgültig prägen.

Deshalb sind wir auf der „Hanse Sail“ seit Jahren unterwegs. Traditionell verteilen wir Kommunikationsguerilla-Flugblätter (und werden sie reißend los). Diesmal wollten wir symbolisch Kriegsgerät unschädlich machen. Fleißig schwangen wir die Häkelnadeln, um die historischen Kanonenrohre auf dem so genannten Kanonsberg, mit guter Sicht auf den Stadthafen, in antimilitaristisches Rosa zu kleiden. Gleichzeitig wollten wir den weiteren Ausbau der historischen „Verteidigungsanlagen“ Rostocks kritisieren, zu denen der Kanonsberg gehört. Mauern, Bastionen und Kriegerdenkmäler will man wieder besser sichtbar machen. Auf Kosten von Grünflächen und Bäumen und von anderen Baumaßnahmen: Gerade wird mit viel Sympathie der Wiederaufbau eines Stadttors geplant, das 1960 gesprengt wurde. Zum Stadtjubiläum soll es wieder stehen. Der eigentlich ebenfalls für 2018 geplante Neubau des Theaters, das seit dem Zweiten Weltkrieg in einem Ersatzgebäude spielt, ist dagegen nach einer weiteren endlosen Standortdebatte wieder aus der Diskussion verschwunden. Unsere Meinung dazu: „Die Stadt und ihre Besucher brauchen keine Rückbesinnung auf mi-

litärische Traditionen und kein Säbelraseln auf dem Meer. Gerade die Hanse Sail, auf der Schiffe von überall zusammenkommen, sollte ein friedliches Miteinander vorleben. Zum Frieden gehören zivile Arbeitsplätze, offene Grenzen, gemeinsame Kulturerlebnisse und demokratischer Meinungsaustausch. Abschottung und Stolz auf Kriegsgerät haben hier nichts zu suchen.“ Das schrieben wir in unseren Flyer und klebten ihn wie die Erläuterung zu einem Bild oder einer Plastik in einer Galerie auf die Halterungen der rosa umhäuerten Kanonen.

Dass wir gleichzeitig die Geländer des Kanonsbergs mit Dutzenden laufender Meter Friedenstransparente und -fahnen behängt hatten, geriet fast aus dem Blick. Aber alles zusammen hatte funktioniert: Die Kanonen waren an diesem Tag ein Anziehungspunkt für die Medien, sind inzwischen hoffentlich ein anerkanntes Kunstobjekt und werden demnächst vielleicht eine Station auf Stadtführungen sein. Denn die Überzüge sind immer noch da. Nur die die Kugeln symbolisierenden Pompons werden manchmal geklaut. Wir müssen also gar nicht so viel nachbessern, wie wir anfangs dachten. Wir können sogar noch Wolle abgeben. Man kann vieles aus ihr machen: rosa Schlipse für Heldenstatuen, rosa Etuis für deutsche Kleinwaffen, rosa Girlanden für Kasernentore ...

Cornelia Mannewitz ist DFG-VK-Bundessprecherin und aktiv in der DFG-VK-Gruppe Rostock.



Rosa umhäuerte Kanonen als Touristenattraktion

Foto: DFG-VK Rostock



Foto privat

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Als Vertreter des erkrankten Monty Schädel ist seit Jahresbeginn Michael Schulze von Glaßer als politischer Geschäftsführer für die DFG-VK tätig. In dieser Kolumne berichtet er regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.

Die politische Sommerpause ist in diesem Jahr „Dank“ des Brexits, des Putschversuchs in der Türkei und der Olympischen Spiele bzw. dem, was die Bundeswehr dazu gemacht hat, ausgefallen. Hinzu ist die schon bei der Bundesausschuss-Sitzung im Juli begonnene (bzw. wieder aufgekommene) Debatte zum Umgang mit der Nato und mit Russland gekommen: Der Feind unseres „Feindes“ ist nicht unser Freund! Es war und ist also viel los in der DFG-VK. Da mir Transparenz wichtig ist, hier ein kurzer Überblick über meine Arbeit der letzten Monate.

■ Militärfestspiele-Kampagne

Kurz vor den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro begann die Bundeswehr, mit einer groß angelegten Fernseh- und Plakat-Kampagne mit ihren SportsoldatInnen um neue RekrutInnen zu werben. Der DFG-VK-BundessprecherInnenkreis beschloss unter dem Stichwort „Militärfestspiele“ eine Gegenkampagne, welche die Armee-Kampagne als irreführend – „Die Bundeswehr ist kein Sportverein!“ – entlarven sollte und sich auch allgemein gegen das Sportförderprogramm der Bundeswehr richtete (siehe Seite 12). Wie bei unserer Kampagne zur „zivil-militärischen Zusammenarbeit“ zwischen dem Roten Kreuz und der Bundeswehr (siehe Seite 13) sollte auch bei der „Militärfestspiele“-Kampagne eine eigene Aktionswebseite das zentrale Fundament der Kampagne sein. Vom Beschluss bis zur fertigen Webseite (www.militaerfestspiele.de) dauerte es nur sechs Tage – wir schaffen es also mittlerweile, auch kurzfristig auf neue Bundeswehr-Kampagnen zu reagieren. Die Verbreitung mit Bildern und Videos via Facebook klappte gut. Allerdings haben

nur wenige Medien – u.a. *jungeWelt* und *taz* – etwas über die Kampagne gebracht. Zudem fehlte es an einer direkten Handlungsmöglichkeit für Interessierte – etwa eine vorgefertigte Protest-E-Mail an die Bundeswehr. Für eine erste und auch nur temporär auf die Olympia-Zeit beschränkte Kampagne können wir aber zufrieden sein; wenn wir uns dem Thema aber langfristig widmen wollen, braucht es ein besseres und umfangreicheres Konzept.

■ Aktion: Atomwaffen-Alarm!

Um die öffentliche Wahrnehmung der DFG-VK zu erhöhen und die Menschen mit unseren politischen Forderungen zu erreichen, sind Aktionen unabdingbar. Heute ist es dabei vor allem wichtig, „Bilder“ zu schaffen. In meiner Kolumne in der vorigen **ZivilCourage** hatte ich daher bereits schon über das Aktionsset „Tödliche Kleinwaffenexporte“ berichtet, das sich die Gruppen vom Bundesverband ausleihen können (material@dfg-vk.de). Nun gibt es ein weiteres Aktionsset, diesmal zum Thema „Atomwaffen“. Das Set besteht aus einer „zerstörten Atombombe“ (aus Blech- und Plastikteilen), Radioaktiv-Warnschildern, drei gelben Schutzanzügen samt Gasmasken sowie unseren Flugblättern zu dem Thema. Der Probelauf im nordhessischen Kassel hat bereits sehr gut funktioniert: PassantInnen werden schnell aufmerksam und interessiert, auch die lokalen Medien berichteten und fotografierten. Das „Atomwaffen-Alarm“-Aktionsset können sich DFG-VK-Gruppen für 50 Euro beim Materialversand (material@dfg-vk.de) ausleihen.



Foto: Michael Schulze von Glaßer

■ Pressearbeit verbessert

Nach einigen (auch meiner Stellung als nicht auf einem Bundeskongress gewähl-

ten Vertreter des politischen Geschäftsführers bzw. Bundessprecher geschuldeten) Anlaufschwierigkeiten bei der Pressearbeit konnte diese durch eine bessere Abstimmung mit allen Beteiligten nun deutlich verbessert werden.

So haben wir in den vergangenen Monaten oft sehr schnell auf politische Ereignisse reagiert und etwa Pressemitteilungen zum Einsatz deutscher Waffen beim Putschversuch in der Türkei und zur Veröffentlichung des neuen Bundeswehr-Weißbuchs herausgegeben. Allerdings: So gut die inneren Abläufe auch liefen, werden wir von der Presse noch immer kaum wahrgenommen, und die Mitteilungen, die wir verschicken, werden nur selten von JournalistInnen beachtet. Das ändert sich hoffentlich durch eine fortlaufende stetige Pressearbeit und direkten Kontakten zu einzelnen MedienvertreterInnen.

■ Planungen für 2017

Einige „Baustellen“, die ich bereits in der letzten Kolumne angesprochen habe – etwa ein neuer Webshop –, sind noch nicht abgeschlossen, andere stehen kurz vor der Fertigstellung. Der Blick geht aber schon ins nächste Jahr: Vor kurzem wurde eine Arbeitsgruppe zur Planung des Bundeskongresses, der **vom 10. bis 12. November 2017 in Berlin** stattfinden soll, gegründet. Auch wie es mit dem 125-Jahr-Jubiläum weitergeht, wird gerade – in Zusammenarbeit mit Thomas Mickan, der sich vor allem um dieses Thema kümmert – geplant. Zudem gilt es, sich auf politische Ereignisse – etwa die Bundestagswahl – langfristig vorzubereiten und grundsätzliche, strategische Überlegungen zu Kampagnen zu treffen: Proteste gegen die Bundeswehr und neue Rüstungsvorhaben sind unabdingbar, doch fehlt es heute letztlich – im Gegensatz etwa zur Schweiz – am demokratischen Mittel, wirklich eine aussichtsreiche Chance auf politischen Erfolg zu haben. Es muss überlegt und debattiert werden, welche „Angriffsziele“ für die DFG-VK machbar und sinnvoll sind – es gibt leider genug Themen, die unsere Aufmerksamkeit fordern. Packen wir sie an – mit Bedacht!



Montag, 22. August 2016

Nach Kaufempfehlung durch Regierung: Hamster deutschlandweit restlos vergriffen

24.8K



Berlin (dpo) - Innerhalb weniger Stunden haben besorgte Menschen heute nahezu sämtliche Hamster in deutschen Zoohandlungen aufgekauft. Zuvor hatten mehrere Medien gemeldet, dass die Bundesregierung im Rahmen eines neuen Zivilschutzkonzepts Bürgern zu Hamsterkäufen rät, um im Krisenfall gewappnet zu sein.

„Man muss hier ich meine...“
 „Wenigstens hamsterähnlichen Tieren“ erkundigt und dann auch noch sämtliche Meerschweinchen, Wühlmäuse und Chinchillas aufgekauft. Ähnliche Szenen wie in Wernis Zooecke spielten sich heute im ganzen Bundesgebiet ab; selbst große Zoohandlungen vermelden leere Hamsterkäfige. „Die meisten Leute sind sich unsicher, wie viele Hamster man für 10 Tage braucht und nehmen deshalb lieber ein paar Tiere zu viel mit“, erzählt etwa Tierhändler Marcel Decker aus Duisburg. „Im Schnitt gingen hier heute sicher zwanzig, dreißig Hamster pro Person raus. Die Leute hamstern förmlich.“

Diejenigen, die leer ausgegangen seien, hätten sich nach „wenigstens hamsterähnlichen Tieren“ erkundigt und dann auch noch sämtliche Meerschweinchen, Wühlmäuse und Chinchillas aufgekauft.

Ähnliche Szenen wie in Wernis Zooecke spielten sich heute im ganzen Bundesgebiet ab; selbst große Zoohandlungen vermelden leere Hamsterkäfige.



Vor vielen Zoohandlungen bildete sich eine lange Schlange.

Inzwischen importieren die großen Zoohandlungen die possierlichen Nager zu tausenden aus dem Ausland. Außerdem sollen intensive Zuchtprogramme dabei helfen, den sprunghaft gestiegenen Hamsterbedarf in Deutschland zu decken. Experten halten es indes für äußerst unwahrscheinlich, dass es tatsächlich zu einer Katastrophe in Deutschland kommen könnte. Katastrophenforscher Max Röhler: „Das einzige denkbare Szenario wäre, wenn im Herbst plötzlich große Mengen an entlaufenen oder ausgesetzten Nagetieren über die Ernte herfallen würden und es so zu Nahrungsmittelengpässen käme.“

„Das einzige denkbare Szenario wäre, wenn im Herbst plötzlich große Mengen an entlaufenen oder ausgesetzten Nagetieren über die Ernte herfallen würden und es so zu Nahrungsmittelengpässen käme.“

sf, ddp; Foto oben: Shutterstock, Foto unten: Ralf Kovic / Shutterstock.com

Regierung rät Bevölke



Die Bundesregierung
 Eine gemeinsame Initiative

manchmal hilft Ironie

Die Tageszeitung **junge Welt**
 Gegründet 1947 - Dienstag, 22. August 2016, Nr. 199

Aktuelle Ausgabe Archiv Beilagen Veranstaltungen

Titel Schwerpunkt Ansichten Inland Ausland Kapital&Arbeit Thema Feuilleton

Aus: Ausgabe vom 23.08.2016, Seite 4 / Inland

Panikmache aus dem Ministerium

Zivilschutzkonzept der Bundesregierung
 Hamsterkäufen für Kriegsfall

von Ulla Jelpke

...erung zu Hamsterkäufen



Foto: Jörg Siebasser/pixio.de

...ative des Zentralverbands Zoologischer Fachbetriebe und der Bundesregierung

© DFG-WKZivilCourage

...die tageszeitung

einfach nur noch

Das Ende ist nah



ZIVILSCHUTZ Die Bundesregierung fordert die Bevölkerung auf, einen Vorrat an Lebensmitteln für einen Zeitraum von zehn Tagen anzulegen. Warum Sie nicht in Panik verfallen sollten. Was Sie jetzt kaufen dürfen. Und warum es keine Hamster mehr gibt » Seite 4

MEEDIA NEWS & STORIES | AGENDA | DATACENTER | STELLENBORDE | WHITEPAPER
PUBLISHING | PERSONAL | ADMIN | TECH | DIGITAL STRATEGY | MARKETING | TRAFFICMARKET | BUZZER

Hamster aus“: So lacht das Web über die #Hamsterkäufe

Die Regierung macht sich ernste Gedanken über den Not- und den Katastrophenfall und die Twitter-Gemeinde? Die macht sich darüber lustig. Zumindest, wenn es um die frisch überarbeitete „Konzeption zivile Verteidigung“ geht, die der FAS vorliegt. Darin geht es – kurz gesagt – um Hamsterkäufe. Schnell wurde aus dem Schlagwort der Spaß-Hashtag der Stunde, bei dem sich scheinbar jeder aufgefördert sah, einen – leidlich- witzigen Spruch zu posten. Hier sind die besten:

Von Manlio Rodolico



Dunja Hayali @dunjahayali
haben jetzt lange zu hause darüber diskutiert. ansma möchte einfach keine hamster. diskussion beendet #Hamsterkaufe
10:36 - 22 Aug 2016
👍 15 81 🗨 145

Harald Schmidt @haraldtv
#Filmkritik: Freesnap gehen die Hamster aus, weil viele RTL-Zuschauer den Rat der Bundesregierung nicht verstanden haben. #Hamsterkaufe
10:55 - 22 Aug 2016
👍 15 181 🗨 270

Sebastian @sebasco
Lieferando-Gutscheine für 10 Tage bestellt. #Hamsterkaufe
14:04 - 21 Aug 2016
👍 15 8 🗨 27

LucianoCall @LucianoCall_1
"Warum empfehlen Sie #Hamsterkaufe, Herr #DieMerkel?"
"Sole der Antwort würden die Bevölkerung vorunsichern."
14:25 - 21 Aug 2016
👍 15 204 🗨 386

Schlagworte: Dunja Hayali, Hamsterkaufe, Harald Schmidt, sonstige Sprüche, Micky Blommet, Twitter, #122

Alle Kommentare

Erwin Schabrunski sagt:
22.08.2016 um 18:04
Billige Wäcker speichern und beim nächsten „München“ posten

Daniel sagt:
22.08.2016 um 09:37
Du hast so Recht. Wenn wir bei dem schrecklichen Anblick nur alle Hamstervorräte gehabt hätten, dann würden alle noch leben...

12. Pacemakers-Marathon für Atomwaffenfreiheit

Die mit 570 Kilometern längste eintägige Friedensdemonstration erfolgreich durchgeführt

Von Roland Blach

Es ist geschafft – Sonntag, 7. August, 9 Uhr 30. Nach genau 27 Stunden und 45 Minuten und etwa 570 Kilometern Fahrtstrecke erreichen 20 Radler und die sieben Begleiter in drei Fahrzeugen die Stadtparkhalle im baden-württembergischen Bretten und werden von fast ebenso vielen Menschen erwartet. Eine Mischung aus völliger Erschöpfung und absolutem Glücksgefühl macht sich breit und wird gespeist durch viele Umarmungen, motivierenden Ansprachen und leckerem Frühstück.

Am 6. August, dem 71. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, waren um 5 Uhr 45 über 120 Radler in Bretten für den mittlerweile 12. Pacemakers-Radmarathon von Bretten über Heidelberg, Mannheim, Kaiserslautern, Ramstein, Neustadt/Weinstraße zurück in die Melancthonstadt aufgebrochen. Zum wiederholten Mal gefilmt vom SWR-Fernsehen. Das Peloton auf der 340 Kilometern langen Strecke wuchs zwischenzeitlich auf fast 150 Radler an, die als Botschafter für nukleare Abrüstung unterwegs waren. Eskortiert von und mit dem sicheren Schutz durch die Polizei sowie durch die Pacemakers-Begleitfahrzeuge (Führungs- und Schlussfahrzeug, zwei Besenwagen, Pannenzüge).



Anti-Atomwaffen-Kundgebung in Heidelberg



Mahnung und Protest vor der US-Air-Base Ramstein: Die Namen pakistanischer Drohnen-Opfer

Doch damit nicht genug. Von ursprünglich 35 Angemeldeten überwinden schließlich 20 Radler ihren inneren Schweinehund und fuhren etwa 230 weitere Kilometer von 22 Uhr an über Pforzheim, Haigerloch, Tübingen, die Patch-Barracks in Stuttgart zurück nach Bretten, diese Zusatzstrecke allerdings ohne Polizei-Absicherung. Vor der nächtlichen Abfahrt wurden alle Radler über die Verhaltensweisen in der Nacht aufgeklärt. Das Begleitteam in den Fahrzeugen wurde bis auf zwei Personen komplett gewechselt. Die ganzen fast 28 Stunden dabei war Roland Blach, Organisator der Pacemakers und Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg.

Die monatelange Vorarbeit hatte sich gelohnt: Beim Start in Bretten wurde aus einem Grußwort japanischer Atombombenopfer zitiert, der Brettener Oberbürgermeister Wolff fuhr selbst die ersten Kilometer auf dem Rad mit, ehe die Durchschnittsgeschwindigkeit von 30 Stundenkilometern erreicht wurde. In Heidelberg wurde von Hermino Katzenstein, dem ersten Landtagsabgeordneten, der beim Marathon mitfuhr, ein Grußwort des (alten und neuen) baden-württembergischen Verkehrsministers Winfried Hermann verlesen. Zur Mittagszeit begrüßte Bürgermeisterin Dr. Freundlieb die Teilnehmer vor dem Mannheimer Rathaus, bevor 40 Kilogramm Pasta verteilt wurden. In Kaiserslautern wurde erneut die kleine evangelische Kirche in einen Verpflegungsraum umfunktioniert.

Deutschland duldet den amerikanischen Drohnen-Mord

Ein bewegendes Highlight war die Begegnung mit den über 30 Hobbyradlern

des DFG-VK-Landesverbands Bayern und ihrem Begleittross vor der US-Air-Base Ramstein, deren einwöchige Friedensfahrradtour dort ihren Abschluss fand. Dabei wurden viele Dutzend Schilder mit den Namen von getöteten Kindern nach US-Drohnenangriffen in Pakistan hochgehalten. Seit 2014 ist bekannt, wie sehr Ramstein in die tödliche Drohnenpolitik der USA eingebunden ist – mit Duldung der deutschen Politik.

Über den schönsten Streckenabschnitt der gesamten Tour, den Pfälzer Wald, ging es zum letzten Verpflegungsort tagsüber, nach Neustadt an der Weinstraße. Nach dem Zwischenziel in Bretten wurden die „Nacht-Radler“ dann an jedem Ort von mehreren Friedensaktivisten mit Verpflegung erwartet. Der Höhepunkt der Nachttappe war Haigerloch auf der Schwäbischen Alb. Bei einer kurzen Führung im „Atomkeller“ wurde über die Grundlagenforschung für eine atomare Kettenreaktion am Ende des Zweiten Weltkriegs berichtet, bevor Maultaschen in der Brühe, Kartoffelsuppe und Kaffee die Radfahrer um 3 Uhr morgens wieder erwärmten sowie neue Kräfte freisetzen. Wenige Stunden später erreichte das kleine Peloton nach der längsten eintägigen Friedensdemo der Welt bei herrlichem Sonntagswetter den Kraichgau.

Engagement für eine atomwaffenfreie Welt

Die Pacemakers sind Teil der bundesweiten Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt“. Sie forderten auf ihrer Tour den umgehenden Abzug der Atomwaffen aus Büchel sowie den weltweiten Stopp von Aufrüstungs- und Modernisierungsplänen von Atomwaffen. Außerdem

erwarten die Pacemakers, dass Deutschland endlich seine Bremsfunktion hinsichtlich eines Atomwaffenverbotsvertrags einstellt, zu dem sich bereits über 120 Staaten in der Uno bekennen. Wenige Woche nach dem Pacemakers-Marathon beraten darüber Staaten in der Open-Ended-Working Group. Nach einer im März veröffentlichten Forsa-Umfrage sind 93 Prozent der Deutschen für ein absolutes internationales Verbot dieser Waffen.

Der Pacemakers-Marathon ist eine wunderbare, weltweit einmalige Verbindung zwischen der Friedensbewegung, dem Radsport und den Mayors for Peace.

Bei den Mayors for Peace engagieren sich weltweit etwa 7000 Bürgermeister für eine atomwaffenfreie Welt, darunter allein über 460 in Deutschland.

Ohne die Unterstützung der vielen lokalen Friedensgruppen – Friedensinitia-



Foto: Michael Hummel

tiven Bretten, Westpfalz und Neustadt/Weinstraße, DFG-VK-Gruppe Mannheim, Heidelberger Friedensratschlag –, der Oberbürgermeister als Schirmherren und der Stadtverwaltungen, der Sponsoren und Medienpartner wären die Pa-

cemakers in dieser Form nicht möglich. 2017 geht es wieder auf die Straße...

Roland Blach ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg.



Das Rote Kreuz ist „traditionell ein humanitäres Betätigungsfeld für adlige Frauen und ausgediente Militärs“

Briefe der LeserInnen

Zum Beitrag „Keine Spenden für das Deutsche Rote Kreuz!“ in ZC Nr. 3/2016, Seite 14/15

„Keine Spenden für das DRK! – Gegen zivil-militärische Zusammenarbeit.“ Das sind pazifistische Forderungen, die deutlich machen, wo das DRK steht. Die Kampagne der DFG-VK ist richtig und sinnvoll.

Wenn wir die Geschichte des Roten Kreuzes und auch des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK) betrachten, dann stellt sich allerdings die Frage, ob Henry Dunant in die Reihe von Pazifisten und Pazifistinnen zu stellen ist, die jeden Krieg grundsätzlich ablehnen. Dies könnte vermutet werden, weil er den Friedensnobelpreis erhalten hat, wie im **ZivilCourage**-Beitrag am Ende hervorgehoben wird.

Nein. Henry Dunant wollte den Krieg nur zivilisieren, und in dieser Tradition stehen die nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften als nationale Hilfsgesellschaften ihrer Länder bzw. Staaten. In der Regel sind diese ein Teil staatlicher und militärischer Strukturen der jeweiligen Länder und leisten humanitäre Hilfen. Im Völkerrecht ist das IKRK (u.a.) ein Völkerrechtssubjekt, das nur Staaten zusteht. Das IKRK ist insbesondere tätig im Bereich des humanitären Völkerrechts,

das auch Kriegsführungsrecht oder auch „Rechts der bewaffneten Konflikte“ genannt werden kann. Hier geht es um die rechtliche Zivilisierung von Krieg.

In diesem Sinn ist allgemein bekannt (!), dass überall auf der Welt die Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften des IKRK mit staatlichen und militärischen Strukturen ihrer Länder zusammenarbeiten. „Sie bilden traditionell ein humanitäres Betätigungsfeld für adlige Frauen und ausgediente Militärs“ (*W. Beyer: Pazifismus und Antimilitarismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte. Schmetterling-Verlag 2012, S. 91*) und gehören nicht zur Friedensbewegung.

Wolfram Beyer

Zum Leserbrief von Titus Sobisch in ZC Nr. 3/2016, S. 28/29 (zum „Aufruf zur Diskussion und für mehr Klarheit“: „Links‘ und ‚rechts‘ und die DFG-VK“ von Cornelia Mannewitz in ZC Nr. 2/2016, Seite 34) und zur Titelgeschichte „Verhandeln mit dem ‚Islamischen Staat‘?“ von Thomas Carl Schwoerer in ZC Nr. 3/2016, Seite 4 ff.:

Titus Sobisch äußert sich sehr ausführlich zum Thema „links oder rechts“, obwohl er meint, diese Diskussion würde uns nicht

weiterbringen. Das trifft für sein Gutachten allerdings zu!

„Militante Pazifisten kann es nicht geben“, meint er. Dabei ist er selber einer, versucht es zumindest. In den 60er Jahren bin ich Leuten begegnet, die sich „militante Pazifisten“ nannten und in jeder Lage, sogar in einer Notwehrsituation keine Gewalt anwenden würden. Auch das Attentat auf Hitler missbilligten sie. Dem kommt Titus Sobisch doch selbst recht nahe. „Militant“ heißt nichts anderes als offensiv, kämpferisch, entschieden. Aber das klingt so ähnlich wie „Militär“. Assoziationen, die durch akustische Reize ausgelöst werden, ersetzen hier das Wissen.

So meint er: „Als Kämpfer für die Weltrevolution sieht man den Rest der Bevölkerung eindeutig rechts.“ Das ist eindeutig Quatsch.

Mit CDU-Wählern, die „nur“ gegen den Afghanistankrieg sind, aber die gegenwärtige Gesellschaftsstruktur für die bestmögliche halten, hat dieser Pazifist weniger Probleme als mit Leuten, die gegen Kriegstreiber auf die Straße gehen, aber den Zugverkehr lahmlegen.

Bumm oder nicht bumm, das ist hier die Frage – für ihn die einzige. Hoffentlich lobt er nicht Hitler für das Münchener Abkommen, und hoffentlich verdammt er

nicht die Rotarmisten, weil sie bei der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz mit Schusswaffen ausgerüstet waren.

Über den Zusammenhang zwischen Gesellschaftsordnung und Kriegsursachen haben kluge Männer und Frauen viel kluge Gedanken geäußert, mit denen man sich ruhig vertraut machen darf. Schade, dass für jede Generation das Fahrrad neu erfunden werden muss.

Dass „Esoterik rechts sei“, hat zwar niemand so behauptet. In deduktiver Begrifflichkeitshuberei, die mal wieder jegliches Wissen ersetzen soll, stellt er fest, dass sowohl rechte als auch linke Leute sich manchmal unverständlich ausdrücken. Wäre es nicht nützlicher, sich über das zu informieren, was Leute, die sich damit auskennen, über die Esoterik-Szene als Einfallstor für faschistische Ideologie und Metapolitik erforscht haben?

Titus Sobisch trägt nichts zur Klärung bei. Stattdessen breitet er das Selbstbewusstsein der Minderinformierten aus.

Der Hinweis auf das Compact-Magazin ist doch wohl nicht als Empfehlung zu verstehen? Sicher kann man da heutzutage nicht sein. In dieser Rubrik wurde ja auch schon mal dafür plädiert, mit „Reichsbürgern“ eine gemeinsame Basis zu suchen.

In einer Zeit, in der Rechtspopulisten das Gesicht dieser Gesellschaft verändern und beträchtliche Bevölkerungsanteile mit ihren Hasspredigten gewinnen, behauptet ein Unwissenheitsprediger, wir hätten „eigentlich andere Probleme“. Nein. Im Falle der Desorientierung ist das Problem: die Orientierung.

Wer behauptet, die Orientierungen „links“ und „rechts“ seien unwichtig, überholt, unbrauchbar, der will Verwirrung stiften oder hat sich verwirren lassen.

Das ist die Lektion des 20. Jahrhunderts: Der Pazifismus muss antifaschistisch, also links sein.

Unterdessen will Thomas Carl Schwoerer nur mal kurz die Welt retten. Mit IS sollte verhandelt werden, schlägt er vor. Begründung, kurz gefasst: Verhandeln ist besser als nicht verhandeln. Dabei offenbart er mangelnden Überblick über Fakten und Zusammenhänge.

Solange verhandelt wird, wird nicht geschossen, glaubt er. Auf Vietnam sind während der Pariser Friedensverhandlungen mehr Bomben abgeworfen worden als auf Deutschland im Zweiten Weltkrieg.

Die Ostpolitik Willy Brandts lobt er. Es müsste aber auch eingestanden werden, dass zuvor die „Politik der Stärke“ zum Scheitern gebracht wurde. Willy Brandt hätte gar nicht „mehr Demokratie wagen“ können, wenn die Ostlandreiter weiterhin so hätten wüten können wie bis zum 13.

August 1961 und wieder seit dem 9. November 1989. Das, was Schwoerer als „gewaltfreie Revolution in der DDR“ euphemisiert, hatte zur Folge, dass Deutschland nicht länger daran gehindert war, die europäische Ordnung aus eigener Kraft aus den Angeln zu heben, Belgrad zu bombardieren und in Kiew die Nachfolger der Nazi-Kollaborateure wieder für sich marschieren zu lassen.

Thomas Schwoerer ist nicht richtig informiert, wenn er meint, auch Nelson Mandela hätte zu den Politikern gehört, die „alles daransetzten, ihren Kampf gewaltfrei zu führen“. Der ANC führte einen bewaffneten Befreiungskampf. Das Apartheid-Regime bot Mandela an, ihn aus dem Gefängnis zu lassen, wenn er den ANC zur Gewaltlosigkeit aufruft. Das hat er nicht getan. Thomas Schwoerer tut es jetzt stellvertretend für ihn.

Historisch steht Nelson Mandela neben Che Guevara, Ho Tsch-minh und Patrice Lumumba. Thomas Schwoerer stellt ihn in eine Reihe mit Lech Walesa. Warum nicht gleich mit Franz-Josef Strauß?

In der Welt, die man retten will, sollte man sich auskennen.

Helmut Loeven

Lieber Titus,

vielen Dank für Deinen Brief zu meinem Artikel! Ganz unkommentiert möchte ich ihn allerdings nicht lassen:

• „Was man als links oder rechts beurteilt, hängt immer vom eigenen Standpunkt ab.“ – Eben nicht. Deshalb hatte ich geschrieben: „Links und rechts sind politische Grundkonzepte. Mit ihnen bewertet man gesellschaftliche Verhältnisse“ und aus dem historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus zitiert (hier noch einmal gekürzt; Ähnliches kann man auch anderswo finden): „In der (französischen – C.M.) Nationalversammlung (...) die bürgerlich-liberalen Gegner und konstitutionalistischen Kritiker der Monarchie auf der linken Parlamentsseite (...), die Royalisten auf der rechten (...). (...) Links meint (...) zunächst Liberalismus und Aufklärung als Ausdruck des wachsenden Selbstbewusstseins des aufstrebenden Bürgertums (...). Die (...) Forderung nach Gleichheit bzw. Gleichstellung im politischen Raum lässt sich auf alle anderen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens (z.B. Arbeitsplatz, Einkommen, Vermögen), d.h. die sozialen Grundlagen der Demokratie, ausdehnen.“ Mit Beurteilungen nach diesen Maßstäben kann man in der Kommunalpolitik beginnen: Wer den Bürgermeister den Beschlüssen des Stadtparlaments verpflichtet sieht, so viele Entscheidungen wie möglich im Stadtparlament treffen will und Bürgerbe-

teilung einfordert – links; wer den Bürgermeister machen lässt und sich im Stadtparlament, wenn es denn schon mitreden soll, um „stabile Mehrheiten“ bemüht – rechts (nicht gleich rechtsradikal!). Dass es auf der rechten Seite des Kommunalparlaments Lobbyisten leichter haben, anzudocken, also die Verflechtung mit der Wirtschaft enger ist, ist sicher kein Zufall. Da wären wir aber auch schon bei rechts und links in Gesellschaftsordnungen und das ist ja nur ein Beispiel.

• Du schreibst in zwei unmittelbar aufeinanderfolgenden Sätzen: „Als ‚Kämpfer für die Weltrevolution‘ sieht man den Rest der Bevölkerung eindeutig rechts. Als DFG-VK müssen wir den Einsatz von Gewalt von beiden Seiten verurteilen (...)“. Gewalt ist ein Mittel, Links und Rechts sind Inhalte. Inwieweit das eine mit dem anderen zusammenhängt, wäre einen weiteren Artikel wert. Nebenbei gesagt würde ich das Wort Weltrevolution nicht gebrauchen. Es ist einem bestimmten Bereich linker Strategie zugeordnet, den man zurzeit wohl als historisch bezeichnen muss, wie immer man das auch finden mag.

• Du schreibst: „In diesem Sinne ist ‚Pazifismus kann nur links sein‘ nicht nur anmaßend, sondern in erster Linie ausgrenzend. Politische Positionierung der DFG-VK kann nicht heißen unbedingtes Parteigreifen für eine politische Partei.“ – Hierzu zweierlei: 1) „Pazifismus kann nur links sein“ habe ich nicht geschrieben. 2) Parteipolitik ist nicht der Bewertungsmaßstab dafür, ob etwas links oder rechts ist – sie selbst muss sich danach bewerten lassen. Hier schließt sich dann auch ein Punkt an, in dem Du mir nicht zustimmen willst: Die Tatsache, dass diskutiert wird, bedeutet Deiner Meinung nach, dass es unklare oder mindestens stark unterschiedliche Vorstellungen gibt, was rechts und links ist. Meiner Meinung nach bedeutet sie, dass es klare Vorstellungen davon gibt.

Wahrscheinlich hatte ich mich in dem entscheidenden Satz zu knapp ausgedrückt: „Diskrepanzen werden unter politisch Interessierten und Gebildeten oft diskutiert (ist das noch linke Politik‘ o.ä.)“. Gemeint war nicht der Inhalt von links und rechts, sondern die Bewertung von Politik als linke oder rechte. Daher auch die erwähnten Diskrepanzen. Ich hatte im selben Artikel geschrieben: „Meinem Eindruck nach wird in der Alltagswahrnehmung von links und rechts Folgendes gern verwechselt: linkes und rechtes Denken; Menschen, Parteien, Bewegungen ..., die ‚links‘ oder ‚rechts‘ im Namen tragen; linke und rechte Politik.“ Du schreibst ja auch: „Die Haltung einer politischen Par-

tei ist veränderlich infolge der Kompromissfindung, um Politik gestalten zu können.“ Aber vielleicht wäre das Verhältnis zwischen Pazifismus und links bzw. rechts auch eine Idee für einen Artikel.

Bleiben wir noch bei unseren Dissenspunkten:

- Du fragst, warum Esoterik rechts sei, zitierst Wikipedia („eine philosophische Lehre, die nur für einen begrenzten ‚inneren‘ Personenkreis zugänglich ist“) und schreibst: „Das gibt es in der linksautonomen Szene doch auch.“ Je nachdem, wie man „Philosophie“ versteht – das gibt es vermutlich sogar in Familien. Aber das ist ja auch nicht alles. Bei dieser Lehre geht es in aller Regel um eine G+heimlehre, die sich bewusst außerhalb der Wissenschaft stellt und überzeitliche Gültigkeit beansprucht. Die Verbindungen zur rechten Szene sind stark. Rechte schätzen an der Esoterik ihr einfaches Gut-Böse-Schema, ihr Elitedenken und ihr unerschöpfliches Potenzial für Verschwörungstheorien - alles Versatzstücke rechter Ideologien und manipulativer rechter Politik. Noch eine Artikel-Idee? Dazu gibt es aber eigentlich schon ziemlich viel.

- Compact und andere Organisationen brächten Massen auf die Straße und hinter Petitionen, ich dagegen meinte, die Zeit der Massenmobilisierungen sei vorbei, und hätte dabei wohl nur das Thema Frieden im Blick. - Ja, mag sein; wobei natürlich die Individualisierung und die Skep-

sis Organisationen gegenüber trotzdem da sind - im Internet eine Petition zu unterschreiben ist ja eine typische politische Aktivität des individualisierten Menschen. Und es liegt am Thema: „Krieg“ und „Frieden“ sind inhaltlich weitgehend korruptiert, TTIP und Ceta stehen dagegen für eine als konkret empfundene Bedrohung und was die Rolle dieser betrifft, sind wir uns ja auch wieder einig.

Und schließlich: Du ziehst in Deinem Brief das Fazit, wir hätten eigentlich andere Probleme als mehr oder weniger abweichende Meinungen zu links und rechts. - Nein. Rechts und links sind nichts, womit man Leute ärgern oder worüber man fruchtlose Diskussionen führen kann. Sie existieren in der wirklichen Welt. Die Frage nach rechts oder links ist die grundlegende. Es ist die Frage danach, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Rechtes Denken und rechte Politik streichen seit Jahren in unseren Nachbarländern einen Erfolg nach dem anderen ein, mit etwas Verzögerung jetzt auch in Deutschland. Eine Friedensbewegung, die rechts und links gegenüber indifferent sein will, wird sich irgendwann vorwerfen lassen müssen, ihnen den Steigbügel gehalten zu haben.

So weit, nicht erschöpfend, aber immerhin mit mehreren Ideen, wie wir die nächsten **ZivilCourage**-Ausgaben randvoll bekommen können.) Wer schreibt mit

Cornelia Mannewitz

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Chancen über Chancen. So kann man die gegenwärtige Lage unserer Bundeswehr beschreiben. Vorbei sind die Zeiten ständiger Einsparungen und Kürzungen. Und was noch wichtiger ist: Unsere Erfolge sind sichtbar. Olympia 2016 hat es gezeigt. Ohne die Siege unserer Sportlerinnen und Sportler aus der Truppe würde der Medaillenspiegel Deutschlands nicht so schön glänzen. Das ist das Ergebnis der gezielten Sportförderung unserer Bundeswehr.

Außerdem: Das Tabuthema des Einsatzes der Bundeswehr gegen Terror im Inland wird jetzt endlich angegangen. Zwei Beispiele: Terrorangriff auf ein Einkaufszentrum. Die Polizei legt Absperrbänder aus. Unsere Spezialkräfte erledigen das per Kopfschuss. Oder: Terrorangriff auf einen Großflughafen. Polizeikräfte können das Gelände nicht vollständig abriegeln. Unsere Panzergrenadiere erledigen das in ein paar Minuten und das Gelände ist dicht. Ich bin sicher: Die große Einsatzübung unserer Bundeswehr mit der Polizei und den Kameraden vom Roten Kreuz im kommenden Frühjahr wird zeigen, wie unverzichtbar wir sind. Darauf dürfen wir uns schon jetzt intensiv vorbereiten. Wir wissen ja: Macht der IS das Leben schwer? Dagegen gibt's die Bundeswehr!

gez. Alex von Lingua, Feldpostmeister

Die pazifistische Grundsatzerklärung

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

0416

Ich unterstütze die Grundsatzklärung und werde Mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK).

Vorname:

Nachname:

Geburtsdatum:

PLZ, Ort:

Straße und Hausnr.:

Telefon:

E-Mail:

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum:

Unterschrift:

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen)

- Stufe 6 – Förderbeitrag 29,00 Euro
- Stufe 5 – Förderbeitrag 22,00 Euro
- Stufe 4 – Förderbeitrag 15,00 Euro
- Stufe 3 – Normalbeitrag 10,00 Euro
- Stufe 2 – Ermäßigter Beitrag 5,00 Euro
- Stufe 1 – Mindestbeitrag 2,00 Euro

(Die Stufen 1 u. 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Ich bitte den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in:

IBAN:

BIC:

Datum:

Unterschrift:

Das DFG-VK-Spendenkonto

IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



W&F

Wissenschaft und Frieden ■ 3/2016

Angabe - 54. Jahrgang - 7,50 € - G 11009



Seite 46, Vers 28, Er ist es, Der Samen Gessamten mit der Führung und der wahren Religion geschickt hat, auf dass Er sie über alle andern Religionen siegen lassen über Allah geschickt als Zeuge

Politischer Islam

- Eine Geschichte der Radikalisierung
- Demokratie und Islamismus in Indonesien
- Islamischer Feminismus – ein Widerspruch?
- Verantwortung der Wissenschaft – ein offener Brief

W&F erscheint vierteljährlich, dreimal im Jahr liegt W&F ein 12- bis 20-seitiges Dossier bei. Einzelheft 7,50 € plus Porto, Jahresabo 30 € (ermäßigt 20 €), Ausland 35 € (ermäßigt 25 €).

W&F erscheint nicht nur gedruckt, sondern auch in digitaler Form – als ePub und PDF. Das Abo kostet für Bezieher der Druckausgabe zusätzlich 5 € jährlich – als elektronisches Abo ohne Druckausgabe 20 € jährlich. Fördermitglieder von Wissenschaft und Frieden (mindestens 60 € jährlich) erhalten auf Wunsch die gedruckte und die digitale Ausgabe.

Wissenschaft und Frieden

die unabhängige Vierteljahresschrift für Friedensforschung, Friedensbewegung und Friedenspolitik

»Politischer Islam«

Der »Islamische Staat«, Ajatollah Khomeini, die ägyptische Muslimbruderschaft, der säkulare iranische Reformler Abdulkarim Soroush – all diese unterschiedlichen Personen und Gruppierungen fallen unter den Begriff »Politischer Islam«. Er subsumiert sowohl liberale Denker ohne jegliche autoritäre Tendenz als auch Bewegungen, die auf brutalste Weise ihre Vorstellungen von Staat und Gesellschaft durchsetzen. Überdies wird »Politischer Islam« oft gleich gesetzt mit anderen Begriffen, wie »Islamismus«, »Fundamentalismus« oder »Salafismus«.

Die Ausgabe 3-2016 von Wissenschaft und Frieden beleuchtet die unterschiedlichen Erscheinungsformen des »Politischen Islam«, setzt sich mit einigen Ereignissen, Akteuren und Themenbereichen auseinander, die unter diesem Begriff zusammengefasst werden, und versucht dabei, die Differenzierung zu fördern.

Außerhalb des Schwerpunkts befassen sich weitere Artikel mit dem neuen Weißbuch der Bundeswehr, der ethischen Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, mit der anstehenden Konferenz zur Biowaffenkonvention und mit der Forderung, Friedenslogik als Leitmotiv des Krisenengagements deutscher Politik zu etablieren. Die Stationierung von Nato-Bataillonen in Polen und den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen ist Gegenstand einer kommentierten Presseschau »Abschreckung oder Offensive?«.

Wissenschaft & Frieden 3/2016: »Politischer Islam«, € 7,50 + Porto

Probexemplare/Bestellungen:

W&F - Beringstr. 14 · 53115 Bonn
buero-bonn@wissenschaft-und-frieden.de

W&F

Friedlich denken allein ändert nichts.
Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte ausfüllen und in einem
Fensterumschlag verschicken.

DFG-VK-Bundesverband
Werastraße 10
70182 Stuttgart

Grundsatzerklärung der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK):

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.
Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen
und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

DFG-VK